

Evaluierung Soziale Stadt Bamberg



Abschlussdokumentation



Herausgeber

Stadt Bamberg
Baureferat | Stadtplanungsamt

Dipl.-Ing. Michael Ilk, Baureferent, berufsmäßiger Stadtrat
Dipl.-Ing. Harald Lang, Baudirektor, Leiter Stadtplanungsamt
Dipl.-Ing. Uwe Vedder, Bauoberrat, Leiter Stadtentwicklung
Dipl.-Ing. Jürgen Altberg, Technischer Amtsrat, Städtebauförderung

unter Mitarbeit des Sozial- und Umweltreferates
Ralf Haupt, Sozial- und Umweltreferent, berufsmäßiger Stadtrat
Gabriele Kepic, Leiterin der Koordinierungsstelle für Beiräte und Beauftragte, Gleichstellungsbeauftragte

Arbeitsgemeinschaft

netzwerk. stadtforschung, beratung und kommunikation | scheuven + wachten

Dipl.-Ing. Sarah Ginski, Dipl.-Ing. Patricia Schulte,
Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle, Prof. Kunibert Wachten

Ein Projekt der Städtebauförderung
Die Soziale Stadt - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf
Regierung von Oberfranken
Sachgebiet Städtebau



Bamberg | Dortmund, September 2011

www.stadtplanungsamt.bamberg.de

Inhalt

A. Einführung	4
1. Anlass und Aufgabenstellung	4
2. Anforderungen an eine Evaluierung	6
3. Untersuchungsaufbau: Methodische Vorgehensweise	7
B. Evaluierung	9
4. Ausgangssituation, Ziele und Handlungsvorgaben in den »Soziale Stadt«-Gebieten	9
5. Starkenfeldstraße	10
6. Gereuth/Hochgericht	32
C. Zusammenfassung der Evaluierungsergebnisse und Folgerungen	56
7. Zielerreichung	56
8. Hemmnisse und Reibungsflächen	58
9. Neue Akzente, zusätzliche Handlungsfelder	59
10. »Exit-Strategien«: Frühzeitig Verstetigung angehen	60
11. Weiteres Vorgehen	62
12. Strategische Orientierung, Einbindung in die Stadt(teil)entwicklung Ost	63
D. Anhang	66
Werkstatt-Handout	66
Werkstatt-Fragebogen	70
Quellen	72

A. Einführung

1. Anlass und Aufgabenstellung

»Die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ ist ein Programm zur ganzheitlichen Aufwertung benachteiligter und von der allgemeinen Entwicklung der Kommune abgekoppelten Gebiete in Städten, Märkten und Gemeinden. Das Wohnen in solchen Quartieren führt schnell zu weiteren Benachteiligungen. Ziel des Programms ist es, diesem Prozess entgegenzusteuern und die vorhandenen Potenziale solcher Gebiete zu aktivieren, um damit die drohende Abwärtsspirale umzukehren und die Voraussetzungen für eine selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen. [...] Als neues Programm der Bund-Länderförderung konzentriert sich die Initiative auf in der Regel größere Quartiere, in denen besonderer Erneuerungsbedarf in baulich-städtebaulicher, sozialer, ökonomischer, ökologischer und kultureller Hinsicht besteht. Besondere Bedeutung hat deshalb die Bündelung von Initiativen und Ressourcen, von Maßnahmen, Programmen und nicht zuletzt Mitteln aus den unterschiedlichen Ressorts in einem Erneuerungsgebiet [...]«.« (Oberste Baubehörde 2002,1)

»Mit der Gemeinschaftsinitiative ‚Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt‘ hat die Konferenz der Bauminister der Länder im November 1999 ein nationales Aktionsprogramm zur Stabilisierung von Problemgebieten in Städten und Gemeinden ins Leben gerufen. Bund, Länder und Kommunen reagieren damit auf zunehmende Tendenzen sozialräumlicher Ausgrenzung.

Grundlage ist die Erkenntnis, dass in vielen Quartieren neben städtebaulichen und baulichen Schwächen häufig auch zahlreiche der nachstehenden Defizite und Probleme vorliegen:

- Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugend
- Hoher Anteil an nicht-deutscher Bevölkerung sowie an Aussiedlern

- Überalterung
- Niedrige Einkommen und hoher Anteil von auf Sozialtransfers angewiesene Menschen
- Geringe Stabilität der Bewohnerstruktur und hohe Fluktuation
- Hohe Sozialwohnungsdichte
- Unzureichende Ausstattung mit örtlicher, insbesondere mit sozialer Infrastruktur
- Ökologische Belastung, mangelnde Feiraumversorgung
- Belastung durch gewaltsame Konflikte, Kriminalität, Vandalismus, Drogenmissbrauch

[...] Die Gemeinschaftsinitiative soll sozialen und wirtschaftlichen Abwärtsbewegungen entgegenwirken, die Lebenssituation der Menschen in benachteiligten Quartieren verbessern, das Verwaltungshandeln wirksamer gestalten und bürgerschaftliche Potenziale aktivieren. [...]« (Oberste Baubehörde 2009, 5)

Die Stadt Bamberg ist mit zwei Projektgebieten in das Bund-Länderprogramm »Stadt- und Ortsteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die Soziale Stadt« aufgenommen worden: Für das Gebiet Starkenfeldstraße hat der Stadtrat im September 2002 die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes im Rahmen der »Vorbereitenden Untersuchung« beschlossen und das Gebiet schließlich 2007 durch den Stadtrat als Soziale Stadt-Gebiet festsetzen lassen. Für das Gebiet Gereuth/Hochgericht begann die »Vorbereitende Untersuchung« mit der Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes im Jahre 2004. »Durch mehrfache Ausweitung des Untersuchungsrahmens wurde das Entwicklungskonzept erst 2010 abschließend

fertig gestellt und die Sanierungssatzung verabschiedet.« (<http://www.stadtplanungsamt.bamberg.de/index.php/stadtsanierung/454-gereuth-hochgericht>)

Es gehört zu den Charakteristika des Programms Soziale Stadt, dass es ortsspezifisch entwickelt, in seiner Durchführung durch ein Monitoring begleitet und in gewissen Abständen überprüft und fortgeschrieben wird. Ein solcher Evaluierungsschritt wurde von der Stadt Bamberg 2010 in Auftrag gegeben und vom Büro *scheuven + wachen* in Kooperation mit *netzwerk stadt / forschung, beratung, kommunikation* und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort durchgeführt.



2. Anforderungen an die Evaluierung

Nach der Erstellung eines integrierten Entwicklungskonzeptes für die beiden Soziale Stadt-Gebiete in Bamberg sowie der Durchführung vieler Projekte und Initiativen, ist es Aufgabe einer Evaluierung die Erreichung der angestrebten Ziele sowie Effektivität und Effizienz der durchgeführten Maßnahmen zu überprüfen und auf dieser Grundlage Vorschläge für die Weiterentwicklung des Programms zu entwickeln. Nicht zuletzt geht es damit auch um die Frage, wie die Bemühungen um die Stabilisierung und Entwicklung der Soziale Stadt-Gebiet auch nach dem Auslaufen von Programm-Mitteln verstetigt werden können.

Die Oberste Baubehörde formuliert dazu

Folgendes:

»Für die ‚Soziale Stadt‘ als lernendes Programm spielen Evaluierung und Monitoring eine Schlüsselrolle. [...] Evaluation ist ein geeignetes Instrument, Strategien, Konzepte und Projekte der »Sozialen Stadt« wirksam zu steuern, den Mitteleinsatz zu optimieren, ein Qualitätsmanagement zu installieren und Lernprozesse in den Stadtteilen anzuregen. Hierfür ist erforderlich, dass die Evaluierung maßnahmenbegleitend angelegt und auf ein Monitoring gestützt wird. [...] Ziel einer Erfolgskontrolle ist es, die eingesetzten Strategien und umgesetzten Projekte, aber auch die Prozessstrukturen zu analysieren und auf der Basis dieser Ergebnisse gegebenenfalls Modifikationen von Zielen, Strategien und Projekten vorzunehmen. Aus klaren Zielformulierungen abgeleitete Indikatoren erleichtern die Bewertung von Wirkung, Effektivität und Effizienz einer Maßnahme und sind eine unverzichtbare Basis für eine Evaluation.« (Oberste Baubehörde 2009, 17)

3. Untersuchungsaufbau: Methodische Vorgehensweise

Den Hinweisen des Obersten Baubehörde entsprechend, sind die folgenden Punkte zentrale Schritte der Evaluation:

- Zielklärung: Die in den integrierten Handlungskonzepten formulierten Ziele bilden eine zentrale Basis der Arbeit;
- Monitoring: Aus der bisherigen Beobachtung zur Quartiersentwicklung resultieren Zahlen, Daten und Fakten, beispielsweise in Form bereits umgesetzter Maßnahmen, die ebenfalls eine wesentliche Arbeitsgrundlage darstellen;
- Zielerreichung: Auf Basis der vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten wird mit beteiligten Akteuren die Zielerreichung erörtert (diskursive Einschätzung);
- Gesamtbewertung: In der Zusammenschau von Monitoring und Erörterung wird eine gutachterliche Gesamtbewertung erarbeitet;
- Folgerungen: Der Bewertungsentwurf wird vor Ort rückgekoppelt und auf Konsequenzen und konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen, die in den laufenden Prozess transferiert werden, hin erörtert.

Methodische Hinweise

1. Datenauswertung

Für den Erfolg der Evaluation ist entscheidend, dass die richtigen Daten für den richtigen Zweck zum richtigen Zeitpunkt erhoben und bereitgestellt werden können. Im Zuge der Evaluation zur Sozialen Stadt in Bamberg wurden die im Rahmen des Programms erstellten Dokumente zusammengestellt und ausgewertet. Neben den beiden integrierten Handlungskonzepten dienten vor allem die Jahresberichte des jeweiligen

Stadtteilmanagements als Informationsquelle und gaben Aufschluss über die durchgeführten Projekte und angestoßenen Maßnahmen. Darüber hinaus lieferten die jeweiligen Stadtteilnachrichten sowie die Projektdokumentationen der verschiedenen Förderprogramme wie »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (LOS) und »STÄRKEN vor Ort« wichtige Informationen.

Nicht angewendet wurde die indikatorengestützte Datenauswertung, bedarf es hierfür doch einer frühzeitigen – idealerweise parallel zur Erarbeitung des integrierten Handlungs- bzw. Entwicklungskonzeptes – Definition und regelmäßigen Erhebung der relevanten Informationen. Da dies mit nicht unerheblichem Aufwand verbunden ist, stellen viele Kommunen (so auch Bamberg) eine entsprechende systematische Begleitung ihrer Arbeit in den Sozialen Stadt-Gebieten zurück.

2. Zieldefinition/Zielerreichung

Zentrale Aufgabe der Evaluation ist es, Konzepte, Programme, Projekte und Maßnahme bezüglich ihrer Zielerreichung und Wirksamkeit zu analysieren. Dabei wurden die strategischen Ziele der integrierten Handlungskonzepte zugrunde gelegt. Diese schaffen eine einheitliche Arbeitsgrundlage und ermöglichen eine zielorientierte Diskussion.

3. Perspektivenvielfalt

Die Zielerreichung selbst bedarf über die Datenauswertung hinaus der Einschätzung aus unterschiedlichen Perspektiven. Diese wurden mittels Gruppengesprächen abgefragt. Es fand sowohl ein Abstimmungsgespräch mit den zuständigen Fachverwaltungen als auch mit dem Stadtteilmanagement statt (30.11.2010). Ziel beider Gespräche war es, den Arbeitsstand zu präsentieren und hierzu erste Stimmen und Meinungen der Akteure vor Ort einzuholen. Darüber hinaus wurden gemeinsam die nächsten Arbeitsschritte sowie Inhalt und Form des Zwischenberichtes (Dezember 2010) festgelegt.

Zentrales Element der »Diskursiven Erörterung der Zielerreichung« war eine Evaluationswerkstatt mit einem Akteurskreis, der den Soziale Stadt-Prozess kontinuierlich begleitet hat. Sie wurde am 01.02.2011 durchgeführt. Die Festlegung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgte in enger Abstimmung bzw. auf Empfehlung des Stadtteilmanagements und der Fachverwaltungen. Insgesamt 24 Personen folgten der persönlichen Einladung und erörterten gemeinsam die Zielerreichung sowie notwendige nächste Schritte. Als Arbeitsform wurde zum einen das Plenum, zum anderen die Kleingruppenarbeit (Starkenfeldstraße und Gereuth/Hochgericht) gewählt.

Die Diskussionen basierten jeweils auf den im Entwicklungskonzept formulierten Zielen sowie den Zwischenergebnissen der Arbeitsgemeinschaft im Hinblick auf bereits durchgeführte Maßnahmen und Projekte. Aufgearbeitet waren diese in Form von Plakaten und einem Handout (siehe Anhang S. 66-68). Unterstützt wurde die Arbeit durch einen Fragebogen zur Einschätzung der Zielerreichung, der von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Starkenfeldstraße und/oder Gereuth/Hochgericht ausgefüllt und durch die Arbeitsgemeinschaft unmittelbar vor Ort ausgewertet wurde (siehe Anhang S. 70-71).

4. Rückkopplung und Empfehlungen

Die Evaluation ist prozessbegleitend (formativ). Damit können sowohl Nachsteuerungsbedarfe als auch weitere Handlungsbedarfe sichtbar werden. Durch die Rückkopplung dieser Ergebnisse in den Prozess gestaltet die Evaluation den Verlauf der integrierten Entwicklung mit und verändert ihn. Es ist daher auch ein praxisrelevantes Instrument zur Qualitätsentwicklung bzw. -sicherung. Daher werden abschließend einige Hinweise zur weiteren Prozessgestaltung und zum Einstieg in die Verstetigung benannt.

B. Evaluierung

4. Ausgangssituation, Ziele und Handlungsvorgaben in den »Soziale Stadt«- Gebieten

Die beiden Bamberger Gebiete Starkenfeldstraße und Gereuth/Hochgericht weisen das typische Aufgabenspektrum der »Sozialen Stadt« auf, das so beschrieben werden kann:

»Neben baulichen und städtebaulichen Themen spielen in den betroffenen Stadtteilen insbesondere Integration, Wohnen, Ökologie, Soziales, Kultur, Qualifizierung, lokale Wirtschaft und Gesundheit eine wichtige Rolle. Die Gemeinschaftsinitiative soll sozialen und wirtschaftlichen Abwärtsentwicklungen entgegenwirken, die Lebenssituation der Menschen in benachteiligten Quartieren verbessern, das Verwaltungshandeln wirksamer gestalten und bürgerschaftliche Potenziale aktivieren«. (Oberste Baubehörde 2009, 5). In Bamberg kommt allerdings hinzu, dass der gesamte Osten der Stadt wichtige Potenziale für die längerfristige Stadtentwicklung birgt und insofern dem Umgang mit den Herausforderungen der »Sozialen Stadt« besondere Bedeutung zukommt.

Bei beiden Gebieten handelt es sich um Siedlungserweiterungen am Rande der Stadt, d.h. außerhalb der inneren Kernstadt und des Stadtdenkmalbereiches. Sie dienen hauptsächlich der Wohnnutzung, die aber jeweils durch versorgende und soziale Infrastruktureinrichtungen ergänzt wird. Im Folgenden werden zunächst die jeweiligen Ausgangspunkte der beiden Sozialen Stadt-Gebiete skizziert, um diese dann anhand verschiedener Handlungsfelder und Themen hinsichtlich ihrer Ziele und Zielerreichungen zu untersuchen. Zugrunde gelegt werden dabei die in den Integrierten Entwicklungskonzepten definierten strategischen Ziele.

Folgende Handlungsfelder werden für beide Gebiete näher betrachtet:



Lokale Ökonomie und Versorgung



Städtebau



Gebäude und Wohnen



Grün- und Freiräume



Ökologie



Verkehr



Soziales



Image

5. Starkenfeldstraße

5.1. Kurzcharakteristik und zentrale Ziele für das Gebiet »Starkenfeldstraße«

Das Untersuchungsgebiet Starkenfeldstraße liegt im östlichen Bereich des Stadtgebietes (siehe Karte S. 11). Nachdem sich um die Jahrhundertwende die Baustrukturen der Inselstadt auf der östlichen Seite der Bahntrasse entlang der Hauptverkehrsstraßen fortsetzten, entstanden in den 1920er Jahren die ersten geschlossenen Wohnsiedlungen. Doch die meisten Bauaktivitäten waren nach dem zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre zu verzeichnen. In diesen Entstehungszeitraum fallen auch die Quartiere des Untersuchungsgebietes, die heute innerhalb der Stadt durch die hohe Konzentration von Aussiedlern, Ausländern sowie Empfängern von Transfereinkommen (Sozialhilfe- und Wohngeld) auffallen. Dies gilt vor allem für den Geschosswohnungsbau zwischen Starkenfeldstraße und Katzheimerstraße (das sogenannte Malerviertel), zwischen Kopernikusstraße und Berliner Ring sowie zwischen Sudetenstraße und Pödeldorfer Straße.

2002 wurden insbesondere die sozialen Probleme zum Anlass genommen, das 77 ha umfassende Gebiet in das Soziale Stadt-Programm aufzunehmen. Die Abgrenzung des Gebietes beschränkt sich jedoch nicht auf die oben genannten Bereiche mit einer hohen Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen, sondern bezieht darüber hinaus umliegende Brachflächen, Schulen, Sport- und Spieleinrichtungen mit ein. Es handelt sich dabei um einen heterogenen Bereich, der nicht als geschlossenes Quartier mit einer eigenen Identität wahrgenommen wird. Vielmehr wird es durch die beiden sich kreuzenden Hauptverkehrsstraßen des Bamberger Straßensystems Berliner Ring und Starkenfeldstraße definiert. Diese haben eine große Barriere- und Trennwirkung innerhalb und für das Untersuchungsgebiet.

Im Norden und Nordosten grenzen die US-amerikanischen Liegenschaften an das Untersuchungsgebiet, was zu einer Verstärkung der Insellage führt und direkte Wegebeziehungen und Verbindungen erschwert. Im Falle eines Truppenabzugs bieten sie jedoch wichtige Potenzialflächen für die Weiterentwicklung Bambergers, der östlichen Stadtgebiete und des Untersuchungsgebietes.

Grundlegende Leitlinien

Die im integrierten Handlungskonzept entwickelten grundlegenden Leitlinien für die Starkenfeldstraße sind:

- Die Überwindung sozialer Benachteiligung (hohe Priorität);
- die Integration von Migrant/innen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen;
- die Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen;
- die Stärkung der Funktionen des Untersuchungsgebietes (Wohnen, Dienstleistung/Einzelhandel auf Freiflächen) sowie
- Verbesserung der Wohnfunktionen.



5.2 Zielerreichung in den einzelnen Handlungsfeldern

Laut Entwicklungskonzept haben sich aus diesen grundlegenden Leitlinien verschiedene Handlungsfelder herauskristallisiert, die einer differenzierten Betrachtung bedürfen. In Anlehnung an die Gliederung der Handlungsfelder im integrierten Entwicklungskonzept werden im Folgenden die Themen Lokale Ökonomie und Versorgung, Städtebau, Gebäude und Wohnen, Grün- und Freiraum, Ökologie, Verkehr, Soziales und Image aufgerufen. Jedes dieser Themen wird mit einem kurzen Überblick über die Ausgangssituation, Potenziale und Defizite sowie Handlungsbedarfe eingeleitet.



5.2.1 Handlungsfeld 1: Lokale Ökonomie

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Im Entwicklungskonzept wurde darauf verwiesen, dass das Infrastrukturangebot des Gebietes an der Starkenfeldstraße sehr groß ist. Nicht nur das Bildungsangebot sei mit vielen Schulstandorten für alle Altersklassen sowie zwei Kindergärten und einem Hort ausreichend, auch das Sport- und Freizeitangebot sei groß. Die Ballung von Sportvereinen und Sporteinrichtungen im Volkspark bildet laut des integrierten Handlungskonzeptes eine ideale Grundlage zur Entwicklung eines Sportstadtteils Bamberg-Ost. Sportanlagen (wie das Stadion) seien jedoch – so geht aus den Unterlagen hervor – aufgrund ihrer Alterserscheinungen nur eingeschränkt nutzbar und die Sportvereine in der Gebietserweiterung litten größtenteils unter Existenzschwierigkeiten und befänden sie sich an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Insgesamt – so stellt das Entwicklungskonzept fest – fehle für den gesamten Bereich der

Sportanlage bzw. des Volkspark ein Nutzungskonzept.

Die Versorgungsfunktion des Untersuchungsgebietes übernimmt das kleinräumige Versorgungszentrum (kIV) am Berliner Ring, das im Handlungskonzept als attraktive Nutzung klassifiziert wird und kaum Leerstände aufweist. Die besonderen Stärken liegen laut Entwicklungskonzept in der fußläufigen Erreichbarkeit sowie dem attraktiven Standort-Mix. Durch die Abwanderung des Baumarktes OBI wurde die Kundenfrequenz jedoch reduziert und das kIV bräuchte weitere Nutzer zur Steigerung seiner Attraktivität. Die Entwicklung des Standortes werde – so steht im Entwicklungskonzept – jedoch nicht zuletzt auch durch den Berliner Ring geprägt, der zwar Frequenzbringer sei, das Zentrum in seiner Funktion aber auch zerschneide. Im übrigen Gebiet können sich kleinteilige Versorgungsstrukturen immer schwerer halten, so dass eine Bäckerei an der Katzheimerstraße bereits geschlossen werden musste und zukünftig verstärkt mit gewerblichen Leerständen zu rechnen ist. Im Entwicklungskonzept heißt es, die wohnungsnahе Versorgung habe sich in den letzten Jahren verschlechtert. Es gäbe zunehmend Leerstände, Brachen und Baulücken, die jedoch Ansiedlungspotenziale für Betriebe bieten würden.

Die Nutzungsstruktur des Untersuchungsgebietes ist sehr heterogen und neben Einzelhandelsunternehmen finden sich auch gewerbliche Standorte. Diese konzentrieren sich jedoch vor allem auf einen Teilbereich (im Entwicklungskonzept wird dieser als Teilbereich 3 = Gewerbebereich bezeichnet) und es gäbe kaum emittierende und damit störende Betriebe. Die gewerblichen Unternehmen schätzen laut Entwicklungskonzept vor allem die Größe, Lage, Erreichbarkeit und Kundefrequenz des Standortes. Ein Hemmnis für die Entwicklung des Gewerbes sehen die Unternehmer in der Struktur der Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes als. Kriminalität und die Sozialstruktur wer-



Stadtteilmanagement
Starkenfeldstraße

Werkstatt
„Mode macht MUT“

den dabei subjektiv von den Unternehmern als Problem empfunden.

Strategische Ziele

1. Angesichts der zunehmenden wohnungsnahen Leerstände ist eine langfristige Sicherung und Entwicklung der vorhandenen Gewerbestandorte ein wichtiges Ziel im Rahmen des Soziale Stadt-Programms.
2. Dies bedeutet aber nicht nur die Sicherung bestehender Unternehmen, sondern auch die Unterstützung von Neuansiedlungen, die nach Möglichkeit im direkten Bezug zu den Stärken und Schwächen des Untersuchungsgebietes stehen sollten.
3. Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze soll der hohen Arbeitslosigkeit und den wenigen Perspektiven für Jugendliche entgegen gewirkt werden. Vor allem für Jugendliche sollen vermehrt Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitgestellt und vermittelt werden.

Zielerreichung

Ein wesentlicher Baustein im Handlungsfeld »Lokale Ökonomie und Versorgung« ist die Entwicklung des Untersuchungsgebietes als Sportstandort für die Gesamtstadt. Hierzu wurde zunächst der Rahmenplan „Volkspark“ aufgestellt, der die Eckpfeiler definiert. Durch die Sanierung des Stadions und den Neubau des Hallenbades »Bambados« wurden wichtige Marken gesetzt, die das Sport- und Freizeitangebot ergänzen. In mehreren Arbeitstreffen »Volkspark« wurden mit dem Vorsitzenden des Dachverbandes Sport die weiteren Entwicklungsmaßnahmen abgestimmt. Im Rahmen einer umfangreichen Bestandaufnahme wurde mit

allen ansässigen Vereinen Gespräche zu Kooperationsmöglichkeiten geführt und Strategien im Stadtteilarbeitskreis zum Thema Vereine diskutiert. In der Evaluierungswerkstatt berichtet die Einwohnerschaft jedoch, dass die Ergebnisse dieser Diskussionsrunden für sie bislang kaum sichtbar seien und fordert eine verstärkte Kooperation mit den örtlichen Sportvereinen.

Öffentlichkeitswirksam wurde das Thema Volkspark durch die regelmäßige Berichterstattung in den lokalen Medien, einer Artikelserie in der Stadtteilzeitung und einer öffentliche Begehung des Geländes mit der Vorstellung eines Parkpflegekonzeptes. Aus Sicht der Einwohnerschaft seien die Potenziale des Volksparks längst nicht ausgeschöpft. Ein Bedeutungsgewinn wird bislang im Wesentlichen für die Gesamtstadt wahrgenommen, die Anwohner/innen selbst profitieren bislang kaum von den Maßnahmen. Verstärkte Freizeitangebote für Familien und die Nachnutzung des Gasthauses als Impuls zur Belebung des Volksparks seien hingegen wünschenswert.

Die vorläufige Bilanz des LOS-Projektes für den Förderzeitraum von 2004-2008 für beide Soziale Stadt-Gebiete sieht folgendermaßen aus:

<i>Vermittlungen mit Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt:</i>	<i>153 Personen</i>
<i>Vermittlungen mit Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt:</i>	<i>37 Personen</i>
<i>Praktikumsstellen (insbesondere Schüler/innen):</i>	<i>381 Personen</i>
<i>berufsvorbereitende Maßnahmen:</i>	<i>28 Personen</i>
<i>Ausbildungsverhältnisse:</i>	<i>45 Personen</i>
<i>Erstellung von Geschäftsplänen:</i>	<i>31 Personen</i>
<i>davon machten sich Selbstständig:</i>	<i>11 Personen</i>

Sonstige Maßnahmen zur Entwicklung neuer Gewerbestandorte können nicht festgestellt werden. Dem Leerstand des Einzelhandels in der Katzheimerstraße konnte bislang auch das Konzept, das für den kleinen Laden der ehemaligen Bäckerei erstellt wurde, nicht entgegen gewirkt werden. In der Evaluationswerkstatt wird berichtet, die Planungen seien bislang nicht realisiert worden, da der Eigentümer derzeit nicht vermieten wolle.

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Handlungsfeld »Lokale Ökonomie und Versorgung« liegt in der Bereitstellung und Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Vor allem die Förderprogramme »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (LOS), »STÄRKEN vor Ort« und »Mode macht MUT« trugen maßgeblich zur Qualifizierung (benachteiligter) junger Menschen für den Berufseinstieg sowie zur Unterstützung beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben bei. In Mikroprojekten wurden vor allem Migrant/innen, junge Mütter und Jugendliche bei der beruflichen Orientierung, dem Sozialverhalten, der schulischen Leistung und der Integration unterstützt.

Allein die 56 LOS-Projekte konnten in dem Förderzeitraum von 2004-2008 insgesamt 852 Teilnehmer verzeichnen, von denen mehr als die Hälfte (521) Frauen waren. Mehr als die Hälfte aller Projekte (35 von 56) richteten sich speziell an Migrant/innen. Ein besonderer Erfolg ist aber wohl auch, dass für die vielen Einzelprojekte eine große Bandbreite an (neuen) Trägern gefunden werden konnte. Sowohl städtische Institutionen wie die VHS Bamberg, als auch gemeinnützige Vereine wie »Innovative Sozialarbeit e. V.«, der Migrationssozialdienst der AWO oder das Jugendtheater »Chapeau Claque e. V.« bis hin zur »Gesellschaft zur Förderung von beruflicher und sozialer Integration gGmbH (gif)« und Privatpersonen gehören in das weite Spektrum der Träger.

Diese Förderprogramme LOS und STÄRKEN vor Ort werden in der Evaluationswerkstatt auch von der Bewohnerschaft als besonders erfolgreich und damit als wichtige Standbeine für die Soziale Stadt eingeschätzt.

Über die Projektarbeit hinausgehend gab es mehrere Arbeitstreffen mit der ARGE Stadt Bamberg, dem Gartenamt und verschiedenen freien Trägern mit dem Ziel zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem der Ausbau des Volksparks bietet im Bereich der Grünpflege viele Ansatzpunkte und Möglichkeiten für Beschäftigung unmittelbar im Untersuchungsgebiet (z.B.

Projektbeispiel: Mode macht MUT

Seit 2009 läuft das Beschäftigungsprojekt, in dem zehn Frauen aus Stoffresten und gebrauchter Kleidung neue, individuelle Kleidungsstücke kreieren.

Die Frauen unterschiedlicher Herkunft, Familiensituation, Alter, Bildung, Deutschkenntnissen und Religion haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 25 Stunden, wovon fünf der Bildung gewidmet sind. Auch ihre Vorkenntnisse im Nähen unterscheiden sich erheblich: es gibt die erfahrene Schneiderin aus Russland, die kreative Autodidaktin, die Mütter, die im Ausbessern geübt sind und Frauen, die noch nie an der Nähmaschine saßen.

Gearbeitet wird im Nähzentrum Bamberg, einem traditionsreichen Geschäft für Stoffe, Nähmaschinen und -zubehör im Bamberger Osten.

Die Arbeit am gemeinsamen Produkt verbindet die Gruppe, entwickelt Kreativität und schult das Bewusstsein für Qualität und handwerkliche Leistung. (Mode Macht Mut: Sachstandbericht 2009/10)

Das Projekt konnte sich in Bamberg etablieren und hat inzwischen ein Ladengeschäft in der Stadt und bietet den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern damit tatsächlich eine langfristige Beschäftigungsoption.

Ziele

- Stärkung der Funktionen der Untersuchungsgebiete
- Verknüpfung mit den benachbarten Stadtteilen und Freiräumen
- interne räumliche Strukturierung der Untersuchungsgebiete
- Verbesserung und Weiterentwicklung des Stadtbildes

zentrale/exemplarische Maßnahmen



Details der
Werkstatt-Plakate

Schrauberplätze, Grünpflege). Das Stadtteilmanagement begleitete die Bewohnerschaft mit einem Beratungsangebot zu Weiterbildungsmöglichkeiten und bietet seit 2006 in Zusammenarbeit mit der ARGE und dem Träger Konzept/Bildung regelmäßig Angebote zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt an.

In der Evaluationswerkstatt und den begleitenden Gesprächen wurden diese zahlreichen Aktivitäten sehr positiv bewertet. Aber es wurde ebenfalls betont: Auch wenn die verschiedenen Projekte in der Vergangenheit durchaus sehr erfolgreich waren, bleibt die Integration in den Arbeitsmarkt auch für die Zukunft ein Ziel mit besonders hohem Geltungsrang. Darin sind sich auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Evaluationswerkstatt einig, die vor allem auf die weiterhin aktuelle Notwendigkeit der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt hinweisen.

wirken sie eher als räumliche Abgrenzung oder Barriere im Raumgefüge und erschweren die Orientierung.

Das Entwicklungskonzept folgert schließlich, das Gebiet werde daher nicht als eigenständiger Stadtteil wahrgenommen. Die Einbindung in die unmittelbare Umgebung sei mangelhaft, da die Hauptverkehrsstraßen wie der Berliner Ring und das angrenzende Kasernengelände einschneidende Hindernisse und Barrieren bilden.

Das Untersuchungsgebiet weise zudem an einigen Stellen Brachflächen auf, die wenig attraktiv seien. Sie zergliedern das ohnehin heterogene Stadtgefüge und schädigen das Image. Für diese Flächen lassen sich nach Aussage des Entwicklungskonzeptes nur schwer bauliche Nachnutzungen finden, da die Belastungen durch den Verkehr groß seien.



5.2.2 Handlungsfeld 2: Städtebau

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Das Untersuchungsgebiet ist durch Geschosswohnungsbau aus den 1950er – 80er Jahren und ihrer entsprechenden städtebaulichen Konzepte und Formensprache geprägt. Das Gebiet ist städtebaulich entsprechend heterogen, da sich die unterschiedlichen Quartiere und Gebäudetypologien stark unterscheiden.

Die durchschnittliche Grundflächenzahl (GRZ) im Untersuchungsgebiet ist laut Entwicklungskonzept eher niedrig, so dass der Anteil der unversiegelten Flächen ausreichend groß ist. Die Frei- und Abstandsflächen zwischen den Gebäuden würden jedoch kaum genutzt. Durch ihre uniforme Gestaltung und Weitläufigkeit

Strategische Ziele

1. Zur Stabilisierung des Quartiers steht die Stärkung der Funktionen des Untersuchungsgebietes (Wohnen, Dienstleistung/Einzelhandel) an oberster Stelle. Dabei geht es neben der (Qualitäts-) Sicherung bestehender Wohngebäude und Einzelhändler, auch um die Ansiedlung von Wohnen oder Dienstleistern auf umzunutzenden Flächen.
2. Um das Untersuchungsgebiet stärker in den gesamtstädtischen Kontext einzubinden, gilt es die Verknüpfungen mit den benachbarten Stadtteilen und Freiraumstrukturen zu verbessern. Hierzu müssen räumliche Barrieren überwunden bzw. abgeschwächt werden.
3. Die Strukturierung der Freiräume muss innerhalb des Untersuchungsgebietes fortgeführt werden.

Durch Platzentwicklungen, Freiraumgestaltung und die behutsame Schließung von Baulücken sollen interne räumliche Strukturierungen vorgenommen werden.

4. Durch städtebauliche Neuordnungen soll das Stadtbild insgesamt verbessert und weiterentwickelt werden.

Zielerreichung

Im Rahmen der Sozialen Stadt konnten das Stadion am Volkspark saniert und angrenzend ein Hallenbad neu errichtet werden, wodurch – so sagten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner der Fachverwaltungen – städtebauliche Akzente gesetzt worden seien. Der Bezug zu den Themen der Sozialen Stadt sei jedoch strittig und die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner erklärten: »Das Volksparkstation ist ein Sonderthema«. Die Sanierung und der Neubau hätten zwar für die Gesamtstadt eine hohe Bedeutung, der Nutzen für das Soziale Stadt-Gebiet selbst sowie für seine Bewohner sei jedoch nicht klar zu erkennen.

Neben diesen Großprojekten wurden außerdem einige kleinere investive Maßnahmen getätigt. So wurde etwa das Stadtteilmanagement an der Katzheimerstraße ausgebaut und dient als Treffpunkt und Anlaufstelle für Anwohner wie Besucher, wodurch die Wohnfunktion insgesamt gestärkt wird. Aktionen wie die Wohnumfeldgestaltungen oder Treppenhausrenovierungen an der Starkenfeldstraße dienen nicht nur der Sicherung und Aufwertung der Bausubstanz, sondern stärken auch die belasteten Nachbarschaften.

Bauliche Nachverdichtungen wurden nördlich der Starkenfeldstraße und im Bereich der Kopernikusstraße diskutiert. Im Rahmen einer detaillierten Bestands-

aufnahme für die Kopernikusstraße wurden erste Ideenskizzen erstellt und für die Brachfläche gegenüber der Einmündung Katzheimer Straße befindet sich ein Bebauungsplan in der Aufstellung. Die Anwohnerschaft – so wurde in der Evaluationswerkstatt deutlich – bedauere jedoch, dass bauliche Nachverdichtungen auf brach liegenden Flächen oder Schließungen von Blockrändern nicht realisiert werden konnten.

Dem Ziel das Untersuchungsgebiet stärker mit seiner Umgebung zu verknüpfen, konnte zum Teil Rechnung getragen werden. Mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Konjunkturpaket II konnten Ausbaumaßnahmen entlang der Starkenfeldstraße durchgeführt werden. Dadurch wurde die Radwegeverbindung verbessert und die Gestaltung des Straßenraumes aufgewertet. Neue Bezüge oder Wegeverbindungen wurden hingegen nicht geschaffen und die Anbindung an den Volkspark und den Hauptsmoorwaldes über das Fuß- und Radwegenetz konnte kaum weiter ausgebaut werden.

Im Bereich der internen Freiräume gibt es zwar einige Planungen, deren Umsetzung aber aus finanziellen Gründen bisher nicht möglich war. So sollten der Eingangsbereich des Malerviertels und der Bereich vor dem Stadtteilmanagement umgestaltet werden. Geplant war die Schaffung eines Quartiersplatzes zur Stärkung der Funktionen, des Aufenthalts und der Kommunikation. Aus Sicht der Bewohnerschaft, die bei der Ideenentwicklung beteiligt war, hätte durch die Umgestaltung ein Zeichen nach Außen gesetzt werden können.

Realisiert werden konnten hingegen einige Umgestaltungen von Spielplätzen. So wurden im Rahmen der Aktion »Zamm' geht's« an der Starkenfeldstraße in Zusammenarbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie dem städtischen Gartenamt Betonwände bemalt oder in der »Sandkastenaktion« veraltete Sandkästen

im rückwärtigen Bereich der Grünanlage an der Starkenfeldstraße entfernt. All diese Aktionen zeichnet ein besonders hohes Engagement der Bewohnerschaft aus.

Die Planungen zur Wohnumfeldverbesserung sind jedoch noch nicht abgeschlossen. In Kooperation mit der Stadtbau GmbH gibt es Überlegungen zu Umgestaltungen in den Wohnanlagen Pödeldorfer Straße und Kopernikusstraße/Berliner Ring, die – so wurde in der Evaluationswerkstatt erklärt – fortgeführt werden sollen, sobald der Anschluss an die Fernheizung geklärt sei.

Sichtbare bauliche Maßnahmen gibt es nur sehr vereinzelt. Sie hätten – so erklärten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstatt – jedoch eine veränderte öffentliche Wahrnehmung mit sich bringen können, die das Image des Standortes positiv beeinflusst hätte. Die Bewohnerschaft bedauert, dass das Stadtbild demnach kaum aufgewertet wurde. Die investiven Maßnahmen seien insgesamt zu gering gewesen und: »Es wurde zu wenig gebaut«.



5.2.3 Handlungsfeld 3: Gebäude und Wohnen

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Aus unterschiedlichen Nutzungen resultierende Nutzungskonflikte bzw. gravierend störende Nutzungen sind laut integriertem Handlungskonzept im Untersuchungsgebiet nicht anzutreffen. Flächenmäßig seien vor allem die Wohnnutzung sowie ergänzende Sport- und Freizeitnutzungen und Bildungseinrichtungen bedeutsam. Das Untersuchungsgebiet weise jedoch einen vergleichsweise hohen Anteil an Brachflächen auf.

Die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner berichten, dass die Probleme im Bereich des Wohnens zu den wichtigsten Faktoren zählten, die zur Aufnahme des Gebietes Starkenfeldstraße in das Soziale Stadt-Programm führten. Neben konkurrierenden und überforderten Nachbarschaften lassen sich vor allem im Bereich des sogenannten Malerviertels soziale und integrative Probleme ausmachen. Die dort u.a. von der Stadtbau GmbH angebotenen Wohnungen bieten laut Entwicklungskonzept in nennenswertem Umfang Migrant/innenfamilien und sozial benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohnern Wohnräume, gleiches gelte für die Teilbereiche zwischen Starkenfeldstraße und Pödeldorfer Straße sowie zwischen Kopernikusstraße und Eichendorffstraße beiderseits des Berliner Rings.

Im Integrierten Entwicklungskonzept wird daher ausdrücklich auf die Forderung hingewiesen, die Belegungspolitik für die Sozialwohnungen der Stadtbau GmbH dahingehend zu ändern, dass sich der Anteil an Migrantinnen und Migranten in dem Gebiet reduziert. Es wird aber auch die besondere und notwendige Bedeutung eben jener bezahlbaren Wohnungen im Rahmen der gesamtstädtischen Wohnraumversorgung der Stadt Bamberg hingewiesen, denn das Untersuchungsgebiet halte für die Gesamtstadt Sozialwohnungen vor.

Immerhin 30 % der Grundstücke innerhalb des Untersuchungsgebietes befinden sich in Eigentumsverhältnissen, für die das integrierte Handlungskonzept eine relativ einfache Kooperation unterstellt. Hierbei handelt es sich um die Wohnungsbestände von Stadt und Wohnungsbaugesellschaft. Ein Großteil der privaten Grundstücke befindet sich in Hand von Kleineigentümern, von denen rund 50 % im Untersuchungsgebiet leben.

Die Sanierung des Kindergartens »Am Stadion« habe besondere Aufmerksamkeit erregt, da dieser von der Straße aus sichtbar ist. »Manchmal reicht schon ein Anstrich!«

[Anmerkung im Rahmen der Evaluationswerkstatt]

Der Geschosswohnungsbau kann – so lautet das Urteil des Entwicklungskonzeptes – aufgrund der dort gebauten Wohnungsgrundrisse nur schwer auf die Nachfrage nach geänderten Grundrissen reagieren. Doch bis auf wenige Ausnahmen sei die Bausubstanz im gesamten Untersuchungsgebiet gut.

Strategische Ziele

1. Im Rahmen einer gesamtstädtischen Betrachtung wird dem Untersuchungsgebiet die Aufgabe zugeschrieben, bezahlbaren Wohnraum für Bezieher/innen von niedrigen Einkommen oder Transfereinkommen bereitzustellen.
2. Daher gilt es, die Wohnfunktion durch behutsame Maßnahmen im baulichen Bestand und Aufwertungen des Wohnumfeld zu verbessern und dabei den Wohnstandort Starkenfeldstraße durch bauliche Verdichtung und bevölkerungsmäßige Ergänzung im Bestand zu stärken.
3. Angesichts der sozialen Situation und deren Stabilisierung sind vor allem integrative Maßnahmen zu entwickeln.
4. Gleichzeitig gilt es aber auch die Bestandsbauten an heutige Wohnansprüche und energetischen Standards anzupassen. So gilt es, einen zeitgemäßen, ökologisch orientierten Heizungsstandard unter Berücksichtigung eines energetischen Gesamtkonzeptes einzuführen.

Zielerreichung

Um dem Ziel der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für die Gesamtstadt gerecht zu werden,

entwickelte die Stadtbau GmbH mit den größten Wohnungsbeständen in den beiden Soziale Stadt-Gebieten ihr Wohnbelegungsmanagement weiter. Dadurch wird das Thema Wohnen Teil des Integrationsprozesses und der zunehmenden Segregation in Teilbereichen des Gebietes an der Starkenfeldstraße entgegen gewirkt. Gleichzeitig kann verstärkt auf Veränderungen in der Alterstruktur der Bewohner reagiert und Leerstände kurzfristig ausgeglichen werden.

Um die Mieten nicht in die Höhe zu treiben, wurden nur behutsame Maßnahmen im baulichen Bestand durchgeführt. Aus den Jahresberichten geht hervor, dass in Eigenleistung durch die Bewohnerschaft etwa eine Treppenhaus-Renovierung in den Gebäuden Starkenfeldstraße 14 und 24 durchgeführt wurde. Es mangelt jedoch noch an weiterführenden Maßnahmen zur Anpassung der Wohnungszuschnitte an geänderte Wohnbedürfnisse (z.B. Senioren und Wohngemeinschaften) und energetische Anforderungen. Zwar gibt es Planungen zum Anschluss der Pödeldorferstraße an die Fernheizung, doch wurden diese bislang unbefristet vertagt, da sie mit dem Gesamtnetz in Abhängigkeit stehen. Im Rahmen der Werkstatt gab es jedoch Hinweise, dass der Anschluss kurz bevor stünde. In der Werkstatt räumen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der weiteren Sanierung von Wohnungen eine sehr hohe Priorität ein. Für die Bewohnerschaft sei damit in erster Linie eine Senkung der Nebenkosten verbunden, die für Einkommensschwache Haushalte eine wichtige Einsparquelle darstellt. Das Handlungsfeld müsse demnach eine noch größere Rolle spielen.

Im Bereich der Wohnumfeldgestaltung wurden nach einigen Hausbesuchen und einer aktivierenden Bewohnerbefragung mehrere Aktionen mit der Bewohnerschaft der Starkenfeldstraße durchgeführt, bei denen die rückwärtigen Grünbereiche der Blöcke Nr. 2-10 und 12-26 in Eigenregie umgestaltet wurden. Unter-

stützung durch Firmen erhielten die Anwohner bei der Neulage und Umgestaltung von Spielplätzen.

Die Entwicklung neuen Wohnraums, etwa durch Nachverdichtung und die Bebauung bisher unbebauter Freiflächen bzw. von Brachflächen, konnte laut Stadtteilmanagement nicht initiiert werden, da diese Flächen sich für Wohnnutzung als zu stark verkehrsbelastet herausgestellt haben. Umso wichtiger wäre für andere Teilbereiche die Minimierung der verkehrlichen Belastung durch den Bau einer Schallschutzwand und den Abriss und Neubau von Garagen. Beide Maßnahmen befinden sich laut der Jahresberichte in Planung, konnten aber bisher nicht umgesetzt werden.

Um die soziale Situation zu stabilisieren und die Überforderung der Nachbarschaften abzubauen, wurden präventiv Stadtteilpaten etabliert, die als Vermittler zwischen den verschiedenen Akteuren agieren. Dass dieses Projekt als besonders vorbildlich eingeschätzt wird, zeigt die Anerkennung durch die Verleihung des Integrationspreises durch die Regierung von Oberfranken 2008. Um die Wohnzufriedenheit zu erhöhen (und damit gleichzeitig den Umzugswillen zu verringern) sowie den quartiersinternen Wohnungstausch zu fördern, werden gemeinsam mit der Stadtbau GmbH Sprechstunden zu Mieterangelegenheiten angeboten.



5.2.4 Handlungsfeld 4: Grün- und Freiraum

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

»Das Gebiet verfügt in beträchtlichem Maße über unbebaute Flächen. Die vorhandenen Freiflächen bieten ein bisher ungenutztes Entwicklungspotenzial für das Untersuchungsgebiet. Mögliche Nutzungen liegen in den

Bereichen Wohnen, Handel, Dienstleistung und nicht störendes Gewerbe.« (Entwicklungskonzept, 226)

Der Anteil privater und öffentlicher Grün- und Freiflächen ist insgesamt sehr hoch und die Versiegelung der Grundstücke für die im städtischen Bereich bebauten Grundstücke vergleichsweise niedrig. Die einzelnen Teilbereiche mit ihren Grün- und Freiflächen qualifiziert das Entwicklungskonzept als geschlossene Einheiten, die durch Verkehrsbarrieren getrennt sind. Demzufolge folgert das Entwicklungskonzept, dass die Verbindungen zwischen den Teilbereichen fehlen.

Der Volkspark hat laut Entwicklungskonzept stadtweite und gartendenkmalpflegerische Bedeutung und ermöglicht eine Verbindung in das Naherholungsgebiet Hauptsmoorwald. Die Festweise bietet Raum für multifunktionale Nutzungen und der Eingangsbereich weist ein hohes Gestaltungspotenzial auf. In Teilbereichen sei der Baumbestand jedoch sehr düster, ehemalige Zäsuren wachsen zu. Die zentrale Erschließung über die Festweise sei gestört und die Wege innerhalb des Volksparks seien weitgehend asphaltiert und erneuerungsbedürftig.

Die Ansiedlung eines neuen Hallenbads habe laut Entwicklungskonzept stadtweite Bedeutung und ermögliche Synergieeffekte mit dem angrenzenden Stadionbad.

Strategische Ziele

1. Die Potenziale des hohen Freiflächenanteils sollen stärker genutzt werden. Bestehende Freiflächen im Quartier sollen zur Aufwertung des unmittelbaren Wohnumfeldes gestalterisch verbessert werden. Dabei gilt es vor allem die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Senior/innen zu berücksichtigen. Freiflächen mit öffentlichen und halböffentlichen Funktionen sollen gestärkt und weiterentwickelt werden.

Spielmobil im
Stadtteil

Bewohner bewegen
Tonnen von Sand



2. Darüber hinaus sollen grüne Verknüpfungen gestärkt werden, um die Erreichbarkeit der übergeordneten Grünzüge sowie der freien Landschaft zu erhöhen und die Verknüpfung der Quartiere untereinander zu fördern.
3. Insgesamt sollen die Besonderheiten des naturräumlichen Standortes in Neuplanungen und Pflegemaßnahmen stärker einfließen.

Zielerreichung

Die hohe Anzahl an Grünflächen innerhalb des Untersuchungsgebietes ist nicht gleichbedeutend mit einem hohen Aufenthaltswert der Grün- und Freiflächen. Ziel war es daher laut der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zunächst bestehende Freiflächen aufzuwerten. Dem wurde – wie aus den Jahresberichten hervorgeht – durch verschiedene Aktionen wie die jährlich stattfindenden gemeinsamen Pflanzaktionen von Bewohnerinnen und Bewohnern mit dem städtischen Gartenamt vor dem Stadtteilzentrum oder der Umgestaltung von Spielplätzen im Rahmen der »Sandkastaktion« Rechnung getragen. Darüber hinaus wurden mit der Unterstützung von professionellen Firmen, die durch die Stadtbau GmbH beauftragt wurden, bestehende Spielplätze um- und neugestaltet. Dabei ging es um Maßnahmen zur Rasenauffrischung, Grünanlagen und Begrünung vereinzelter Hausfassaden. Im Rahmen der Aktion »Zamm geht's« wurden in Eigenregie die Betonwände eines Spielplatzes bemalt und aufgewertet und in Selbsthilfe verschiedene Sport- und Treffmöglichkeiten in der Umgebung des Jugendtreffs »filterlos« angelegt, die vor allem das Raumspektrum für Jugendliche erweitern.

Trotz dieser vielen Einzelaktionen schätzen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstatt die Ziel-

erreichung des Handlungsfeldes als gering ein. Durch die wenigen Umgestaltungen bestehender Freiräume, die realisiert werden konnten, seien, so eine Aussage in der Werkstatt, eher neue Konflikte entstanden. So beschwerten sich Anwohner über einen neu angelegten Spielplatz und neue Sitzgelegenheiten würden immer wieder zerstört.

Große Erwartungen hatten offenbar die Planungen zur Neugestaltung des Eingangsbereiches zum Malerviertel und der Umgebung des Stadtteilzentrums geweckt, von denen sich die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Impulswirkung nach außen versprochen hatten. Die Realisierung der Planung wurde jedoch aufgrund fehlender Finanzmittel unbefristet verschoben. Und so lautete das zusammenfassende Fazit in der Arbeitsgruppe Starkenfeldstraße: »In dem Handlungsfeld Grün- und Freiraum ist kaum etwas passiert.«

Dem Ziel die Besonderheiten des naturräumlichen Standortes in die Planungen stärker einfließen zu lassen, versucht das Pflege- und Entwicklungskonzept Volkspark nachzukommen, in dem gartendenkmalpflegerische und ökologische Belange berücksichtigt werden. Das in diesem Bereich liegende Stadion konnte mit Hilfe von Städtebaufördermitteln saniert werden, wodurch die Entwicklung des Bamberger Ostens als Sportstandort vorangetrieben wird.



5.2.5 Handlungsfeld 5: Ökologie

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Im Untersuchungsgebiet ist nach Aussage des Entwicklungskonzeptes nahezu kein ökologisch ausgerichtetes Handeln und/oder Bewusstsein erkennbar und ein ener-

getisches Gesamtkonzept fehle. Abgesehen von vereinzelten Maßnahmen wie der Installation von Photovoltaikanlagen und neuen Energieversorgungskonzepten für öffentliche Bauten wie Schulen, gebe es keine besonderen Maßnahmen im Bestand zur energetischen Ertüchtigung.

Strategische Ziele

1. Bei allen zukünftigen Planungen sollte ein verstärkter Einsatz regenerativer Energien zur Verbesserung der Energiebilanz und zur Stärkung des lokalen Images berücksichtigt werden.
2. Bei allen Bau- und Planungsmaßnahmen (Entsiegelung, Isolierung, Verhalten) sind alle ökologischen Belange verstärkt zu berücksichtigen.
3. Darüber hinaus ist das ökologische Bewusstsein der Bewohner/innen insgesamt zu stärken.

Zielerreichung

Aus den Gesprächen mit der Verwaltung geht hervor, dass zur Verbesserung der Energiebilanz vereinzelt Photovoltaikanlagen erreicht, Gebäudeisolierungen vorgenommen und öffentliche Gebäude wie etwa Schulen an das bestehende Nahwärmenetz angeschlossen oder auf die Nutzung anderer regenerativer Energien (Biomasse- und/oder Hackschnitzelanlage) umgestellt wurden. Die Planungen zum Anschluss der Wohnanlage Pöeldorfer Straße an das Fernwärmenetz konnten bislang nicht realisiert werden, da nach Aussage der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner lange Zeit Unklarheiten über das Gesamtsystem bestanden. In der Werkstatt gab es jedoch deutliche Hinweise darauf, dass die Planungen durch die Stadtbau GmbH vorangetrieben und in der nächsten Zeit verwirklicht werden können.

Der Neubau des Hallenbades wurde als Niedrigenergiegebäude realisiert und erfüllt damit das Ziel bei allen Bauvorhaben verstärkt ökologische Belange zu berücksichtigen.

Das ökologische Bewusstsein der Bewohnerschaft sollte durch verschiedene Informationsveranstaltungen wie etwa die VHS-Vorträge zum Thema Energie und Schimmelbildung oder Energieverbrauch und Hausabfall und ein Beratungsangebot zum Heiz- und Lüftungsverhalten beeinflusst werden – wie den Jahresrückblicken zu entnehmen ist. Und nicht zuletzt trägt auch das Projekt Mode macht MUT dazu bei, das Thema Recycling in der Bewohnerschaft zu verankern.

In dem Handlungsfeld Ökologie zeigt sich deutlich, dass die Umsetzung von Maßnahmen langwierig und von äußeren Rahmenbedingungen abhängig sein kann. Da es kaum sichtbare Hinweise für Erfolge der verschiedenen Planungen gibt, verwundert es nicht, dass die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem Handlungsfeld nach wie vor eine hohe Bedeutung beimessen (Fragebogenauswertung Gültigkeit: 7,2 Pkt). Da es jedoch viele Hinweise gibt, dass Maßnahmen in naher Zukunft umgesetzt werden können, ist die langfristige Zielerreichung wahrscheinlich höher zu bewerten, als Teilnehmende der Werkstatt sie beurteilten (Fragebogenauswertung Zielerreichung: 2,6 Pkt.).



5.2.6 Handlungsfeld 6: Verkehr

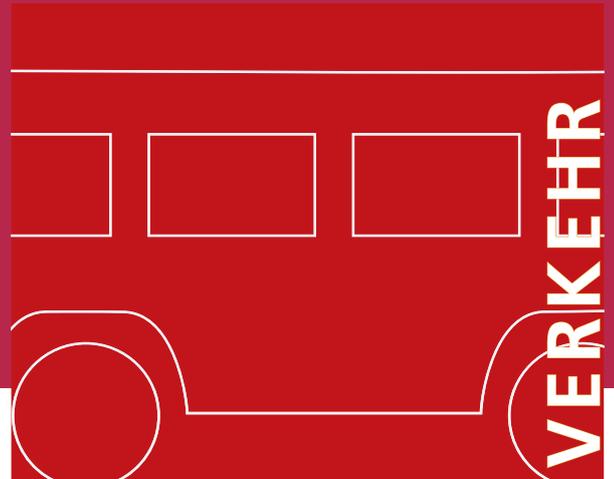
Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Das Untersuchungsgebiet ist hervorragend erschlossen, was jedoch teilweise zu einer Beeinträchtigung durch die hohe Lärmbelastung und die Trennwirkung der Verkehrs-

Ziele

- nachhaltige Reduzierung der Verkehrsbelastung
- Erweiterung des ÖPNV-Angebotes sowie der Fuß- und Radwege
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität in den Straßenräumen
- Steigerung der Verkehrssicherheit

zentrale/exemplarische Maßnahmen



straßen führt. So fehle laut Entwicklungskonzept beispielsweise im Bereich westlich des Berliner Rings eine Durchlässigkeit in Nord-Süd-Richtung. Im gesamten Untersuchungsgebiet werden laut Entwicklungskonzept die schalltechnischen Orientierungswerte zumindest jeweils in der ersten Bauzeile entlang der Hauptverkehrs- und Sammelstraßen deutlich überschritten.

Fuß- und Radwege haben eine hohe Bedeutung für das Untersuchungsgebiet und seien – so stellt das Entwicklungskonzept fest – in ausreichendem Maß vorhanden. Das System werde durch mehrere eigenständige Fuß- und Radwege noch gestärkt. Allerdings weise der Fuß- und Radweg entlang der Starkenfeldstraße Mängel in der Verkehrssicherheit auf und sei teilweise erneuerungsbedürftig.

Die ÖPNV-Anbindung sei laut Entwicklungskonzept ausreichend und alle Bewohnerinnen und Bewohner des Untersuchungsgebietes wohnten innerhalb des Einzugsbereiches einer der Bushaltestellen. Allerdings gebe es in der Taktung einzelner Buslinien, vor allem in den Abendstunden, Verbesserungsbedarf. Einzelne Haltestellen seien noch nicht im allgemeinen Erscheinungsbild der Stadtwerke Bamberg ausgestattet.

Darüber hinaus stellt das Entwicklungskonzept fest, dass das Stellplatzangebot im Untersuchungsgebiet insgesamt den rechnerischen Bedarf abdecke bzw. leicht übersteige und öffentliche Einrichtungen zudem mit zusätzlichen Stellplätzen versorgt seien. Die vorhandenen Tiefgaragen im Untersuchungsgebiet bieten eine hervorragende Grundlage für die Stellplatzversorgung.

Strategische Ziele

1. Die vom hohen Verkehrsaufkommen ausgehenden Belastungen sollen reduziert werden (Durchgangs-

verkehr, Gewerbe, Parken, Schallschutz), um die Wohnqualität des Untersuchungsgebietes zu steigern.

2. Damit verbunden sind auch die Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Straßenraum und die Steigerung der Verkehrssicherheit. Einen Beitrag dazu kann auch die Neuordnung des Stellplatzangebotes für den MIV leisten.
3. Darüber hinaus sollen durch die Stärkung des ÖPNV-Angebotes und den Ausbau der Fuß- und Radwege Alternativen zum MIV gefördert werden.

Zielerreichung

Das hohe Verkehrsaufkommen entlang der Starkenfeldstraße bringt starke Lärmemissionen mit sich. Um diese zu reduzieren wurde auf die Fahrbahn der Starkenfeldstraße ein neuer Asphalt mit Schallschutzwirkung aufgebracht. Zudem wurden in einigen angrenzenden Wohngebäuden die Fenster durch Schallschutzisolierende Fenster ersetzt. Um Rückstaus zu vermeiden, wurde an der Kreuzung der Hauptverkehrsstraßen eine Rechtsabbiegerspur eingerichtet.

Der Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Straßenraum kamen die Planungen eines autofreien Quartiersplatzes vor dem Stadtteilzentrum nach. Diese konnten jedoch bislang nicht realisiert werden.

Das ÖPNV-Angebot wurde durch die Etablierung einer Nachtbuslinie gestärkt. Damit verbunden war auch der Ausbau des Haltestellennetzes.

Auch wenn die Verkehrsbelastungen entlang der Hauptverkehrsstraßen erheblich sind und im Rahmen der Sozialen Stadt lediglich vereinzelte Maßnahmen realisiert

werden konnten, gewichten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstatt das Handlungsfeld für die Zukunft nicht besonders hoch: Das »Gewicht« der entsprechenden Ziele wird mit nur 6,6 Pkt. bewertet, dem geringsten Wert aller Handlungsfelder. Man wird dies allerdings nicht so verstehen dürfen, dass man den Verkehrsfragen keine Bedeutung beimisst. Eher scheint hier die Einsicht in das »Machbare« zum Ausdruck zu kommen. Zugleich sind offensichtlich andere Aufgabebereiche (insbesondere im sozialen und ökonomischen Bereich) aus der Sicht der lokalen Akteure für die Lebenssituation der Menschen im Gebiet von höherem Geltungsgrad.



5.2.7 Handlungsfeld 7: Soziales

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Der hohe Anteil an Ausländern, Migranten und Migrantinnen verlange nach Integrationsmaßnahmen, so lauten die Aussagen im Entwicklungskonzept wie die der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner. Die räumliche Konzentration einzelner Migrantengruppen nach ihrer Herkunft führe dabei laut Entwicklungskonzept zu einer gewissen Segregation. Die Konzentration auf die beiden Nationalitäten der Russlanddeutschen und Türkinnen und Türken erleichtert dabei z.B. sprachliche Maßnahmen. Obwohl fast die Hälfte der Bewohnerschaft in irgendeiner Form Bedürftigkeit aufweist, haben die Bewohnerinnen und Bewohner tendenziell ein überdurchschnittliches Bildungsniveau; dies treffe auch auf die Migrantinnen und Migranten zu.

Aus dem Entwicklungskonzept geht hervor, dass das Untersuchungsgebiet bezüglich der Haushaltsstruktur eine Mischung aller Typen, vom Single- bis zum 3-Ge-

nerationenhaushalt aufweist. Doch der Anteil von Singlehaushalten vor allem bei Seniorinnen und Senioren müsse Eingang in Maßnahmen finden. Neben alleinstehenden Seniorinnen und Senioren bewohnen viele ältere Paare das Untersuchungsgebiet.

Die Wohnraumversorgung ist im Mittel (29,7 qm/Kopf) sehr gering.

Die im Mittel hohe Wohndauer, die im Entwicklungskonzept festgestellt wird, weise auf eine recht hohe Wohnzufriedenheit hin. Diese werde in Gesprächen immer wieder explizit formuliert und basiere auf der Lage, der Versorgungsqualität und den Freizeitwerten.

»Das Programm STÄRKEN vor Ort hat zum Ziel, die soziale, schulische und berufliche Integration von benachteiligten jungen Menschen und Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu unterstützen. [...] Im Rahmen des Förderprogramms erhalten kleine Initiativen und Organisationen eine Förderung von bis zu 10.000,- zur Durchführung von zeitlich befristeten Mikroprojekten.« [STÄRKEN vor Ort. Projektmesse 2010]

Seit 2009 ist die Stadt Bamberg bei dem durch den Bund geförderten Projekt mit den beiden Fördergebieten der Sozialen Stadt dabei.

Projektbeispiele:

- *Qualifizierung Kindertagespflege*
- *Individuelles Video Bewerbungs-Coaching*
- *Handwerk macht Schule. Berufsorientierung im handwerklichen Bereich*
- *Stadtteiltheater Bamberg Ost*
- *Kreativwerkstatt Mode uva.*

»Annäherung unterschiedlicher Kulturen ist eine Daueraufgabe. Die unterschiedlichen Kulturen grüßen sich mittlerweile auf der Straße und es sind ganz neue Freundschaften entstanden.«

[Anmerkung im Rahmen der Evaluationswerkstatt]

Eine relativ geringe Pkw-Versorgung führe laut Entwicklungskonzept zu einer starken ÖPNV-Nutzung und einer engen Bindung an das Untersuchungsgebiet. Die Mitwirkungsbereitschaft und das Engagement in Vereinen und Institutionen seien dennoch relativ gering.

Strategische Ziele

1. Die Überwindung sozialer Benachteiligung ist von zentraler Bedeutung. Die Bemühungen zur Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. ALG II, Kinder/ Jugendliche, Migrant/innen) müssen daher intensiviert werden. Dies gelingt durch ein verstärktes Bemühen, Maßnahmen/Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zu initiieren und zu etablieren.
2. Insgesamt muss das Bewusstsein für den Stadtteil und seine Bewohner/innen sowohl nach innen als auch nach außen gestärkt werden. Die Arbeit im Rahmen des Sozialen Stadt-Programms soll wesentlich dazu beitragen, indem die Bewohner/innen an den Prozessen der Stadtentwicklung teilhaben. Informationen und Beteiligung sollen helfen diese zu verbessern und zu institutionalisieren (Trägerverein).

Zielerreichung

Grundlage für die meisten Maßnahmen im Handlungsfeld »Soziales« ist die Einrichtung und der Umbau des Stadtteilzentrums an der Katzheimerstraße, das zur zentralen Anlaufstelle wurde.

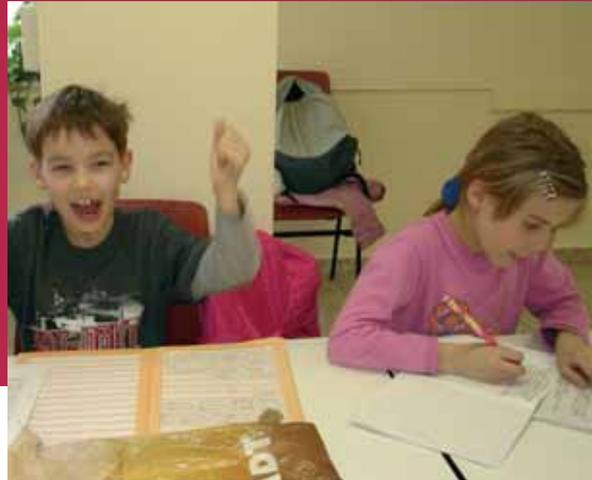
Das Angebot des Stadtteilzentrums ist breit gefächert: Neben regelmäßigen Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Kultur und Freizeit finden auch immer wieder gesamtstädtisch bedeutsame Aktionen und Veran-

staltungen statt. Die Auslastung des Stadtteilzentrums war sehr hoch, was sich beispielsweise an den hohen Raumauslastungen ablesen lässt. So berichten die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sogar von räumlichen Engpässen.

Weiteres wichtiges Standbein zur Überwindung sozialer Benachteiligung sind die Förderprogramme »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (»LOS«) (siehe auch Handlungsfeld Lokale Ökonomie) und die »STÄRKEN vor Ort«-Projekte – angefangen bei Computerkursen bis hin zum integrativen Frauenfrühstück.

Insbesondere Migrantinnen und Migranten gehören zu den benachteiligten Bevölkerungsgruppen, für die durch lokale Projekte wie die Bildung einer interkulturellen Gesangsgruppe, dem »integrativen Frauenfrühstück«, den »interkulturellen Begegnungen« oder den VHS-Vorträgen über landeskundliche und lebenspraktische Themen das Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen und die dazugehörigen Lebenswelten erzeugt werden sollte. Stadtteilpaten versuchten über eine Bewohnerbefragung Konflikte aufzudecken bzw. durch Gesprächsführungen zu vermeiden. Im Jahre 2008 erhielten sie dafür den Integrationspreis der Regierung von Oberfranken. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Evaluationswerkstatt sehen im Bereich der Integration große Fortschritte. Die unterschiedlichen Kulturen würden sich mittlerweile auf der Straße grüßen und neue Freundschaften seien entstanden. Dabei seien die vielen Feste und Veranstaltungen besonders ausschlaggebend gewesen, die zu einer langsamen Annäherung führten. Der Annäherungsprozess sei jedoch längst nicht abgeschlossen, sondern vielmehr eine Daueraufgabe des Bamberger Ostens.

Um die soziale Benachteiligung tatsächlich zu reduzieren, bedarf es einer an die lokalen Bevölkerungsgrup-



Fortbildung für
Stadtteilpaten

Bildungsangebot
für Kinder

pen angepassten Hilfs- und Beratungsstruktur, bei der vor allem Sprachangebote für Migrantinnen und Migranten im Vordergrund stehen. Im Stadtteilmanagement werden daher Sprachkurse wie »Mama lernt Deutsch«, Russischkurse für Erwachsene oder Nachhilfe für Kinder- und Jugendliche angeboten und durch Kurse des AWO-Integrationsdienstes ergänzt.

Die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonen besonders, dass Bildungsangebote wie Sprachkurse und Nachhilfe unbedingt fortgeführt und ausgebaut werden müssten. Ebenso wichtig sind aber auch die weiterführenden Bildungsangebote und Infrastrukturen wie etwa der neu eingerichtete Computerpool.

Neben den lokalen Aktivitäten und Angeboten erarbeitete die Stadt Bamberg im Arbeitskreis Gesellschaft und Kultur ein Integrationskonzept für die Gesamtstadt. Die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen zudem im Bereich der sozialen Finanz- und Wirtschaftsberatung noch weiteren Betreuungsbedarf.

gemeinnützige Vereinsgründung »KuBuS e. V.« (= selbsttragende Struktur) steht für Kultur, Bildung, Soziales: Nachhilfe (Unterricht durch Migranten mit Lehrerberuf), Beginn im Rahmen eines geförderten Projektes »STÄRKEN vor Ort«

Im Rahmen der Integrationsbemühungen kommt der Einbindung von Kindern und Jugendlichen eine besondere Rolle zu. Neben den bereits benannten Bildungsmaßnahmen wurden neue Freizeitangebote geschaffen. Dabei erwies sich das Projekt »Streetwork« als besonders erfolgreich, so dass nach Projektabschluss eine Planstelle für die Gesamtstadt eingerichtet wurde. Auch das Projekt »BasKIDball« in der Erlörschule, das eine Schnittstelle zwischen Sport und Bildung herstellt, wird von den Werkstatt-Teilnehmerinnen und

Teilnehmern sehr positiv bewertet. Zusätzlich haben sich Maßnahmen wie das Spielmobil oder das Sommerferienprogramm etabliert.

Um das Bewusstsein für den Stadtteil zu stärken, gab es immer wieder Aktionen und Veranstaltungen, die nach Außen wirken: Gesamtstädtische Bedeutung erlangte beispielsweise die Sportveranstaltung »Soziale Stadt am Ball«, bei der Jugendliche zusammen mit »Brose-Basket«, der erfolgreichen, lokalen Basketballmannschaft in der Stechert-Arena (ehem. Jako-Arena) spielten oder die 2009 und 2010 durchgeführte Kulturwoche »Kultur um die Ecke«.

Doch nicht jede Aktion hatte die Gesamtstadt im Blick. Viele Veranstaltungen richteten sich explizit an die Bewohnerschaft, um die Identität mit dem Stadtteil zu erhöhen, darunter das jährliche Sommerfest/Stadtteilfest oder die Weihnachtsfeier. Explizit an einen engen Akteurskreis richteten sich die Nachbarschaftsfeste Starkenfeldblöcke, die zur Stabilisierung der Nachbarschaften beitragen sollten.

In der Werkstatt wurde betont, es sei besonders erfreulich, dass die unmittelbaren Anwohnerschaft von sich aus ins Stadtteilmanagement kämen. Dies gelte jedoch nicht für die Bewohnerschaft anderer Wohnstandorte, etwa auf der anderen Seite des Berliner Rings an der Eifelschornstraße. Hier fehle es an örtlicher Präsenz und damit an Informations- und direkten Kommunikationsmöglichkeiten (»Mundpropaganda«). So war die Beteiligung der umliegenden Bewohnerinnen und Bewohner ungleich höher. Die Bewohnerschaft selbst, so berichteten die Teilnehmenden der Werkstatt, hätten vor allem die »Mitmach-Aktionen« besonders genossen. Im Rahmen des Projektes »Zamm geht's« wurden beispielsweise Spielplätze durch Bemalen der umgrenzenden Betonwände umgestaltet oder Treppenhäuser in Eigenregie renoviert. Durch den persönlichen Einsatz und die enge

Zusammenarbeit mit Nachbarinnen und Nachbarn, sei die Identifikation mit den durchgeführten Maßnahmen besonders groß und: »man ist richtig stolz auf das, was man geschafft hat.« So konnte zumindest ein kleiner Teil der Bewohnerschaft dazu gebracht werden, sich aktiv an der Quartiersentwicklung zu beteiligen. Doch angesichts der belasteten Nachbarschaften gab es durchaus auch Konfliktsituationen, die durch moderierte Haus- oder Anwohnerversammlungen geschlichtet werden konnten. Über all die durchgeführten Aktionen, Veranstaltungen und Ausstellungen wurde in den lokalen Medien regelmäßig berichtet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Handlungsfeld »Soziales« ein breites Spektrum von Maßnahmen durchgeführt wurde und die Teilnehmenden der Werkstatt mit dem Erreichten durchaus zufrieden sind. Die Zielerreichung wird mit 6,3 Punkten bewertet, dem höchsten Wert der Umfrage. Dennoch betonen sie, das hohe Niveau der Zielerreichung bedeute keinesfalls, dass das Engagement in diesem Handlungsfeld nun nachlassen dürfe. Man müsse vielmehr mit gleichem Einsatz an diesen Themen weiterarbeiten. Dies drückt sich im Fragebogen mit 8,9 Punkten für die Gültigkeit des Zieles in der Zukunft aus – ebenfalls der höchste Umfragewert.



5.2.8 Handlungsfeld 8: Image

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Das Untersuchungsgebiet sei im Stadtgefüge nicht eindeutig definiert, so lautet die Aussage des Entwicklungskonzeptes. Weite Teile seien gesamtstädtisch hingegen negativ besetzt, und würden mit sozialen Problemlagen assoziiert. Innerhalb des Untersuchungsgebietes gebe

es keine eigenständige Identität und die Identifikation mit dem Wohnquartier und Umfeld sei gering.

Strategische Ziele

1. Das Gesamtbild des Untersuchungsgebietes im gesamten Stadtgefüge soll verbessert werden.
2. Dabei gilt es die Stärken des Stadtteils und seiner Bewohnerinnen und Bewohner herauszustellen. Immer wieder müssen dabei vor allem Vorurteile im Binnenimage abgebaut und die gesellschaftliche Vielfalt positiv besetzt werden.

Zielerreichung

Eine Veränderung des Images lässt sich kaum anhand von Fakten oder quantitativen Daten belegen, sondern muss bei den Akteuren selbst abgefragt werden. In der Evaluationswerkstatt wurde deutlich, dass sich die Innensicht in ihrer Wahrnehmung wesentlich von der Außensicht unterscheidet. Während ein Anwohner der Starkenfeldstraße in die Runde fragte, ob es im Bamberger Osten überhaupt ein Imageproblem gebe, sehen Externe in einem Imagewandel eine wesentliche Herausforderung des Soziale Stadt-Programms.

Das Binnenimage habe sich, so berichten Werkstatt-Teilnehmende, die selbst im Quartier arbeiten oder leben, durch das Soziale Stadt-Programm sehr verändert, da die Anwohnerinnen und Anwohner das soziale Angebot und die vielen Veranstaltungen sehr zu schätzen wissen: Dies kristallisierte sich beispielsweise anhand eines mittlerweile verbreiteten Meinungsbildes zu den »Schwarzen Dächern« heraus. Während es früher hieß: »Unter den schwarzen Dächern wohnt man nicht«, würden diese heute intern eher als Imageträger denn als

»Die Zeichen nach innen sind gut und bei den Bewohnerinnen und Bewohnern angekommen. Nun müssen die Zeichen nach außen gesetzt werden.«

[Anmerkung im Rahmen der Evaluationswerkstatt]

störend empfunden. Mittlerweile sei dieser Wohnstandort bei den Migrantinnen, Migranten und Aussiedlern sogar sehr beliebt, da die Infrastrukturangebote und sozialen Angebote durch das Stadtteilmanagement sehr groß seien: »Da passiert so viel, das ist toll.« Zudem konnte durch die vielen »Mit-mach-Aktionen« das Wir-Gefühl gestärkt werden.

Das Außenimage, so war vor allem von jenen Werkstatt-Teilnehmenden, die nicht vor Ort leben, zu hören, habe sich jedoch kaum verändert. Die vielen sozialen Maßnahmen seien nach außen kaum ablesbar. »Die Zeichen nach innen sind gut und bei den Bewohnerinnen und Bewohnern angekommen. Nun müssen die Zeichen nach außen gesetzt werden.« Nötig wären also verstärkt sichtbare (z.B. städtebauliche) Maßnahmen. So wäre die Umsetzung der Umgestaltungsplanung des Platzes am Stadtteilmanagement ein wichtiger Schritt, der einen neuen Identifikationspunkt sowohl nach Innen wie nach Außen hätte darstellen können. Dennoch finden sich einige Hinweise darauf, dass auch »nach Außen Zeichen gesetzt wurden«, die das Image des Gebietes rund um die Starkenfeldstraße positiv beeinflussten:

Durch die Sanierung des Stadions und den Hallenbadneubau wurde das Gebiet als Sport- und Freizeitstandort für die Gesamtstadt positiv besetzt und auch kleinere bauliche Maßnahmen wie die Sanierung des Kindergartens am Volkspark hatten eine starke Öffentlichkeitswirkung, da diese im öffentlichen Straßenraum sichtbar war.

Man kann zudem feststellen, dass über die zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen und Projekte, die sich im Jahresbericht wiederfinden und von denen die Gesprächspartnerinnen und -partner sowie die Werkstatt-Teilnehmenden berichten, immer wieder in den lokalen Medien auftauchten und Einfluss auf die gesamtstädtische Wahrnehmung nahmen.

Auswahl an öffentlichkeitswirksamen Aktionen:

- *öffentlicher Rundgang durch den Volkspark mit Rahmenplanerläuterung,*
- *»Soziale Stadt am Ball«: Sportveranstaltung in der Jako-Arena mit Brose-Baskets und dem OB + Infostand auf dem Maxplatz*
- *Fotoausstellung Havanna*
- *jährliche Stadtteilfeste/Sommerfeste*
- *Plakatausstellung im Stadtteilzentrum*
- *Fest Spielplatz Treustraße*
- *jährliche Weihnachtsfeier*
- *jährliche Seniorenweihnachtsfeier*
- *Eröffnungsveranstaltung Volkspark*
- *»Interkulturelle Wochen«: Eröffnungsstand Maxplatz, Kochbuch, Ausstellung Argentinien, Lesenachmittag, Vorträge, Lesungen*
- *Informationsstand bei der Integrationsmesse*
- *Semesterangebot Volkshochschule: Vorträge über landeskundliche und lebenspraktische Themen*
- *»Kultur um die Ecke« Kulturwoche im Osten Bamberg*
- *Mode macht MUT (ausführliche Berichterstattung in lokaler Presse, Kooperation mit InteresSand IG beim Adventsmarkt in der Sandstr.)*
- *»BasKIDball« (Eröffnung mit Autogrammstunde Brose Baskets, Regionale Wettbewerbe usw., Webportal Integrationspreis der Regierung von Oberfranken 2009, deutschlandweite Ausweitung des Modellprojektes)*
- *Fotoausstellungen zu Bamberg und russischen Städten*

Neben den regelmäßigen Veranstaltungen seien vor allem die künstlerischen Ausstellungen sehr wirksam, so die Werkstatt-Teilnehmenden. Besonders erfolgreich waren die gemeinsamen Veranstaltungen beider Gebiete wie etwa »Soziale Stadt am Ball« oder »Kultur um die Ecke«. Die Liste der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen ist lang und wird ergänzt durch medienwirksame Besuche »Externer«: der Universität Bamberg, des Oberbürgermeisters und des Baureferenten der Stadt Bamberg, der Regierung von Oberfranken, verschiedener Fraktionen und des Deutschen Geografentags. Und auch umgekehrt erhielt das Quartier Gelegenheit, sich und seine Projekte öffentlich vorzustellen, wie etwa im Pfarrgemeinderat St. Heinrich oder im Stadtrat.

Durch das VHS-Angebot im Stadtteilmanagement Starkenfeldstraße wurde ein Anlass geschaffen, auch von außerhalb in das Soziale Stadt-Gebiet zu kommen. Die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer empfanden dies als besonders wichtigen Erfolgsfaktor zur Beeinflussung des Images, da das Gebiet ansonsten kaum mit positiven Funktionen besetzt sei.

Das Fazit fiel bei den externen Teilnehmenden der Werkstatt dennoch negativ aus: Das Image des Bamberger Ostens sei trotz der vielen Veranstaltungen schlecht geblieben. Es verwundert daher nicht, dass den Zielen des Handlungsfeldes »Image« (Fragebogenauswertung Gültigkeit 8,5 Pkt.) eine hohe Gültigkeit eingeräumt wird.

Einen wesentlichen Kritikpunkt sehen die Teilnehmenden in dem Begriff der »Sozialen Stadt«, der negativ belastet und in der öffentlichen Diskussion und Kommunikation für beide Gebiete nicht förderlich sei. Für die Zukunft gelte es neue Begriffe in der öffentlichen Debatte zu etablieren.



Arbeitsgruppe
während der
Evaluationswerkstatt

5.3 Organisation, Kommunikation und Prozessablauf

Begreift man das Soziale Stadt-Programm als lernenden Prozess, sind in der Evaluierung auch formale und organisatorische Strukturen zu analysieren und zu bewerten, um Nachsteuerungsbedarfe und zukünftige Handlungsansätze zu identifizieren. Diese können letztlich zur Verstetigung der Prozesse beitragen.

Im integrierten Entwicklungskonzept wurden die organisatorischen Zusammenschlüsse des Sozialen Stadt-Programms an der Starkenfeldstraße definiert. Grundlage der Arbeit vor Ort ist die Einbindung eines breiten Akteursspektrums. Neben der Lenkungsgruppe (LG) als zentrales Informations- und Leitungsgremium gibt es den Stadtteilarbeitskreis (STAK), der als demokratisches Forum Projektvorhaben und Themenvorschläge erarbeitet. Gegebenenfalls können daraus Projektgruppen (PJ) gebildet werden. Die Entscheidungsvorbereitungen laufen somit immer »von unten nach oben«.

Das Stadtteilmanagement (STM) übernimmt im Stadtteilbüro lenkende und vermittelnde Funktionen. Es tritt als Berater, Vermittler und Organisator von Veranstaltungen und Projekten auf und wird hierfür mit einem Verfügungsfond ausgestattet.

Sonstige regelmäßig eingebundene Akteure und Kooperationspartner (Auswahl):

- Stadtbau GmbH
- Arbeiterwohlfahrt
- Sozialdienst Katholischer Frauen
- Erlörschule
- Städtische Volkshochschule
- StreetworkerInnen
- LOS-Projekte

An dem Prozess der Sozialen Stadt wirkten demnach viele engagierte Akteure mit, ohne die insbesondere die sozialen und imagewirksamen Aktionen nicht möglich gewesen wären.

Doch in den Gesprächen mit der Verwaltung, dem Stadtteilmanagement und den Teilnehmenden der Werkstatt wird auch deutlich, dass es unabhängig von Personen oder Institutionen Unklarheiten in den Zuständigkeiten und den Kommunikationsprozessen gab. So berichtet eine Werkstatt-Teilnehmende beispielsweise, dass sie nicht wussten, an wen sie sich mit neuen Projektideen wenden konnten.

Da die Aufgaben mit dem Auslaufen des Sozialen Stadt-Programms weiter bestehen werden, wurde am 23. März 2010 ein »Förderverein Soziale Stadt« gegründet, der die Arbeit in beiden Quartieren langfristig sichern soll. Ziel und Aufgabe des Fördervereins ist es demnach, konkrete Projekte dauerhaft finanziell zu unterstützen. Dies ist vor allem in Hinblick auf die Kürzungen der Städtebaufördermittel von großer Bedeutung.

5.4 Fazit: Zielerreichung Soziale Stadt Starkenfeldstraße

Das Soziale Stadt-Programm konnte an der Starkenfeldstraße viele Projekte und Maßnahmen auf den Weg bringen, die ohne die Städtebaufördermittel nicht denkbar gewesen wären. Die Auswertung der vorliegenden Unterlagen macht deutlich, dass Projekte erfolgreich abgeschlossen werden konnten, neue Kooperationen eingegangen und komplexe Prozesse angestoßen wurden. Zudem wurden Perspektiven entwickelt, um die Arbeit vor Ort dauerhaft zu sichern.

Aufgrund der Vielzahl und Vielfalt der strategischen Ziele ist eine allgemeingültige Aussage zur Zielerreichung schwierig. Betrachtet man die Handlungsfelder differenziert, lassen sich aber durchaus unterschiedliche Erfolge und Nachsteuerungsbedarfe erkennen.

Im Hinblick auf das Handlungsfeld »Lokale Ökonomie und Versorgung« lässt sich feststellen, dass sich Teile des Bamberger Ostens als gesamtstädtisch bedeutsamer Sportstandort etablieren konnten. Allerdings sind die Meinungen hinsichtlich der Wirkung dieser Maßnahmen für das Quartier nicht einheitlich. Unstrittig handele es sich um Investitionen von großer gesamtstädtischer Bedeutung. Wenn diese aber auch dem Quartier zugute kommen sollen, so wurde betont, seien noch stärkere Verflechtungen und Anbindungen zwischen Quartiersbewohnerschaft und z.B. dem Volkspark notwendig. Und auch wenn die Vermittlung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche durchaus erfolgreich war, ist dies eine Daueraufgabe, der auch in Zukunft mit erheblicher Energie nachgegangen werden muss.

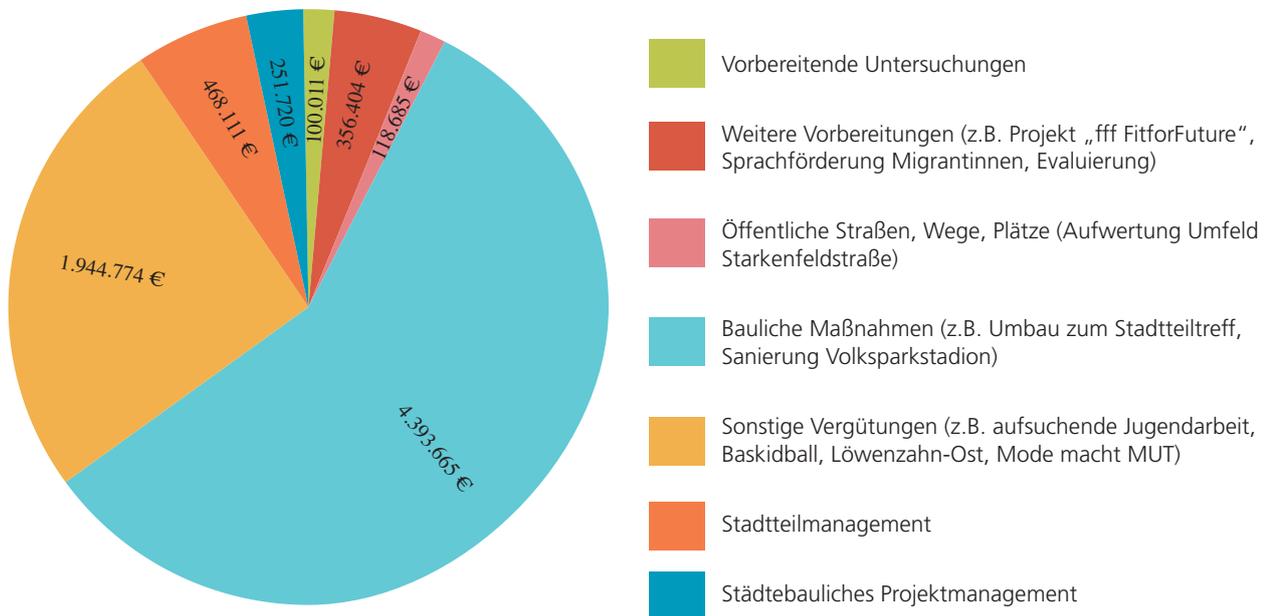
Der Neubau des Hallenbades sowie die Stadionsanierung setzten neue städtebauliche Akzente. Die weiteren Maßnahmen im baulichen Bestand blieben jedoch hin-

ter den Erwartungen zurück. So konnten zum Bedauern aller Gesprächspartner und Werkstatt-Teilnehmenden etwa die Planungen zum Quartiersplatz an der Katzheimer Straße nicht realisiert werden. Die baulichen Maßnahmen müssten zukünftig auch innerhalb des Quartiers intensiviert werden, um die Wohnfunktion zu stärken. Dabei muss es neben der Gestaltung öffentlicher Räume vor allem um die energetische Ertüchtigung der Bestände gehen.

Im Handlungsfeld »Grün- und Freiräume« lassen sich einige Maßnahmen zur Wohnumfeldgestaltung festhalten, die vor allem deshalb als Erfolg gewertet werden, weil sie Bürgerinnen und Bürger und das soziale Miteinander aktivierten. Dass die Planungen zur Umgestaltung des Quartiersplatzes jedoch nicht umgesetzt wurden, werten die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner als Misserfolg.

Besonders schwierig zu realisieren sind Projekte dann, wenn sie privatwirtschaftliche Angelegenheiten betreffen oder es sich um größere (bauliche) Projekte mit langen Vorlauf- und Planungszeiten handelt. So ist zu erklären, dass in den Handlungsfeldern »Ökologie« und »Verkehr« bislang weniger Maßnahmen realisiert wurden als ursprünglich geplant. Im Rahmen der Evaluationswerkstatt wurde jedoch darauf hingewiesen, dass bereits Überlegungen zu Projekten, wie beispielsweise der energetischen Ertüchtigung der Wohnungsbestände vorlägen. Diese befänden sich jedoch vielfach noch im Planungsstadium und angesichts der Kürzungen der Städtebaufördergelder bliebe die Frage offen, ob und wann diese Vorhaben überhaupt realisiert werden könnten.

Die meisten Maßnahmen lassen sich für die Handlungsfelder »Soziales« und »Image« feststellen. Sie sind zumeist kleinteilig, deswegen aber nicht weniger wichtig. In ihrer Summe tragen sie wesentlich dazu bei,



Grafik: Kostenaufstellung Starkenfeldstraße (eigene Darstellung)
 Quelle: Regierung von Oberfranken, Sachgebiet 34, Stand: August 2011

dass für Handlungsfelder, die zu den zentralen Aufgabebereichen der Sozialen Stadt gehören, Substantielles bewirkt werden konnte. Zugleich aber ist auch offensichtlich, dass es sich hier – wie auch in vielen anderen Gebieten ähnlicher Charakteristik – um eine »Daueraufgabe ohne Dauerlösung« handelt. Das findet auch in den von uns geführten Gesprächen und den Ergebnissen der Werkstatt seinen Ausdruck: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzen die Zielerreichung hoch ein (mit 5,9-6,3 Punkten sind das die höchsten Wertungen insgesamt), betonen aber zugleich die hohe Bedeutung dieser Handlungsfelder in der Zukunft (8,5-8,9 Pkt.).

Offen blieb die Frage, wie es um den Gebietszusammenhang und den Gebietskontext steht. Bisher ist das Gebiet an der Starkenfeldstraße durch das Soziale Stadt-Programm offensichtlich nicht zu einem Stadtteil zusammen gewachsen. Es besteht weiterhin aus einzelnen, voneinander deutlich unterschiedenen Teilen, von denen einige in der Gesamtstadt kaum bekannt sind. Teilnehmende der Werkstatt berichten, außerhalb des Gebietes seien z.B. lediglich Begriffe wie das »Malerviertel« und die »Starkenfeldstraße« bekannt. Möglicherweise war aber auch der Anspruch, eine eher von strategischen Gesichtspunkten geleitete Gebietsabgrenzung zum Ausgangspunkt für die Herausbildung einer Quartiersidentität zu machen, unangemessen.

Von dieser Einschätzung ausgehend stellen sich für die Zukunft zwei Fragen: Ist es, wie Teilnehmende der Werkstatt vorschlugen, sinnvoll, die Grenzen der Sozialen Stadt sehr viel weiter zu fassen? Oder sollte – auch diese Anregung wurde gegeben – eine deutlichere räumliche und soziale Fokussierung stattfinden?

Aus unserer Sicht müssten das keine sich ausschließenden Alternativen sein: Angesichts der Bedeutung, die dem gesamten Bamberger Osten in den neueren Überlegungen zur Stadtentwicklung zukommt (vgl. Gesamtstädtisches städtebauliches Entwicklungskonzept), wäre sowohl ein großräumiger strategischer Kontext (etwa ein Entwicklungskonzept Bamberg-Ost) wie auch die Konzentration auf Fokusräume denk- und wünschbar.

6. Gereuth/Hochgericht

6.1 Kurzcharakteristik und zentrale Ziele für »Gereuth/Hochgericht«

Das Untersuchungsgebiet Gereuth/Hochgericht liegt rund 2,5 km südöstlich des Bamberger Stadtkerns und somit außerhalb des Geltungsbereichs von Weltkulturerbe und Stadtdenkmal (siehe Karte S. 33). Das Entwicklungskonzept weist darauf hin, dass das Gebiet auf den ersten Blick durch den unregelmäßigen Grenzverlauf recht heterogen erscheint. Zwar bilden im südlichen Teilbereich der Gereuth Verkehrsachsen in Form der Bahnlinie sowie der Münchner Ring und die Forchheimer Straße klare Grenzen, im Bereich Hochgericht jedoch fehlen diese. Hier wird das Gebiet durch die bestehende Bebauung begrenzt. Somit verfügt das Untersuchungsgebiet über eine Gesamtfläche von 36,2 ha.

Auch baulich und sozial wird das Raumgefüge als eher heterogen beschrieben. Besonders auffällig ist sicherlich der Geschosswohnungsbau in der Gereuth sowie das unmittelbare Umfeld der Mälzerei im Hochgericht, kumulieren hier doch sowohl bauliche als auch soziale Probleme. Insbesondere die Mehrfamilienhäuser aus den 1950er bis 70er Jahren weisen einen erhöhten Sanierungsbedarf auf und werden aufgrund ihres baulichen Zustandes eher von sozial schwachen Haushalten nachgefragt.

Laut Entwicklungskonzept kann für das Untersuchungsgebiet festgehalten werden, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen deutlich über dem städtischen Durchschnitt bewegt. Gleiches gilt für den Ausländeranteil mit 19,1 % sowie den Anteil der MigrantInnen mit 25 %. Im Durchschnitt weniger Menschen wiederum wurden im erwerbsfähigen Alter festgestellt.

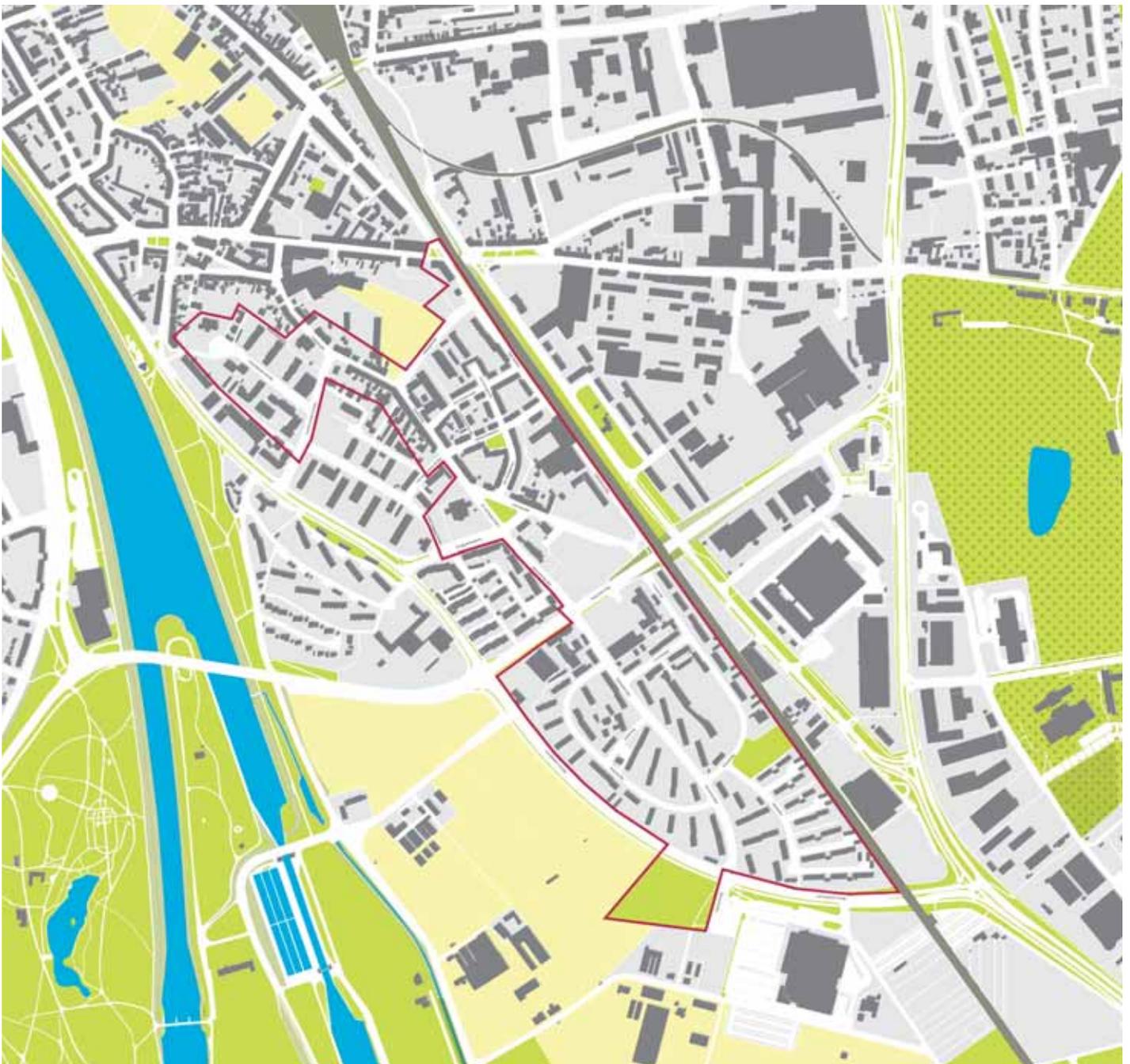
Obwohl der Anteil junger Menschen unter 18 Jahren im städtischen Durchschnitt liegt, konstatieren die vorbereitenden Untersuchungen einen deutlichen Mangel an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Daher

beschränkt sich das Untersuchungsgebiet nicht auf die sozialen Problembereiche, sondern vielmehr auf eine sinnvolle Raumeinheit, die angrenzende Funktionen wie Kirchen, Gemeinbedarfseinrichtungen, Sport- und Spieleinrichtungen sowie derzeitige Brachflächen mit einbezieht. Auf diese Weise werden den eher konfliktträchtigen Quartieren wichtige soziale Einrichtungen und Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt, die das Gebiet selbst nicht vorhalten kann.

Obwohl das Gebiet im Rahmen des Entwicklungskonzeptes für die kleinräumige Analyse in sieben Teilbereiche und 25 Blöcke unterteilt worden ist, gibt es einige grundlegende Leitlinien, die den vorbereitenden Untersuchungen zugrunde lagen und die es auch in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen gilt.

Grundlegende Ziele und Leitlinien

- Überwindung sozialer Benachteiligung, vor allem durch die angestrebte bauliche Aufwertung des Gebiets
- Intensivierung der Kinder- und Jugendarbeit
- Förderung des Integrationsprozesses von Migranten, Migrantinnen und benachteiligten Personengruppen
- Augenmerk auf die Seniorengeneration des Gebietes
- Aufhebung/Lockerung der vorhandenen (baulichen) Barrieren
- Sanierungen und innovative Baukonzepte für ein besseres Stadtbild
- Ausschöpfung des Potentials der Gewerbebetriebe hinsichtlich Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote



- stärkere Berücksichtigung von Energieeffizienz, Flächenversiegelung und ökologischen Belangen
- Erhöhung des öffentlichen Freiflächenanteils
- Stärkung von ÖPNV, Fuß- und Radwegen
- Minderung des Durchgangsverkehrs im Bereich des Hochgerichts
- Überprüfung aller Maßnahmen auf ihren Effekt für das Image des Untersuchungsgebietes
- hohes Maß an Transparenz und Informationsfluss für die Bewohnerschaft während des Handlungsprozesses

6.2 Zielerreichung in einzelnen Handlungsfeldern

Laut Entwicklungskonzept haben sich aus den Leitlinien verschiedene Handlungsfelder herauskristallisiert, die einer differenzierten Betrachtung bedürfen. In Anlehnung an die Gliederung der Handlungsfelder im Integrierten Entwicklungskonzept werden im Folgenden die Themen Lokale Ökonomie und Versorgung, Städtebau, Gebäude und Wohnen, Grün- und Freiraum, Ökologie, Verkehr, Soziales und Image aufgerufen. Jedes dieser Themen wird mit einem kurzen Überblick über die Ausgangssituation, Potenziale und Defizite eingeleitet.



6.2.1 Handlungsfeld 1: Lokale Ökonomie und Versorgung

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Gewerblich betrachtet wird das Bild des Untersuchungsgebietes von einigen größeren Betrieben und

deren prägnanten Baukörpern dominiert. Hierzu zählt insbesondere die Bamberger Mälzerei. Allerdings wurde im Rahmen des Entwicklungskonzeptes festgestellt, dass diese Unternehmen mit den kleineren Betrieben der (hinlänglich vorhandenen) Nahversorgung zusammen nur ein Spektrum von etwa 300 Arbeitsplätzen bieten. Die vorhandenen Gewerbebetriebe besäßen jedoch meist eine lange Unternehmenstradition an ihren Standorten im Untersuchungsgebiet und laut einer Gewerbebefragung seien sie mit diesen und den herrschenden Rahmenbedingungen auch aktuell zufrieden. Es bestehe daher eine engere Verbundenheit der Firmen mit ihrem Stadtteil. Diese Verhältnisse der Unternehmensstruktur sollten langfristig gesichert aber auch stetig weiterentwickelt und optimiert werden. Hierfür bedürfe es, so wurde betont, einer guten, kooperativen und koordinierten Zusammenarbeit von lokaler Wirtschaftspolitik, Stadtteilmarketing und den Gewerbebetrieben selbst. Im Entwicklungskonzept wird daher auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Unternehmensbestand den Verhältnissen und Anforderungen des Untersuchungsgebiets entsprechend zu erweitern, die Betriebe, wenn möglich und gewünscht, zu vergrößern und somit auch das bestehende Arbeitsplatzangebot zu erweitern. Genannte Kritikpunkte seitens der Unternehmen im Hochgericht bestünden in unzureichenden Verkehrsanbindungen und Beschilderungen sowie (vereinzelt) fehlenden Erweiterungsmöglichkeiten. Es wird daher empfohlen, diese Aspekte zu prüfen und gegebenenfalls nach Möglichkeit zu kompensieren.

Aus dem Entwicklungskonzept resultieren für das Handlungsfeld »Lokale Ökonomie und Versorgung« dementsprechend vier strategische Ziele.

Strategische Ziele

1. Die Beschreibung der Ausgangssituation macht deutlich, dass das Untersuchungsgebiet im Hand-

Im Rahmen des Programms LOS sind in der Förderperiode 2004 - 2008 insgesamt 51 Projekte mit mehr als 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern umgesetzt worden.

lungsfeld der Lokalen Ökonomie und Versorgung insbesondere durch gewerbliche Baukörper und weniger durch eine Vielzahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen geprägt wird. Es wird aber auch deutlich, dass das Potenzial vorhanden wäre. Dementsprechend wichtig ist es, die Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, insbesondere für Jugendliche, zu intensivieren.

2. Zu diesem Zweck gilt es, die vorhandenen Gewerbestandorte langfristig zu sichern und zu entwickeln.
3. Neben der Bestandssicherung müssen jedoch auch Neuansiedlungen unterstützt werden, um die vorhandenen Stärken im Untersuchungsgebiet auszubauen und Schwächen zu kompensieren.
4. Neben den wirtschaftlichen Aspekten sind bei der Betrachtung der lokalen Ökonomie und Versorgung auch die Auswirkungen auf das Wohnumfeld zu betrachten. Aus diesem Grund ist als viertes strategisches Ziel die Verlagerung störender bzw. belastender Gewerbebetriebe zu formulieren.

Zielerreichung

Laut Entwicklungskonzept liegt ein Schwerpunkt der Arbeit im Handlungsfeld »Lokale Ökonomie und Versorgung« auf der Qualifizierung (benachteiligter) junger Menschen für den Berufseinstieg sowie der Unterstützung beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben. In der Evaluationswerkstatt wurde darauf hingewiesen, dass mit Hilfe der Förderprogramme »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (LOS) und »STÄRKEN vor Ort« zahlreiche Mikroprojekte mit eben dieser Intention unterstützt werden konnten.

Auf Grundlage der Abschlussdokumentation des Programms LOS (Förderzeitraum 2004 bis 2008) lassen

sich für das Fördergebiet Süd, d.h. Gereuth/Hochgericht, folgende Projekte exemplarisch benennen:

- Praxis erleben – Berufe an Schulen
- Bewerbungscoaching
- JUMP – handlungsorientierte berufsfördernde Erfahrungen für Jugendliche
- Qualifizierungsprojekt im Bereich Garten- und Landschaftsbau zur beruflichen Integration von Jugendlichen und TH 2-Bewohnern
- Neue Chancen im Handwerk
- Existenzgründungsideen auf der Spur: Klärung und Begleitung bei der Umsetzung von Gründungsvorhaben

Für das Förderprogramm STÄRKEN vor Ort wiederum geben die Dokumentationen der Projektmesen 2009 und 2010 einen Überblick über das Tätigkeitsspektrum:

- MIA (Migrantinnen in Arbeit)
- Schülerfirma
- Die grüne Tasche
- Kreativwerkstatt Mode
- Wer will fleißige Handwerker sehen

»Wer will fleißige Handwerker sehn ...«

Arbeitsweltorientierung für junge Menschen

Um den Übergang von der Schule in den Beruf leichter zu gestalten, ermöglicht das Projekt den Jugendlichen durch praktische Tätigkeiten die Berufsfelder des Schreiners und Zimmerers, der Farb- und Metalltechnik sowie des Garten- und Landschaftsbaus näher kennen zu lernen. Durch eigenes Erproben können so persönliche Neigungen und Fähigkeiten erkannt und Vorstellungen hinsichtlich des Berufswunsches präzisiert oder auch korrigiert werden.

»Verstärkte Anstrengungen zur Vermittlung in Ausbildung und Arbeit sind unbedingt notwendig.«

[Anmerkung auf einem der Frageböge]

In der Evaluationswerkstatt wurde darauf hingewiesen, dass die Arbeit innerhalb der zahlreichen Mikroprojekte bewiesen habe, dass es viele engagierte Partner gebe, die die Arbeit innerhalb des Fördergebietes aktiv unterstützen. Hierzu würden auch die in räumlicher Nähe zum Soziale Stadt-Gebiet Gereuth/Hochgericht befindlichen Schulen zählen. Die bisherige Arbeit zeige außerdem, dass bereits sehr gute Ansätze für eine aktive Jugendarbeit und erste Erfolge bei der Neu- oder Wiedereingliederung in das Erwerbsleben verzeichnet werden konnten. In der Werkstatt wurde jedoch ebenso deutlich darauf hingewiesen, dass diese Ergebnisse einer Verstärkung bedürften, um langfristig wirken zu können und daher großer Bedarf für weitere Projekte bestünde.

Weiterhin wurde deutlich, dass bei der Sicherung vorhandener Gewerbestandorte mit der Neu- bzw. Wiedereröffnung des nahkauf-Lebensmittelmarktes (ehemals Comet) ein wichtiges Zeichen gesetzt worden sei, auch wenn dieser Erfolg nicht originär auf Aktivitäten der Soziale Stadt-Initiative zurückzuführen wäre. Eine dauerhafte Schließung des Standortes hätte erhebliche Auswirkungen auf das Fördergebiet gehabt, sei der Markt an der Friedrich-Ebert-Straße doch wichtig für die Nahversorgung innerhalb des Quartiers.

Das Beispiel des nahkauf-Marktes zeigt, dass das Ziel der Sicherung und Entwicklung vorhandener Gewerbestandorte sehr ernst genommen wird. Die »sichtbare« Zielerreichung ist jedoch eher gering und dementsprechend schwer zu verifizieren. Hinzu kommt, dass sich an anderer Stelle gezeigt habe, dass das Engagement seitens der ansässigen Gewerbetreibenden stellenweise eher gering sei. Die Auswertung der Jahresberichte zeigte beispielsweise, dass Aktivitäten wie der »Runde Tisch« Gewerbe oder aber die Herstellung einer einheitlichen Beschilderung innerhalb des Quartiers aufgrund mangelnder Beteiligung nicht weitergeführt worden sind. Zudem sind mit dem Ziel der Standort-

sicherung zumeist (privat-)wirtschaftliche Belange betroffen, auf die in der Regel kein Einfluss genommen werden kann.

Gleiches gilt für das Ziel, gewerbliche Neuansiedlungen im Gebiet zu unterstützen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang nach Information des Stadtteilmanagements jedoch auf die Erstellung eines Bebauungsplanes im Umfeld der Bamberger Mälzerei mit einer Erweiterungsfläche für den Produktionsstandort selbst, gemischten Bauflächen und Flächen für den Einzelhandel.

Nach Auswertung der vorhandenen Unterlagen lassen sich darüber hinaus jedoch keine Neuansiedlungen feststellen, die auf Aktivitäten innerhalb der Sozialen Stadt zurückzuführen sind.

Auch mit der beabsichtigten Verlagerung störender bzw. belastender Betriebe wird tief in (privat-) wirtschaftliche Interessen eingegriffen. Dementsprechend schwierig gestaltet sich die Zielerreichung. Nach Information von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Evaluationswerkstatt hätten Sondierungsgespräche z.B. mit der Eberth Bau GmbH & Co KG ergeben, dass eine Verlagerung theoretisch denkbar wäre, damit verbundene Standortanforderungen derzeit jedoch nicht erfüllt werden könnten.

Im Handlungsfeld »Lokale Ökonomie und Versorgung« hat sich für das Fördergebiet Gereuth/Hochgericht gezeigt, dass es sehr engagierte Partner gibt, die die aufgestellten Ziele aktiv verfolgen. Es ist jedoch auch deutlich geworden, dass diese Ziele und die damit verbundene Zielerreichung sehr differenziert betrachtet werden müssen. Besonders schwierig gestaltet sich die Zielerreichung in den Bereichen, die wesentlich von Interesse und Bereitschaft Privater abhängen und die mit hohem Investitionsaufwand verbunden wären.



Gereichte Stadthäuser
Am Hochgericht

Zeilenbebauung
in der Gereuth

Dabei handelt es sich vor allem um (größere) bauliche Maßnahmen wie die Sicherung, Neuansiedlung oder Verlagerung von Gewerbebetrieben.

Als sehr erfolgreich hingegen haben sich Bildungsprojekte erwiesen, wie insbesondere die im Rahmen von LOS und STÄRKEN vor Ort durchgeführten Aktionen beweisen.

Angesichts der bisherigen Entwicklungen in diesem Handlungsfeld waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Evaluationswerkstatt einig, dass die »Lokale Ökonomie und Versorgung« ein zentrales Thema der Sozialen Stadt ist und dementsprechend intensiv weiter bearbeitet werden muss. Dies gilt insbesondere für die sehr erfolgreich begonnene Arbeit zur Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt.



6.2.2 Handlungsfeld 2: Städtebau

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Laut Entwicklungskonzept weist das Untersuchungsgebiet in seinen städtebaulichen Qualitäten und Merkmalen sowohl Potenziale als auch Defizite auf. Daraus ergeben sich entsprechend konkrete Handlungsbedarfe.

Die Zweiteilung des Untersuchungsgebiets durch eine stark befahrene Verkehrsachse und durch die Bahnlinie sei sicherlich die stärkste, städtebaulich negative Determinante. Ziel müsse es demnach sein, diese zu überwinden, sodass die zwei Stadtteile zu einem verbunden und auch für die Bewohnerschaft räumlich zusammenwachsen würden. Zudem sei stellenweise die Harmonie des Stadtbildes bzw. der umgebenden Wohn-

bebauung gestört. Dies gelte unter anderem für die Lagerflächen der Baufirma Eberth. Hier sei eine Balance zwischen den verschiedenen städtischen Nutzungen zu finden. Zudem seien die historischen Wurzeln des Untersuchungsraumes zu erhalten, da sie in ihrer Art als städtebauliches Ensemble äußerst selten sind. Die bisher ungenutzten Entwicklungspotenziale sind laut Entwicklungskonzept durch vorhandene Freiflächen gegeben und die Möglichkeit der Nachverdichtung denkbar. Soziale Treffpunkte würden in der Gereuth durch den Quartiersplatz und das Bürgerhaus zwar bereitgestellt und rege genutzt, in Hochgericht fehlten sie jedoch. Hier bestünde Nachbesserungsbedarf. Mancher Wohnbebauung fehle es an Gestalt- und Straßenräumen an Aufenthaltsqualität, sodass an diesen Stellen Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe in den Fokus rücken müssten. In Hochgericht komme es teilweise zu sozialen Spannungen, die mit einer Wohnunzufriedenheit einhergingen. Hier werden vor allem Imageprobleme erkannt, denen über Maßnahmen im Wohnumfeldbereich entgegengewirkt werden sollte.

Aus der detaillierten Situationsbetrachtung des Entwicklungskonzeptes in Bezug auf das Handlungsfeld »Städtebau« ergeben sich vier übergeordnete strategische Ziele.

Strategische Ziele

1. Um einer steten Abwärtsspirale frühzeitig entgegenzuwirken, bedarf es einer gezielten Funktionsstärkung des Untersuchungsgebietes sowohl in Hinblick auf die Qualität des Wohnens als auch der Dienstleistungen, des Handels und der Freiräume.
2. Da es jedoch unter Umständen nicht überall gelingt, diese Funktionen vor- bzw. aufrecht zu erhalten, gilt es, eine verbesserte Verknüpfung des Untersuchungsraumes mit den benachbarten Stadtteilen

»Die Hüttenfeldstraße (Hochgericht) ist auf einem guten Weg, ein gutes Wohngebiet zu werden. Dies gilt es weiter zu unterstützen.«

[Anmerkung auf einem der Werkstatt-Fragebögen]

und Freiraumstrukturen herzustellen. Hierzu müssen insbesondere vorhandene räumliche Barrieren überwunden bzw. aufgehoben werden.

3. Doch auch die interne räumliche Strukturierung ist von zentraler Bedeutung. Hierzu zählt beispielsweise die behutsame Nachverdichtung oder aber die Aufwertung öffentlicher Räume.
4. In der Konsequenz bedeutet dies, das Stadtbild zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Zielerreichung

Das Entwicklungskonzept macht deutlich, dass es, um das Untersuchungsgebiet zu stärken, der Betrachtung der unterschiedlichen Funktionen bedarf. Neben der Qualität des Handels, der Dienstleistungen und Freiräume spielt das Wohnen eine zentrale Rolle. Dementsprechend übergreifend sind die Maßnahmen. Diese reichen, darauf wurde in den Erörterungen hingewiesen, von der Sicherung des Lebensmittelmarktes an der Friedrich-Ebert-Straße über die Umgestaltung des Spielplatzes Hochgericht bis hin zur Sanierung der Gebäude an der Hüttenfeldstraße, zur Etablierung des Stadtteiltreffs »Alte Post« und zum Bau des Bürgerhauses Rosmarinweg.

Nach Einschätzung der Werkstatt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer lässt sich derzeit jedoch sagen, dass es gute Ansätze gibt, die es zukünftig zu vertiefen und zu verstetigen gilt.

Weniger erfolgreich sei im bisherigen Prozess die verbesserte Anbindung des Fördergebietes an angrenzende Quartiere bzw. auch die Verknüpfung innerhalb des Gebietes gewesen. Gleiches gelte für die Freiraumstrukturen. Besonders deutlich würden die Probleme der beiden innerhalb des Untersuchungsraumes zusam-

mengefassten Quartiere Gereuth und Hochgericht an der starken räumlichen Trennung durch den Münchner Ring sowie der Anbindungssituation des Bürgerhauses Rosmarinweg. Durch die Forchheimer Straße vom restlichen Untersuchungsgebiet getrennt und ohne Fußweg zum Gebäude selbst, sei die Erreichbarkeit des Bürgerhauses als ungenügend zu bezeichnen. Planungen zur Verbesserung der Situation lägen zwar vor, seien bislang allerdings nicht realisiert worden.

Nach Einschätzung der Bewohnerinnen und Bewohner wirkt das Fördergebiet Bamberg Süd insbesondere im Bereich der Gereuth durch die räumliche Situation mit den vorhandenen großen Verkehrsstrassen immer noch zu stark »verinselt«. Die Bemühungen um eine optimierte Anbindung an angrenzende Quartiere gelte es dementsprechend zu intensivieren.

Erste konkrete Ergebnisse hingegen ließen sich durch die Errichtung des Brunnenplatzes sowie die Umgestaltung des Spielplatzes Hochgericht feststellen. Insgesamt muss nach Auswertung der Jahresberichte jedoch konstatiert werden, dass nur wenige Projekte durchgeführt werden konnten, die die interne Strukturierung des Fördergebietes deutlich verbessern.

Bereits das Entwicklungskonzept machte deutlich, dass es sich beim Untersuchungsgebiet um einen baulich sehr heterogen strukturierten Raum handelt und die erforderlichen Maßnahmen dementsprechend differenziert betrachtet werden müssen.

Die Jahresberichte wiederum machen deutlich, dass sich die bisherigen baulichen Maßnahmen derzeit eher im Teilbereich Hochgericht feststellen lassen. Verschiedenen Beiträgen im Rahmen der Evaluationswerkstatt kann jedoch entnommen werden, dass neben der Errichtung des Quartiersplatzes, dem eine wichtige Rolle als zentraler Treffpunkt zukomme, der Aufwertung der

»Bereitstellung von Haushaltsmitteln für investive Maßnahmen fehlt.«

[Anmerkung auf einem der Werkstatt-Fragebögen]

Spielplatzfläche sowie der Sanierung der Gebäude an der Hüttenfeldstraße, der Errichtung des Stadtteiltreffs und des Bürgerhauses Rosmarinweg unter Umständen auch Maßnahmen dem formulierten Ziel förderlich sein können, die nicht originär der Sozialen Stadt zuzuschreiben sind. Hierzu zähle beispielsweise die geplante Neubebauung um den St. Wolfgang Platz, führt sie doch – nach Meinung mehrerer Teilnehmer der Evaluationswerkstatt – zu einer unmittelbaren Aufwertung des Stadtbildes. Allerdings lasse die Realisierung immer noch auf sich warten, was sehr bedauert wurde.

Die vergleichsweise geringen Aktivitäten im Handlungsfeld »Städtebau« lassen sich damit erklären, dass es sich hierbei vielfach um bauliche Maßnahmen handelt, die entsprechend finanzintensiv sind und teilweise einer entsprechend langen Vorplanung bedürfen. Darüber hinaus stellt es sich als schwierig dar, dass das Fördergebiet Bamberg Süd aus zwei sehr unterschiedlichen Teilbereichen besteht – der Gereuth und dem Hochgericht – die nur schwer miteinander zu vergleichen sind bzw. sehr unterschiedlicher Maßnahmen bedürfen, um die formulierten Ziele zu erreichen. Darüber hinaus ist das Gebiet durch den Münchner Ring räumlich sehr stark voneinander getrennt, so dass stadtbildprägende Projekte, wie die Gestaltung des Quartiersplatzes im Hochgericht, unter Umständen gar keine positiven Effekte auf die Gereuth haben könnten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Evaluationswerkstatt sind sich jedoch einig, dass Bauprojekte weiterhin aktiv unterstützt werden sollten, können sie doch – wie am Beispiel des Bürgerhauses Rosmarinweg zu sehen – sowohl das soziale Leben prägen als auch das Außenimage des Quartiers positiv beeinflussen. Zugleich solle auf diese Weise – vor dem Hintergrund der veränderten Förderrichtlinien – dem vermeintlichen Missverhältnis zwischen investiven und nicht-investiven Maßnahmen entgegengewirkt werden.



6.2.3 Handlungsfeld 3: Gebäude und Wohnen

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Die Datenauswertung im Rahmen des Entwicklungskonzeptes hat gezeigt, dass die im Untersuchungsgebiet vorhandene Gebäudesubstanz zu mehr als 50 % zum Wohnen genutzt wird. Etwa 91 % davon seien Mehrfamilienhäuser, welche in den Jahren zwischen 1915 und 1970 errichtet wurden. Mehr als zwei Drittel der Mehrfamilienhäuser befänden sich im Besitz von Wohnungsbaugesellschaften oder Stiftungen, ca. 23 % gehörten Privaten und ein geringer Anteil der Stadt Bamberg. Die Bebauungsdichte sei vor allem im Hochgericht relativ hoch und weise einen entsprechenden Handlungsbedarf auf.

Für das Handlungsfeld »Gebäude und Wohnen« lassen sich demnach auf Basis der Ergebnisse des Entwicklungskonzeptes vier übergeordnete Zielvorgaben formulieren.

Strategische Ziele

1. Die besonderen Anforderungen an die Wohnfunktion aufgrund der vorherrschenden Sozialstruktur im Untersuchungsgebiet bestehen in der Bereitstellung von bezahlbarem, sozial gefördertem und familien-gerechtem Wohnraum.
2. Aber auch aus der energetischen Perspektive ist der Gebäudebestand unter Berücksichtigung zeitgemäßer, ökologisch orientierter Standards zu sanieren.
3. Hinzu kommen gestalterische Gründe (z.B. Fassadengestaltung), die behutsame Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Bestandes und des Wohnumfeldes notwendig machen.

»Wohnungsbau / Sanierung dringend notwendig.«

[Anmerkung auf einem der Werkstatt-Fragebögen]

4. Neben der baulichen Bestandsverbesserung gilt es aber auch, Maßnahmen zu ergreifen, die die soziale Situation stabilisieren. Alle Maßnahmen sollten aufeinander abgestimmt sein und gleichzeitig der Aufwertung des Wohnumfeldes dienen.

Zielerreichung

Die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Bereitstellung von bezahlbarem, sozial gefördertem bzw. familiengerechtem Wohnraum von zentraler Bedeutung ist. Allerdings sei der planerische Vorlauf, handele es sich in der Regel doch um baulich-investive Maßnahmen, sehr hoch. Es gebe aber bereits erste gemeinsame Überlegungen, ob nicht beispielsweise einige Erdgeschosswohnungen barrierefrei bzw. barrierearm umgebaut werden könnten.

Auch das Ziel der energetischen Ertüchtigung des Gebäudebestandes wurde als unstrittig angesehen, allerdings verwiesen einige Bürgerinnen und Bürger auf den stellenweise sehr hohen Sanierungsbedarf. Dieser habe Auswirkungen auf das Erscheinungsbild des Quartiers und führe zu erhöhten Nebenkosten. Allerdings gebe es auch hier erste Überlegungen zur Gebäudesanierung im Hochgericht, die allerdings aufgrund der notwendigen Vorplanungen noch nicht realisiert worden seien. Hierzu zähle beispielsweise, dass die Wohnungen Am Hochgericht (im Bereich des Spielplatzes) derzeit nicht vermietet seien bzw. nicht neu vermietet würden, um die Sanierungsmaßnahmen entsprechend vorbereiten zu können. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es bereits konkrete Planungen gebe, das Hochgericht mit Fernwärme von der Bamberger Mälzerei zu versorgen sowie Überlegungen, in der Gereuth ein Hackschnitzelheizwerk einzurichten.

Neben den eher langfristigen Projekten weist das Stadtteilmanagement auf einige bereits umgesetzte Maßnah-

men zur Verbesserung des baulichen Bestandes und des Wohnumfeldes hin. Hierzu zählten neben dem Bau des Bürgerhauses Rosmarinweg, der Errichtung des Quartiersplatzes in der Gereuth und der Aufwertung des Spielplatzes Hochgericht auch kleinere Maßnahmen wie sie beispielsweise im Umfeld der Obdachlosenunterkunft TH 2 durchgeführt wurden. Gemeinsam mit den Bewohnern seien die Gruppenräumlichkeiten (Küche) renoviert, die Außenanlagen verschönert und im Rahmen eines LOS-Projektes ein Lagerplatz für Holz errichtet worden.

Das Stadtteilmanagement macht ebenfalls deutlich, dass es insbesondere diese Maßnahmen seien, die die Bewohnerschaft des Quartiers aktiv in den Umbauprozess einbänden und somit einen unmittelbaren Bezug zu dem Projekt herstellen würden. Die Bewohner der TH 2 beispielsweise hätten insbesondere in den Anfangsjahren regelmäßig an Veranstaltungen des Stadtteilmanagements mitgewirkt und seien auf diese Weise nicht nur handwerklich, sondern auch sozial in die Arbeit eingebunden worden. Es sei jedoch in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass das Projekt TH 2 zu diesem Zeitpunkt Bestandteil der Förderungen der Sozialen Stadt war.

Bauliche Maßnahmen benötigen in der Regel relativ lange Vorlauf- und Planungszeiten, die häufig dazu führen, dass in der öffentlichen Wahrnehmung ein gewisser »Stillstand« eintritt. Dieser Eindruck scheint auch im Handlungsfeld »Gebäude und Wohnen« entstanden zu sein. Die größeren Sanierungsvorhaben, wie beispielsweise die Ertüchtigung der Wohnungen Am Hochgericht, befinden sich derzeit noch im Planungsstadium, d.h. sind noch nicht umgesetzt und dementsprechend wenig greifbar. Vielmehr wurden bisher kleinere Projekte, wie die Maßnahmen im Umfeld der Obdachlosenunterkunft TH 2, durchgeführt.



Wohngebäude
Am Hochgericht

Wohngebäude
in der Gereuth

Es liegt daher nahe, dass den Zielen dieses Handlungsfeldes von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Evaluationswerkstatt nach wie vor hohe Bedeutung beigemessen wird. Zugleich seien angesichts der nun in Angriff genommenen bzw. im Planungsstadium befindlichen Vorhaben bald auch erste gute Ergebnisse zu erwarten.



6.2.4 Handlungsfeld 4: Grün- und Freiraum

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Die im Rahmen des Entwicklungskonzeptes durchgeführte Bestandsanalyse hat gezeigt, dass die Bebauungsdichte und der Flächenversiegelungsgrad im Hochgericht deutlich höher sind als in der Gereuth. Die meisten Grünflächen im Hochgericht sind von Blockrandbebauung umschlossen, in der Gereuth hingegen liegen sie zwischen den Zeilenbauten.

Das Entwicklungskonzept weist außerdem darauf hin, dass das Defizit im Untersuchungsgebiet in der Anzahl und Attraktivität (Aufenthaltsqualität) der öffentlichen Grün- und Freiflächen zur Freizeitgestaltung und unmittelbaren Naherholung liege. Hier müsse der Bestand überarbeitet und erweitert werden, wobei auf eine gute Erreichbarkeit der Flächen und Räume zu achten sowie eine ausreichende Verknüpfung der Flächen untereinander zu schaffen sei. Bei der Erreichbarkeit solle das Augenmerk besonders auf der bisher in vielen Bereichen defizitären Situation für Fußgänger und Radfahrer liegen.

Das Entwicklungskonzept formuliert für das Handlungsfeld »Grün- und Freiflächen« demzufolge vier strategische Ziele.

Strategische Ziele

1. Defizite in der Freiraumsituation führen zu einem dazu, dass der Bestand gesichert und aufgewertet werden muss. Nur so kann eine langfristige Nutzbarkeit gewährleistet werden.
2. Zum anderen gilt es, neue (öffentliche) Freiflächen zu entwickeln und vorhandene Freiräume besser zu verknüpfen.
3. Hinzu kommt eine zu verbessernde Grünausstattung im Straßenraum.
4. Ungeachtet der Einzelmaßnahmen gilt es, die naturräumlichen Besonderheiten des Gebietes zu berücksichtigen und zu bewahren.

Zielerreichung

Der Sicherung bestehender Freiräume kommt in einem bereits gebauten Umfeld wie der Gereuth und dem Hochgericht eine zentrale Bedeutung zu. Allerdings entspräche, so die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die Qualität des Vorhandenen nicht immer den Anforderungen und Wünschen der Nutzerinnen und Nutzer.

Die Auswertung der Jahresberichte hat daher erfreulicherweise gezeigt, dass direkt zu Beginn der Projektlaufzeit im Jahr 2004 eine Begehung des Spielplatzes Hochgericht durchgeführt worden ist. Die Ergebnisse dieser Begehung wurden dann in einer Ideenbörse gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern ausgewertet, diskutiert und mündeten schließlich in einem Bauplan. Wiederum mit Unterstützung der Bürgerschaft konnte dann mit der Sanierung des Spielplatzes begonnen und bereits Ende 2005 die Einweihung gefeiert werden.

Spielplatz am
Hochgericht

Spielplatz in
der Gereuth



Im Rahmen der Evaluationswerkstatt wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Förderprogramms »STÄRKEN vor Ort« zahlreiche (kleinere) Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Hierzu zähle beispielsweise die Initiierung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus sieben Jugendlichen, die unter dem Titel »Lebendige Steinkunst vor dem Bürgerhaus Gereuth« Ideen für eine steinerne Platzgestaltung im Stadtteil Süd entwickelt hätten. Auch das beide Soziale Stadt-Gebiete betreffende Projekt »Zamm geht's« habe zur Aufwertung vorhandener Freiräume beigetragen. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf die Installation der fünf Kletterstämme in der Gereuth hingewiesen.

Des Weiteren wiesen die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer darauf hin, dass auch der in der Gereuth ansässige Kindergarten St. Gisela von den Projekten der Sozialen Stadt profitiert hätte. So seien beispielsweise die Spielgeräte auf dem zugehörigen Spielplatz erneuert worden. Allerdings, so ein Einwand, müssten die Spielgeräte teilweise bereits nach kurzer Zeit aufgrund qualitativer Mängel ausgetauscht werden.

Insgesamt sei der Grünflächenanteil in der Gereuth jedoch überdurchschnittlich gut. Das Ziel, Freiräume beispielsweise in Form von Mietergärten zu qualifizieren, sei jedoch aufgrund mangelnder Nachfrage gescheitert. Einer Umfrage zufolge habe sich gezeigt, dass seitens der Bewohnerschaft kein Interesse bestünde. Außerdem habe man in anderen Projekten eher negative Erfahrungen mit der langfristigen Entwicklung (und den damit verbundenen Kosten) dieser Anlagen gesammelt.

Im Hochgericht hingegen sei die Grünausstattung aufgrund der Bebauungsstruktur eher schwierig. Allerdings wurde in der Werkstatt darauf hingewiesen, dass es Planungen zur Gestaltung der Blockinnenbereiche gebe.

Die Zielerreichung im Handlungsfeld »Grün- und Freiraum« wurde seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Evaluationswerkstatt als unzureichend bezeichnet. Obwohl im Bereich der Bestandsicherung und -bewertung verschiedene Maßnahmen durchgeführt wurden, könnten die bisherigen Ergebnisse nicht befriedigen und es bestehe Nachholbedarf.

Allerdings muss bei dieser Einschätzung sicherlich zwischen der Wahrnehmung in der Gereuth mit der bereits sehr guten Freiraumausstattung und der baulich sehr beengten Situation im Hochgericht unterschieden werden. Während in der Gereuth Planungen zur Aufwertung der Grünflächen, wie beispielsweise die Anlage von Mietergärten, von der Bewohnerschaft sogar abgelehnt wurden, erweist es sich im Hochgericht als schwierig, überhaupt Projekte anbieten zu können. Allerdings bleibe zu berücksichtigen, dass mit der Gestaltung der Innenhöfe ein größeres Projekt in Planung sei.

Insgesamt hat die Werkstatt gezeigt, dass es Optimierungsbedarf in der Zielerreichung gibt, die Ziele an sich ihre Gültigkeit aber nicht verloren haben und dementsprechend weiterverfolgt werden sollen.



6.2.5 Handlungsfeld 5: Ökologie

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Das Entwicklungskonzept weist darauf hin, dass innerhalb des Untersuchungsgebietes (noch) kein ausreichendes, ökologisches Bewusstsein wahrnehmbar sei. Eine kontinuierliche Informations- und Bildungsarbeit für die Bewohner sei daher erstrebenswert. Um eine breite Akzeptanz und den gewünschten Erfolg zu erzielen, müsse dieser Prozess allerdings von der öffent-

lichen und privaten Seite Hand in Hand erfolgen. Der technische Aspekt des ökologisch sinnvollen Handelns hingegen sei bereits über das Handlungsfeld Gebäude und Wohnen abgedeckt (Gebäudesanierungen, Erneuerung der Haustechniken u.ä.). Erweiternd hierzu könne jedoch ein Energiekonzept für den Stadtteil erarbeitet werden. Punktuelle Flächenentsiegelungen beispielsweise seien, sofern möglich, wünschenswert.

Aus Sicht des Entwicklungskonzeptes lassen sich für das Handlungsfeld »Ökologie« demnach drei strategische Ziele formulieren.

Strategische Ziele

1. Bei allen zukünftigen Projekten und Maßnahmen ist es wünschenswert, verstärkt regenerative Energien einzusetzen. Dies hat zum einen eine verbesserte Energiebilanz zur Folge, zum anderen kann es sich aber auch positiv auf das Image des Untersuchungsraumes auswirken.
2. Dies bedeutet, bei allen Planungen ökologische Belange verstärkt zu berücksichtigen.
3. Um diese beiden Ziele stringent zu verfolgen, bedarf es außerdem einer Stärkung des ökologischen Bewusstseins der Bewohnerschaft.

Zielerreichung

Noch scheint es keine umgesetzten Projekte zum Einsatz regenerativer Energien zu geben. In der Evaluationswerkstatt wurde jedoch darauf hingewiesen, dass inzwischen ein Energiekonzept für die Gebiete Gereuth und Hochgericht erstellt worden sei. Dies würde beispielsweise konkrete Planungen zur Fernwärmeversorgung des Hochgerichts durch die Bamberger Mälzerei beinhalten. Auch wenn Fernwärme nicht direkt zu den

erneuerbaren Energien zählt, wird sie bei Erzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung vom Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) als Ersatzmaßnahme vorgesehen. Darüber hinaus gebe es für die Gereuth Überlegungen zur Einrichtung eines Hackschnitzelheizkraftwerkes.

In der Werkstatt wurde darauf hingewiesen, dass das Thema Ökologie möglicherweise eher ein »Mittelstandsthema« sei, das angesichts der Problemlagen und aus der Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner im Gebiet als nachrangig eingestuft werde. Um Interesse an dieser Thematik zu wecken, bedürfe es – zumindest bei einem Großteil der Bewohnerschaft – eines konkreten Anlasses. Bestätigt habe sich diese Vermutung in der insgesamt recht geringen Resonanz auf die Energieberatung, sowohl durch das Umweltamt der Stadt Bamberg als auch im Rahmen des LOS-Projektes »Strom- und Energiesparberatung im Fördergebiet«.

Das Stadtteilmanagement weist jedoch darauf hin, dass es auch Beispiele gebe, in denen die Vorschläge zur Energieeinsparung unmittelbar umgesetzt worden seien. Dies träfe beispielsweise auf die Nutzer des Bürgerhauses Rosmarinweg zu. Diese hätten ein Energiekonzept entwickelt und Einstellungen, wie an der Heizung, gemäß den Vorschlägen des Energieberaters angepasst.

Darüber hinaus sind sowohl im Rahmen von LOS als auch von STÄRKEN vor Ort zwei Recyclingprojekte angeboten und durchgeführt worden. Hierbei handelt es sich zum einen um das Projekt »Aus Alt mach Neu – ein Recyclingprojekt«, zum anderem um die »Recycling Werkstatt«.

Die Ergebnisauswertung im Handlungsfeld »Ökologie« macht deutlich, dass der Grad der Zielerreichung anscheinend nur schwer einzuschätzen ist. Als besonders problematisch stellt sich heraus, dass noch keine

sichtbaren Ergebnisse vorzuweisen sind. Allerdings befinden sich einige größere Projekte, wie die Versorgung des Hochgerichts mit Fernwärme durch die Mälzerei, in einem mittlerweile sehr konkreten Planungsstadium. Um eine endgültige Aussage treffen zu können, bleibt abzuwarten, inwiefern sich die Maßnahmen tatsächlich umsetzen lassen.



6.2.6 Handlungsfeld 6: Verkehr

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Laut den Ergebnissen des Entwicklungskonzeptes ist das Untersuchungsgebiet sowohl an das örtliche als auch an das überörtliche Verkehrsnetz des MIV gut angeschlossen und integriert. Auch die ÖPNV-Anbindungen seien als gut zu bewerten, wobei hier über eine Erhöhung der Taktfrequenz zu den Randzeiten (Ladenöffnungszeiten) nachzudenken sei. Besonders mit Blick auf die stark ausgeprägte Wohnfunktion sei eine Minimierung der verkehrlichen Belastung (Immissionen, besonders durch Durchgangsverkehr) für eine Aufwertung des Wohnumfeldes von hoher Priorität. Weiterhin solle auf eine Verbesserung der Rad- und Fußwegverbindungen und die Minderung der straßenbaulich bedingten Barrieren hingearbeitet werden (z.B. Münchner Ring). Dies diene nicht zuletzt auch der Erhöhung der Verkehrssicherheit im Straßenraum. Ein weiterer Themenkomplex dieses Handlungsfeldes ist der ruhende Verkehr. Die Erarbeitung eines effizienten und neuen Stellflächenkonzeptes sei empfehlenswert, um vorhandene Verkehrsströme lenken und die Sicherheit innerhalb der Straßenräume erhöhen zu können.

Aufbauend auf den Ergebnissen des Entwicklungskonzeptes lassen sich für das Handlungsfeld »Verkehr« vier strategische Ziele formulieren.

Strategische Ziele

1. Viele Aspekte beeinflussen die Qualität eines Quartiers als Wohnstandort. Der Verkehr spielt hierbei eine besondere Rolle. Auf die Wohnqualität wirkt sich eine starke Verkehrsbelastung negativ aus. Aus diesem Grund ist die Belastung des Untersuchungsraumes durch Verkehr generell zu reduzieren. Erreicht werden kann dies unter anderem durch eine Neuordnung der Stellplatzangebote für den MIV, kann ein gut orientierbares Parksystem doch störenden Parksuchverkehr eindämmen.
2. Gleichzeitig ist es wichtig, das Angebot an ÖPNV, Fuß- und Radverkehrsflächen zu erweitern.
3. Insgesamt sollte sich die Aufenthaltsqualität in den Straßenräumen erhöhen und
4. die Verkehrssicherheit gesteigert werden.

Zielerreichung

Eine generelle Reduzierung der Verkehrsbelastung ist nach Auffassung der Werkstatt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer bislang nicht erkennbar. Eine besondere Problematik des Untersuchungsraumes läge hierbei jedoch sicherlich in der Gereuth, sei diese bei Großveranstaltungen in der Stechert-Arena (ehem. Jako-Arena) doch regelmäßig einer verstärkten (Lärm-)Belastung durch die Veranstaltung selbst und den Parksuchverkehr sowie den damit einhergehenden Parkdruck ausgesetzt. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass hierzu bereits seit längerem intensive Gespräche geführt würden.

Nach Informationen des Stadtteilmanagements hätten sich in regelmäßigen Gesprächsrunden Vertreter der Stadtverwaltung, der Stechert-Arena (ehem. Jako-



Arena) und der Bewohnerschaft ausgetauscht und verschiedene Lösungsansätze getestet. Bei Großveranstaltungen beispielsweise würden Ehrenamtliche die Durchgangstür in der Lärmschutzwand zur Forchheimer Straße schließen. Auf diese Weise wird der Weg aus der Gereuth Richtung Stechert-Arena (ehem. Jako-Arena) erschwert und das Parken in dem Quartier entsprechend unattraktiv.

Für das Hochgericht wurde von den Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerdem auf das Schülerlotsen-Programm hingewiesen. Hierbei handele es sich zwar um eine stadtweite Initiative und sei nicht auf Aktivitäten innerhalb der Sozialen Stadt zurückzuführen, dennoch trage diese Arbeit zu einer unmittelbar gesteigerten Verkehrssicherheit innerhalb des Fördergebietes bei.

Darüber hinaus bleibt auf die in der Werkstatt geäußerten Anregungen hinzuweisen, die Querungssituation der Forchheimer Straße sei zu optimieren, eine Zuwegung zum Bürgerhaus Rosmarinweg in Form eines Fußgängerweges anzulegen sowie das Vorfeld verkehrssicher zu gestalten. Hierzu lägen auch bereits konkrete Planungen vor, es bestünden jedoch anscheinend keine Realisierungsabsichten.

Für das Handlungsfeld »Verkehr« lassen sich nach Auswertung der vorliegenden Unterlagen keine größeren baulichen Maßnahmen benennen, mit denen die im Entwicklungskonzept genannten und durch die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigten Zielvorgaben erreicht wurden. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es sich aufgrund der Bestandssituation hier um einen sehr schwierigen Aufgabenbereich handelt. Nahezu das gesamte Untersuchungsgebiet wird von großen Verkehrsstrassen eingerahmt, die teilweise gar nicht oder nur sehr schwer zu durchbrechen sind. Für die Gereuth entstehen zudem durch Großveranstaltungen

in der Stechert-Arena (ehem. Jako-Arena) zudem sehr spezielle Probleme, für die es keine Standardlösungen gibt.

Aus diesem Grund wird in der Werkstatt deutlich darauf hingewiesen, dass die Ziele weiterhin aktiv zu verfolgen seien, bedürfe es in diesem Handlungsfeld aufgrund der besonderen Situation doch eines »langen Atems«. Die derzeit noch sehr kurze Maßnahmenliste sei demnach kein Indiz für die langfristige Bedeutung der Ziele. Zudem gebe es stellenweise sehr konkrete Überlegungen, wie beispielsweise zur verbesserten Anbindung des Bürgerhauses Rosmarinweg, für die es mit den zuständigen Stellen allerdings noch verbindliche Realisierungsabsichten zu vereinbaren gelte.



6.2.7 Handlungsfeld 7: Soziales

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Laut Entwicklungskonzept verfügt das Untersuchungsgebiet sowohl über Einrichtungen der sozialen Infrastruktur als auch über Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Freizeit und Versorgung. Dennoch bedürfe es einer differenzierten Betrachtung der örtlichen Gegebenheiten.

Es gestalte sich als schwierig, dass das Untersuchungsgebiet, insbesondere in der Gereuth, so abgegrenzt sei, dass kaum sozialräumliche Verflechtungen zu den umliegenden Quartieren bestünden. Daher sei es umso wichtiger, dass sich soziale Einrichtungen innerhalb des Quartiers bzw. zumindest in unmittelbarer Nähe befänden, zeige sich doch mit zunehmender Entfernung eine abnehmende Akzeptanz seitens der Bewohnerschaft.

Die Ausstattung mit Schulen und Kindergärten hingegen wird als gut beurteilt. Insbesondere die Hugo-von-Trimberg-Schule übernehme zusätzlich viele soziale Aufgaben. Dies sei umso wichtiger, als dass es kaum Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche gebe. Dies zeige sich auch im Bereich der Sportvereine. Außer dem – insbesondere in Integrationsfragen – sehr aktiven ASV Viktoria seien im eigentlichen Untersuchungsraum keine Vereine zu finden. Allerdings werde das Angebot im Quartier durch ehrenamtliches Engagement, wie die Aktivitäten des Bürgernetzwerkes »Südwind«, ergänzt. Weitere Einrichtungen befänden sich zumindest in erreichbarer Entfernung. Von der Gereuth aus seien diese jedoch verbesserungswürdig.

Als weitere wichtige Einrichtung wird im Rahmen des Entwicklungskonzeptes das neue Bürgerhaus Rosmarinweg genannt. Dieses sei zum wichtigen Treffpunkt innerhalb des Untersuchungsraumes geworden und fände dementsprechend regen Zuspruch. Verbesserungswürdig hingegen sei die Ausstattung des Quartiers mit Betreuungsmöglichkeiten. Als konkreter Vorschlag wird die Erweiterung des Kindergartens »Friedrich Oberlin« mit entsprechend gestalteten Außenanlagen genannt. Außerdem werde seitens der Bewohnerschaft die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses als Ergänzung zum Bestand gewünscht.

Aus der Betrachtung des Entwicklungskonzeptes ergeben sich für das Handlungsfeld »Soziales« demnach vier strategische Ziele.

Strategische Ziele

1. Auch wenn das Untersuchungsgebiet bereits über einige sehr gute und engagierte Einrichtungen und Vereine verfügt, gilt es dennoch, weiterhin und langfristig das Ziel zu verfolgen, soziale Benachtei-

ligung zu überwinden und die Integrationsleistung zu verstärken.

2. Großen Bedarf gibt es in der Bereitstellung geeigneter Einrichtungen – insbesondere für Kinder und Jugendliche.
3. Um hierfür eine Akzeptanz herzustellen, bedarf es im Laufe der Gebietsentwicklung der regelmäßigen Information und Partizipation der Bewohnerschaft.
4. Auf diese Weise kann es gleichzeitig gelingen, das Quartier mit einer positiven Assoziation zu belegen und somit das Bewusstsein sowohl nach innen als auch nach außen zu stärken.

Zielerreichung

Sowohl die Auswertung der vorliegenden Unterlagen als auch die Werkstatteergebnisse zeigen, dass bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt wurden, um die soziale Benachteiligung zu überwinden und die Integrationsleistung zu verstärken.

Besonders hervorzuheben sind auch in diesem Zusammenhang die Mikroprojekte aus dem von 2004 bis 2008 aufgelegten Förderprogramm »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (LOS) sowie dem Nachfolgeprogramm »STÄRKEN vor Ort« (seit 2009). Konkret belegen lassen sich die Erfolge in diesem Zusammenhang beispielsweise durch die in Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, in Praktikumsstellen und berufsvorbereitende Maßnahmen vermittelten Personen sowie die in diesem Zeitraum stattgefundenen Existenzgründungen. Eine genaue Übersicht liefert die Abschlussdokumentation der LOS Mikroprojekte im Fördergebiet Gereuth/Hochgericht.

»Wünschenswert: Mehr Aufklärungsarbeit (Vorträge, Kurse ...) für Erwachsene (Frauen wie Männer) im Gebiet durchführen.«

[Anmerkung auf einem der Werkstatt-Fragebögen]

Die Dokumentation verweist zudem auf vier ausgewählte Erfahrungsberichte von Menschen, für die sich durch die Projektarbeit sowohl im Hinblick auf ihre soziale als auch wirtschaftliche Situation neue Chancen ergeben haben.

Die Aktivitäten von LOS werden seit 2009 im Förderprogramm »STÄRKEN vor Ort« weitergeführt. Die Projektdokumentation von 2009 weist jedoch darauf hin, dass das Programm »stärker als bisher auf jugend- und gleichstellungspolitische Ziele ausgerichtet« sei (vgl. STÄRKEN vor Ort, Projektmesse 2009). Zugleich geben die beiden vorliegenden Broschüren »Projektmesse 2009« und »Projektmesse 2010« einen Überblick über die Vielfalt der geförderten Maßnahmen: Vom Netzwerk Integration – einem mehrsprachigen Beratungsangebot bei beruflichen oder privaten Problemen – über Deutschkurse bis hin zum interkulturellen Frauenfrühstück.

Seitens des Stadtteilmanagements wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es durch die Konzentration auf Frauen und Jugendliche an Projekten für andere Zielgruppen – wie beispielsweise die Bewohner der Obdachlosenunterkunft TH 2 – mangle. Hier bestünde Nachbesserungsbedarf in der Förderausrichtung, seien doch auch diese Menschen nach wie vor von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung betroffen.

Ein Erfolgsprojekt hingegen sei die Etablierung der Streetworker gewesen, so der Hinweis im Rahmen der Evaluationswerkstatt. Nach Aussage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien diese zunächst über das Soziale Stadt-Programm in den beiden Fördergebieten Gereuth/Hochgericht und Starkenfeldstraße tätig gewesen und nach dem dort erzielten Erfolg jetzt sogar für die Gesamtstadt zuständig. Dies sei zwar ein lobenswerter Ansatz, doch sei das für die beiden Quartiere entwickelte Modell mit dem vorhandenen Personal nicht für ganz

Bamberg anwendbar, da die Betreuungsintensität in den beiden Fördergebieten entsprechend abgenommen habe. Ziel sollte es daher sein, die Betreuungssituation für Gereuth/Hochgericht und die Starkenfeldstraße zu verbessern, ohne die Aktivitäten auf gesamtstädtischer Ebene zu vernachlässigen.

Zahlreiche dieser Aktivitäten benötigen jedoch einen festen Veranstaltungsort. Dies war einer der Gründe, zunächst den Stadtteiltreff »Alte Post« am Wolfgangplatz und dann das Bürgerhaus Rosmarinweg einzurichten. Auf diese Weise könnten nicht nur regelmäßige Treffen stattfinden, sondern auch die geforderten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche angeboten werden.

Nutzung des Stadtteiltreffs »Alte Post« durch bzw. für:

- LOS-Projekte
- Angebote des Stadtteilmanagements
- ASV Viktoria
- Seniorengruppen
- Elterncafé (Bewohnerinitiative)
- Selbsthilfegruppe
- Bürgerverein Wunderburg
- VdK
- private Feierlichkeiten

In diesem Zusammenhang verwiesen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstatt darauf, dass insbesondere in Zusammenarbeit mit dem ASV Viktoria eine sehr erfolgreiche Jugendarbeit angestoßen worden sei. Für Jungen sei beispielsweise der Fußballplatz des Vereins ein wichtiger Treffpunkt, das Angebot speziell für Mädchen hingegen sei noch verbesserungswürdig.

»Offene Frage: Soziale Mischung / Ausgewogenheit – wie erreichbar?«

[Anmerkung auf einem der Werkstatt-Fragebögen]

Auch sei das im Bürgerhaus zur Verfügung stehende Raumangebot für die zahlreichen unterschiedlichen Nutzer mittlerweile fast zu klein und das Haus insgesamt sehr hellhörig, sodass eine Doppelnutzung nicht möglich sei. Zudem besitze das Gebäude keine Büroräumlichkeiten. Daher gelte es, über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken, um bereits etablierte und potenzielle neue Projekte auch langfristig sichern zu können. Hierzu zähle beispielsweise die Durchführung der offenen Jugendarbeit im Bürgerhaus mit seinen Musik-, Medien-, Kreativ- und Lernangeboten sowie Tanzkursen und Workshops mit Hilfe des Förderprogramms »kooperationen« im Rahmen der Sozialen Stadt-Initiative. Obwohl es auch in diesem Zusammenhang erste Schwierigkeiten gebe, da die ursprünglich der Jugendarbeit zugewiesenen Räume zu klein seien, sodass diese punktuell auf weitere Räume im Haus ausweichen müssten.

Über diese Angebote der Jugendarbeit hinaus verweist das Stadtteilmanagement auf mehrere, im Rahmen von LOS und STÄRKEN vor Ort, durch den Verfügungsfond des Stadtteilmanagements selbst und ehrenamtliches Engagement realisierte Projekte für Jugendliche. Im Speziellen verweist es hierbei auf das durch das STÄRKEN vor Ort-Projekt »Sozialraum Hugo-von-Trimberg Schule« entstandene Nachhilfekonzert. Dieses solle voraussichtlich noch in diesem Jahr (2011) umgesetzt werden.

Um Interesse und Akzeptanz für die zahlreichen Projekte, Maßnahmen und Vorhaben herstellen zu können, bedarf es der regelmäßigen Information und Beteiligung der Bewohnerschaft.

In der Werkstatt wurde die vorbildliche Vorgehensweise bei der Errichtung des Bürgerhauses Rosmarinweg gelobt. Durch den gemeinschaftlichen Bau des Hauses sei ein »Miteinander« geschaffen worden, das sich unter

anderem in der starken Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Gebäude zeige. Das Stadtteilmanagement weist in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die ehrenamtlich durchgeführten Maßnahmen zur Errichtung und Pflege der Außenanlagen hin.

Nach Auswertung der Jahresberichte erweist sich das Stadtteilbüro »Alte Post« als weitere wichtige Anlaufstelle für die Bewohnerschaft des Fördergebietes. Ähnlich zu den Angeboten des Bürgerhauses Rosmarinweg werden die Räumlichkeiten für zahlreiche Veranstaltungen genutzt: Von der Seniorengruppe über das Elterncafé bis hin zu Selbsthilfegruppen, dem Bürgerverein Wunderburg und privaten Feierlichkeiten.

Die Jahresberichte verweisen auch auf die seit 2005 regelmäßig erscheinende Stadtteilinfo Gereuth/Hochgericht, die über aktuelle Entwicklungen und Projekte in und aus dem Quartier berichtet. Diese liegen jeweils in gedruckter Form vor, können aber auch »rückwirkend« auf der Homepage des Stadtteilmanagements eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Doch nicht nur für die Stadtteilinfos ist die Internetseite ein wichtiges Informationsmedium. Sie gibt zudem Auskunft über die Öffnungszeiten des Stadtteiltreffs am St.-Wolfgang-Platz, aktuelle Projekte und Veranstaltungen, das Stadtteilmanagement, den Stadtteilarbeitskreis und vieles mehr. Der Vorteil des Internets liegt hierbei sicherlich in der zeit- und ortonabhängigen Verfügbarkeit.

In der Werkstatt wurde außerdem darauf hingewiesen, dass die allgemeinen Informationsangebote durch eine projektspezifische Kommunikation ergänzt werden sollten. Beispielhaft wurde hier die Durchführung von so genannten »Hausversammlungen« genannt, auf denen über anstehende Sanierungsmaßnahmen informiert würde.



Herr Limmer mit Kindergartenkindern

Akrobatik im Schloss Geyerswörth

Die positive Bewusstseinsstärkung für das Quartier wird sicherlich durch die Vielzahl der erfolgreich durchgeführten Projekte unterstützt. Daher sei an dieser Stelle lediglich auf einige Maßnahmen hingewiesen, die sich aus der Auswertung vorliegender Unterlagen, der Werkstatt-Ergebnisse sowie Hinweisen des Stadtteilmanagements ergeben haben.

Beispielhaft ist die alle 14 Tage stattfindende Fahrt zur Bamberger Tafel; organisiert von Bewohnerinnen und Bewohnern für Bewohnerinnen und Bewohner. Auch der mittlerweile in fester Trägerschaft, wöchentlich stattfindende Mittagstisch stärkt das soziale Netzwerk innerhalb des Quartiers. Gleiches gilt für Maßnahmen wie das STÄRKEN vor Ort-Projekt »Zamm geht´s« oder das Kooperationen-Projekt »BaskIDball«.

Letzteres hat durch den Standort der Brose Baskets im Untersuchungsgebiet sowohl eine positive Auswirkung auf das Binnenimage des Quartiers als auch eine stadtweite Ausstrahlung, läßt das unter der Schirmherrschaft von Dirk Nowitzki und dem Bundespräsidenten Christian Wulff stehenden Projekt doch alle Bamberger Jugendlichen zum Mitmachen ein.

Alle im Rahmen der Soziale Stadt-Initiative angestoßenen und durchgeführten Projekte sollen dazu beitragen, neue Partnerschaften einzugehen, die Akteure besser miteinander zu vernetzen und durch eine Verstärkung der positiven Entwicklungen das Bewusstsein für das Quartier sowohl nach innen als auch nach außen zu stärken.

In Bezug auf das Handlungsfeld »Soziales« (ebenso wie für das Handlungsfeld »Image«) ist in der Werkstatt der Ausspruch getätigt worden, dass die »Ziele begonnen wurden erreicht zu werden«. Soll heißen: Im Vergleich zu anderen Handlungsfeldern sei bereits viel geschehen, ohne dass man sich auf den bisherigen

Ergebnissen ausruhen dürfe. Deutlich würde dies unter anderem an der bereits sehr erfolgreich begonnenen Jugendarbeit im Rahmen des Kooperationen-Projektes »Bürgerzentrum Rosmarinweg«. Hier seien die Erfolge so groß, dass die bisher eingeplanten räumlichen Kapazitäten nicht mehr ausreichen würden und dementsprechend nach neuen Lösungen gesucht werden müsse. Vor diesem Hintergrund sei es umso wichtiger, den Betrieb des Bürgerhauses auch in finanzieller Hinsicht langfristig zu sichern. Noch würde es über das Förderprogramm »Kooperationen« finanziert, dieses laufe jedoch in absehbarer Zeit aus.

Aufgrund der in den vergangenen Jahren erfolgten Schwerpunktsetzung auf das Thema Soziales (und Image) und dem daraus resultierenden hohen Engagement, sie auch die Zielerreichung dementsprechend hoch.

Daher sei es wichtig, dass das Thema trotz der veränderten Förderpolitik des Bundes und den damit für die Soziale Stadt verbundenen Mittelkürzungen, nicht an Bedeutung verliere, sondern mit gleicher Intensität weiterverfolgt würde wie bisher.



6.2.8 Handlungsfeld 8: Image

Ausgangssituation, Potenziale und Defizite

Laut Entwicklungskonzept wird dem Untersuchungsgebiet insbesondere in der Außensicht ein äußerst negatives Image zugesprochen. Teilweise bestätige sich dieses Empfinden in der Innensicht. Allerdings gelte es, hierbei sehr stark nach Teilbereichen zu differenzieren. Dennoch verstärke die tendenziell schlechte Binnenwahrnehmung das negative Bild nach außen. Auch ist die Wohndauer im Gebiet durchschnittlich lang, was

zunächst auf eine gewisse Wohnzufriedenheit hindeute, allerdings gleichzeitig dazu beitrage, dass wenig sozialräumliche Vernetzungen nach außen bestehen, die dem negativen Image entgegenwirken könnten.

Aus dem Entwicklungskonzept ergeben sich für das Handlungsfeld »Image« demzufolge zwei wesentliche Zielformulierungen.

Strategische Ziele

1. Das Image des Untersuchungsraumes ist sowohl in der Innen- als auch der Außenwahrnehmung eher negativ. Dieser Entwicklung gilt es, gezielt entgegenzuwirken, Vorurteile im Binnenimage abzubauen und das
2. Gesamtbild des Quartiers innerhalb des gesamten Stadtgefüges zu verbessern.

Zielerreichung

Um das Binnenimage zu verbessern, bedarf es nach Aussage des Entwicklungskonzeptes der Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers. Erreicht werden könne dies beispielsweise durch die Durchführung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen (Stadtteulfeste, Kulturveranstaltungen o.ä.) sowie die Schaffung von Identifikationspunkten.

Zu letzterem gehören insbesondere bauliche Maßnahmen wie die Errichtung des Quartiersplatzes Gereuth oder aber die Etablierung des Stadtteiltreffs »Alte Post« und des »Bürgerhauses Rosmarinweg«.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der vergangenen Jahre lag jedoch nach Auswertung der vorhandenen Unterlagen in der Organisation und Durchführung (regel-

mäßiger) Veranstaltungen für die Bewohnerschaft der Gereuth und des Hochgerichts.

Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang sicherlich die Aktivitäten im Rahmen der LOS-, STÄRKEN vor Ort- und Kooperationen-Projekte.

Darüber hinaus sind es vor allem die vielfältigen Aktivitäten wie Sommer- und Stadtteulfeste, Halloween- und Weihnachtsfeiern, die Anlass sind, sich im Stadtteil zu treffen, Kontakte zu pflegen und/oder neue Netzwerke aufzubauen. Gleiches gilt für Veranstaltungen wie das interkulturelle Frauenfrühstück, die Mädchen-tanzgruppe, Nordic Walking und Rückenschule sowie das Ferienturnen.

Neben den Projekten und Veranstaltungen geben die Jahresberichte einen Hinweis darauf, dass auch die regelmäßig erscheinende Stadtteilinfo einen wichtigen Beitrag zur Identifikation der Bewohnerschaft mit dem Quartier leistet.

Für das Außenimage eignen sich insbesondere größere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Stellvertretend sei hier auf den Spendenlauf »Gereuthlauf«, die Kulturwoche »Kultur um die Ecke« sowie die Veranstaltung »Soziale Stadt am Ball« hingewiesen.

Nach Auswertung der Informationen ist die Idee zum Spendenlauf in der Gereuth im Rahmen der Jungbürgerversammlung »Pimp my Viertel« entstanden, um das Image des Gebietes, das von Außen häufig als »sozialer Brennpunkt« wahrgenommen wird, zu verbessern. Das durch die Jugendlichen »erlaufene« Geld kam dem in der Gereuth befindlichen Kindergarten St. Gisela zu Gute.

Die Kulturwoche hingegen ist eine gemeinsame Aktion der beiden Sozialen Stadt-Gebiete Gereuth/Hochgericht



Container als
erstes Stadtteilbüro

Bürgerhaus
Rosmarinweg

und Starkenfeldstraße. Unter dem Motto »Kultur um die Ecke« ist durch das Engagement zahlreicher Akteure bereits zweimal ein hochkarätiges Kulturprogramm entwickelt und an ungewöhnlichen Orten der beiden Fördergebiete angeboten worden.

Ähnliches gilt für die Veranstaltung »Soziale Stadt am Ball«. Durch die Trainingsanlagen der Brose Baskets in der Gereuth gibt es einen direkten räumlichen Bezug zu den beiden Fördergebieten. Als Bamberger Basketballverein sind sie jedoch auch stadt- und regionsweit bekannt und verfügen über eine entsprechende Ausstrahlungskraft, die den beiden Soziale Stadt-Gebieten in ihren Bemühungen um ein positiveres Außenimage zu Gute kommt. Durch die Unterstützung der Aktion »Soziale Stadt am Ball« durch hochkarätige Akteure erhalten auch die Bambergerinnen und Bamberger einen Grund, den Osten Bamberg aufzusuchen, die nicht in diesem Stadtgebiet leben oder arbeiten. Auf diese Weise erhalten die beiden Fördergebiete die Gelegenheit, auf Potenziale hinzuweisen und kritische Stimmen durch vorhandene Qualitäten zu überzeugen. In der Werkstatt wurde explizit auf den besonderen Erfolg dieser beiden gemeinsamen Veranstaltungen hingewiesen. Jedoch muss man auch festhalten, dass der Bezug zur Sozialen Stadt in den lokalen Medien nicht transportiert wurde.

Hinzu kämen bauliche Maßnahmen mit gesamtstädtischer Bedeutung wie die Sanierung der Stechert-Arena (ehem. Jako-Arena).

Sowohl für die Innen- als auch die Außenwirkung ist die Wertschätzung der Arbeit und eine entsprechende Berichterstattung von zentraler Bedeutung. Nach Auswertung der Unterlagen lässt sich sagen, dass die lokale Presse regelmäßig über anstehende bzw. durchgeführte Projekte berichtet.

»Kooperationen – Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft«

Ein Projekt der Obersten Baubehörde im Rahmen der Städtebauförderung Soziale Stadt

Ziel des Modellvorhabens ist die Verstetigung im Rahmen der Sozialen Stadt-Initiative begonnener Aktivitäten. Durch die frühzeitige und vor allem aktive Einbindung lokaler Akteure soll die Chance erhöht werden, die angestoßenen Prozesse auch vor dem Hintergrund sich verändernder Fördermodalitäten langfristig zu sichern.

Förderfähig sind sowohl investive als auch nicht-investive Maßnahmen aus den Bereichen Integration im Quartier als Querschnittsaufgabe; Jugend, Qualifizierung und Sozialkompetenz; lokale Ökonomie, Beschäftigung, Nahversorgung und Dienstleistungen für das Quartier, Gründungsinitiativen sowie Gesundheit und Ernährung.

In Bamberg konnten bisher vier Projekte durch »kooperationen« finanziert werden:

- BaskIDball
- Bürgerzentrum Rosmarinweg
- LAUF
- Mode mach Mut - Integration zieht an

Aufgrund der in den vergangenen Jahren erfolgten Schwerpunktsetzung auf das Thema Image (und Soziales) und dem daraus resultierenden hohen Engagement, sie auch die Zielerreichung dementsprechend hoch.

In Bezug auf das Handlungsfeld »Image« (ebenso wie für das Handlungsfeld »Soziales«) ist in der Werkstatt daher der Ausspruch getätigt worden, dass die »Ziele begonnen wurden erreicht zu werden«. Soll heißen: Im Vergleich zu anderen Handlungsfeldern sei bereits viel

geschehen, ohne dass man sich auf den bisherigen Ergebnissen ausruhen dürfe.

Aus diesem Grund sei es, so wurde betont, wichtig, dass trotz der veränderten Förderpolitik des Bundes und den damit für die Soziale Stadt verbundenen Mittelkürzungen, das Thema nicht an Bedeutung verliere, sondern mit gleicher Intensität weiterverfolgt würde wie bisher.

Vor allem vor dem Hintergrund, dass es – laut Aussage der Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer – große Unterschiede zwischen der Außen- und Innenwahrnehmung des Quartiers gebe, auf die es der Zielformulierung entsprechend zu reagieren gelte.

Für das Binnenimage als besonders erfolgreich wurden von den Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmern die regelmäßigen Veranstaltungen innerhalb des Quartiers gewertet. Für das Außenbild hingegen seien es vor allem die großen, öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen gewesen bzw. Aktionen, die auch Bambergerinnen und Bamberger aus anderen Stadtteilen in den Osten der Stadt und somit das Untersuchungsgebiet geführt haben. Hierzu zählten beispielsweise die durchgeführten künstlerischen Interventionen oder regelmäßige Angebote der Volkshochschule.

Es gab jedoch auch Aspekte, die im Rahmen der Werkstatt kritisch diskutiert wurden. Hierzu zählte beispielsweise das Gefühl seitens der Projektverantwortlichen, dass häufig immer dieselben Personen an den Angeboten teilnehmen würden. Hier wurde eine kontinuierlichere Betreuung und stärker zielgruppenorientierte Kommunikation gefordert.

Als grundsätzliches Problem wurde angesprochen, dass der Begriff »Soziale Stadt« häufig sehr negativ besetzt sei, was sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch

der Kommunikation für den Stadtteil nicht förderlich sei. Daher seien der Begriff und seine Wirkung in der Öffentlichkeitsarbeit zukünftig kritischer zu hinterfragen. Zudem wurde allerdings darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeiten der verschiedenen beteiligten Akteure klarer organisiert sein könnten. Dies würde die Kommunikation über Projektstände und -planungen deutlich vereinfachen.

6.3 Organisation, Kommunikation und Prozessablauf

Begreift man das Soziale Stadt-Programm als lernenden Prozess, sind in der Evaluierung auch formale und organisatorische Strukturen zu analysieren und zu bewerten, um Nachsteuerungsbedarfe und zukünftige Handlungsansätze zu identifizieren. Diese können letztlich zur Verstetigung der Prozesse beitragen.

Laut Entwicklungskonzept ist die Grundlage der Arbeit im Soziale Stadt-Gebiet Gereuth/Hochgericht die Einbindung eines breiten Akteurspektrums. »Dreh- und Angelpunkt« des dazu notwendigen Netzwerkes sei das Stadtteilmanagement (STM). Dieses übernehme im Stadtteilbüro lenkende und vermittelnde Funktionen. Darüber hinaus weist das Entwicklungskonzept darauf hin, dass das STM als Berater, Vermittler und Organisator von Veranstaltungen/Projekten auftrete und hierfür mit einem Verfügungsfond ausgestattet wurde. Auf der Homepage des STM Gereuth/Hochgericht wird darauf hingewiesen, dass über die Verwendung der Gelder aus dem Verfügungsfond der Beirat Gereuth-Hochgericht des Fördervereins Soziale Stadt e. V. entscheidet. Darüber hinaus berät und unterstützt das Gremium den Förderverein bei den anstehenden Planungsvorhaben und Entscheidungen. Unterstützt wird das STM laut Entwicklungskonzept außerdem durch das bereits seit 1997 bestehende Stadtteilnetzwerk »Südwind«. Die in



Präsentation der Arbeitsgruppen bei der Evaluationswerkstatt

diesem Netzwerk engagierten Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens arbeiteten eng mit dem Stadtteilmanagement zusammen. Darüber hinaus gebe es als zentrales Informations- und Leitungsgremium die Lenkungsgruppe (LG), die vor Ort Unterstützung durch den Stadtteilarbeitskreis (STAK) erhielt. Der STAK ist offen für alle interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus dem Untersuchungsgebiet sowie alle betroffenen Institutionen und Behörden. Die Zusammensetzung der Teilnehmer-schaft kann somit je nach Sitzung variieren, wobei sich im Laufe der Arbeit eine »Kerngruppe« herausgebildet hat, die regelmäßig an den Sitzungen teilnimmt. Bei Bedarf können aus diesem Gremium heraus themen- oder vorhabenbezogene Projektgruppen (PG) gebildet werden. Wichtig ist, dass die jeweils Anwesenden entscheidungsberechtigt sind, die Entscheidungsvorbereitungen liefern somit immer »von unten nach oben«.

Kooperationspartner (Auswahl):

- ALF e. V.
- ASV Viktoria
- Brose Baskets Bamberg
- Büro PLANWERK
- DEB-soziale Dienstleistungs gGmbH
- Don Bosco Jugendwerk
- Energieagentur Oberfranken e. V.
- Evang.-luth. Erlöserkirche Bamberg
- Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration gGmbH
- Hugo-von-Trimberg Schule Bamberg
- Innovative Sozialarbeit e. V.
- iSo e. V.
- Stechert-Arena (ehem. Jako-Arena) Bamberg
- Kolping-Dienstleistungs-GmbH
- KONZEPTbildung
- Kultur-Mosaik e. V.
- Kumulus e. V.

- Migrationssozialdienst der AWO
- Mobile Betreuung Bamberg
- pro familia Bamberg e. V.
- Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)
- Stadtbau GmbH
- St. Vinzenzverein Bamberg e. V.

Weitere Akteure und Initiativen aus dem Untersuchungsgebiet sind und werden bei Bedarf eingebunden.

Um die Arbeit der Sozialen Stadt in Bamberg auch langfristig zu sichern, ist am 23. März 2010 der »Förderverein Soziale Stadt« gegründet worden. Ziel und Aufgabe des Fördervereins ist es, das Engagement der Sozialen Stadt in Bamberg langfristig zu sichern und Projekte finanziell unterstützen zu können.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass bereits zahlreiche Kooperationsprojekte erfolgreich durchgeführt werden konnten und die Soziale Stadt-Initiative von vielen engagierten Akteuren unterstützt wird. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Gründung des soeben erwähnten Fördervereins.

6.4 Fazit: Zielerreichung

Aus Gutachtersicht ist es von zentraler Bedeutung darauf hinzuweisen, dass die Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine sehr selbstkritische Haltung eingenommen haben. Die Auswertung der vorliegenden Unterlagen macht deutlich, dass bereits zahlreiche Projekte und Maßnahmen sehr erfolgreich umgesetzt werden konnten, Kooperationen eingegangen und Perspektiven für die Sicherung der Aktivitäten auch über die Soziale Stadt-Initiative hinaus erarbeitet wurden.

Aufgrund der Vielzahl und Vielfalt der Handlungsfelder und damit verbundenen strategischen Zielaussagen

ist es jedoch schwierig, eine allgemeingültige Aussage zur Zielerreichung zu treffen. Auch muss bei der Einschätzung der Zielerreichung der heterogenen Struktur des Untersuchungsgebietes Rechnung getragen werden, denn was für das Hochgericht gilt, lässt sich nicht immer auch auf die Gereuth übertragen. Einen ersten Anhaltspunkt kann jedoch die Auswertung der in der Evaluationswerkstatt ausgefüllten und ausgewerteten Fragebögen liefern.

Von den 19 Personen, die den Fragebogen Gereuth/Hochgericht ausgefüllt haben, leben drei in dem Gebiet und 16 haben berufliche oder soziale Kontakte in dem Quartier. Demnach konnten sich alle Anwesenden qualifiziert zu den acht Handlungsfeldern äußern.

Auffällig ist, dass sich die Einschätzung der Zielerreichung in fast allen Handlungsfeldern in der unteren Hälfte der Skala (1 = sehr niedrig und 10 = sehr hoch}, d.h. zwischen 2,8 (Handlungsfeld 5 »Ökologie«) und 4,9 (Handlungsfeld 4 »Grün- und Freiraum«) befindet. Einzige Ausnahme bildet das Handlungsfeld 7 »Soziales« mit einer Zielerreichung von 5,5.

Sicherlich besteht in einigen Handlungsfeldern, wie dem Handlungsfeld 1 »Lokale Ökonomie und Versorgung« (3,5), größerer Nachholbedarf als in anderen. Dies liegt zum einen häufig an dem Umstand, dass tief in privatwirtschaftliche Angelegenheiten eingegriffen werden müsste, z.B. wenn es um Betriebsverlagerungen oder Neuansiedlungen geht. Zum anderen, wie im Handlungsfeld 2 »Städtebau« (3,9) oder dem Handlungsfeld 5 »Ökologie« (2,8), wenn es sich um größere Bauprojekte handelt, die entsprechend lange Vorlauf- und Planungszeiten benötigen und dementsprechend finanzintensiv sind. Anders wiederum verhält es sich bei Handlungsfeldern, die eher auf kleinteiligere Maßnahmen setzen, können diese doch häufig wesentlich schneller umgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere

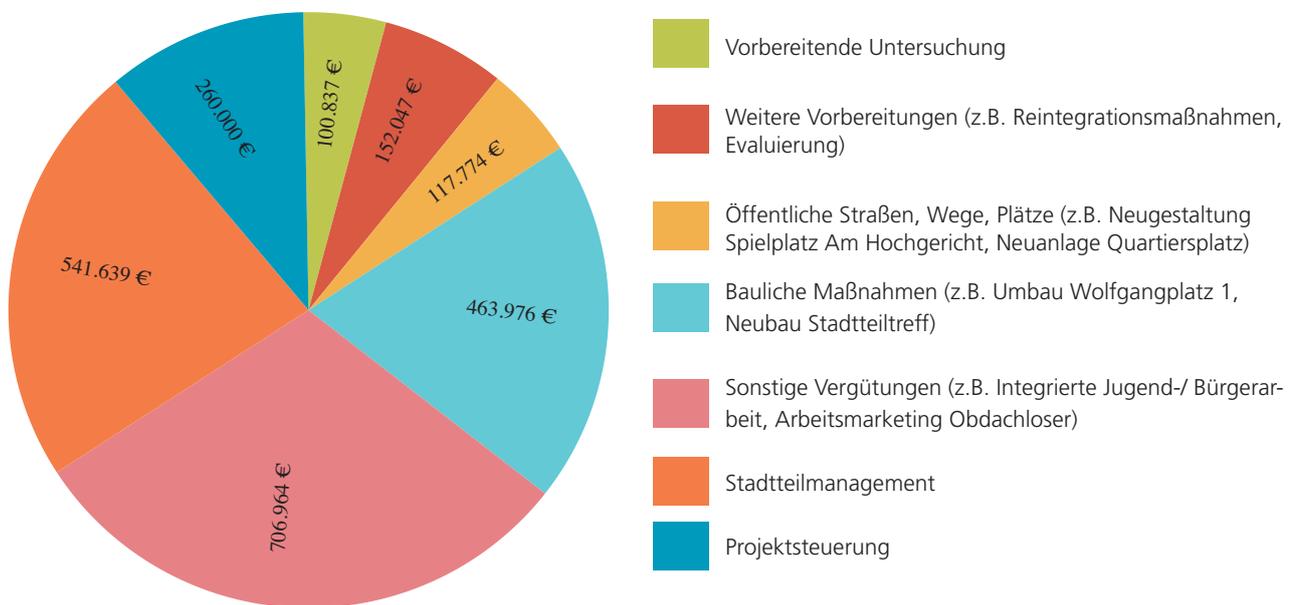
die Handlungsfelder 7 »Soziales« und 8 »Image«. Hier ist die Zielerreichung mit 5,6 und 4,8 vergleichsweise hoch.

Ähnlich differenziert muss die Situation betrachtet werden, wenn es um die Einschätzung der Gültigkeit der formulierten Ziele geht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Evaluationswerkstatt waren auch hierbei gebeten, auf einer Skala von 1 (= Ziel ist nicht mehr gültig) bis 10 (=Ziel hat noch eine hohe Gültigkeit) eine Einschätzung vorzunehmen.

Im Gegensatz zur Zielerreichung bewegen sich die Zahlen hierbei jedoch in der oberen Hälfte, d.h. zwischen 6,4 (Handlungsfeld 4 »Grün- und Freiraum«) und 8,9 (Handlungsfeld 7 »Soziales«). Alle Ziele besitzen demnach noch eine hohe Bedeutung und sollten perspektivisch weiterverfolgt werden.

Wichtig ist, der baulichen Heterogenität des Betrachtungsraumes Rechnung zu tragen. Deutlich wird dies insbesondere am eben erwähnten Handlungsfeld 4 »Grün- und Freiraum«: Während die Grünausstattung im Hochgericht stellenweise verbessert werden könnte, weist die Gereuth einen Freiflächenanteil auf, der nach Aussage einiger Werkstatt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer heutzutage so nicht mehr zu realisieren wäre. Die Ziele sind, vereinfacht ausgedrückt, demnach bereits erreicht. Für das Handlungsfeld 6 »Verkehr« lässt sich ähnliches, nur mit umgekehrter räumlicher Verteilung sagen: Während die Gereuth stark belastet sei, verfüge das Hochgericht über keine überdurchschnittlichen Verkehrsprobleme.

Für das gesamte Fördergebiet lässt sich jedoch festhalten, dass die Handlungsfelder 7 »Soziales« (8,9) und 8 »Image« (8,5) eine besonders hohe Bedeutung aufweisen. Dies deckt sich mit der Einschätzung zur Zielerreichung.



Grafik: Kostenaufstellung Gereuth/Hochgericht (eigene Darstellung)
 Quelle: Regierung von Oberfranken, Sachgebiet 34, Stand: August 2011

Diesem Ergebnis ist insbesondere vor dem Hintergrund geänderter Förderrichtlinien Rechnung zu tragen, die für die Soziale Stadt vorsehen, zukünftig hauptsächlich bauliche Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Aus diesem Grund ist auch die Gründung des Fördervereins Soziale Stadt besonders positiv hervorzuheben. Mit seiner Hilfe soll es auch langfristig gelingen, die angestoßenen Mikroprojekte durchzuführen und wo möglich zu verstetigen.

Die Gesamtsumme der in Gereuth/Hochgericht durch Förderung unterstützten Einzelmaßnahmen beläuft sich auf 1.890.818 Euro (Stand 30.11.2010). Aus dem Diagramm wird dabei ersichtlich, dass in der Vergangenheit insbesondere bauliche Maßnahmen gefördert und soziale Vergütungen getätigt wurden.

Zusammenfassend lässt sich für das Soziale Stadt-Gebiet Gereuth/Hochgericht sagen, dass vieles bereits umgesetzt werden konnte bzw. sich in einem teilweise sehr konkreten Planungsstadium befindet, es an der ein oder anderen Stelle aber sicherlich noch Optimierungsmöglichkeiten gibt. Die Bedeutung der Ziele ist jedoch durch die Werkstatt bestätigt worden. Demnach wird in diesem Bereich kein Anpassungsbedarf gesehen.

Langfristig wird es vor allem darauf ankommen, die Aktivitäten zielgerichtet zu bündeln und für alle beteiligten Akteure nachvollziehbar zu organisieren. Dies umfasst auch eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten.

C. Zusammenfassung der Evaluationsergebnisse und Folgerungen

7. Zielerreichung

Wollte man die Zielerreichung bei beiden Sozialen Stadt-Gebieten Bambergs zum heutigen Zeitpunkt auf einen sehr kleinen Nenner bringen, ließe sich feststellen: Viel erreicht, noch viel zu tun. Die Werkstattergebnisse bestätigten, was die Auswertung der vorliegenden Materialien bereits vermuten ließ: Durch das Engagement in der Sozialen Stadt Bamberg konnten zahlreiche Projekte initiiert und erfolgreich durchgeführt werden. Aber Vieles konnte auch noch nicht in die Tat umgesetzt werden. Und wichtiger noch: Insbesondere die sozialen (und ökonomischen) Problemlagen entziehen sich einer schnellen Lösung. Früher gab es einmal den Begriff des »Sozialen Brennpunktes«. Er schien zu suggerieren, dass man dort, wo es »brennt« nur mit angemessener Intensität »löschen« müsse – und das Problem sei gelöst. Heute weiß man, dass insbesondere die Probleme der gesellschaftlichen Marginalisierung und der sozialräumlichen Segregation ebenso wie die des ökonomischen Strukturwandels eher »Daueraufgaben ohne Dauerlösungen« sind. Das heißt auch, dass die öffentlichen Akteure, die sich diesen Aufgaben zuwenden, einen langen Atem haben müssen.

Diese allgemeinen Erkenntnisse spiegeln sich sehr gut in den Ergebnissen dieser Evaluierung wider: In den integrierten Handlungskonzepten wurden die Ziele (angemessen) weit gesteckt, so dass sich ein sehr umfangreiches Aufgabenfeld ergab. Das kann nur peu à peu bearbeitet werden. Den lokalen Akteuren ist sehr wohl bewusst, dass zweifellos erste wichtige Schritte getan werden konnten, aber noch viel zu bewältigen ist und einige der Aufgaben sich einer nachhaltigen »Lösung« überhaupt entziehen. Diese Einschätzung wird sehr gut in den Punktbewertungen der Werkstatt zum Ausdruck gebracht: Die mittleren Bewertungen der Zielerreichung verdeutlichen, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet, hier aber noch einiges an Strecke zurückzulegen ist. Und die z.T. hohen Bewertungen von Gültigkeit und Bedeutung der Ziele für

die Zukunft unterstreichen, dass den bisher definierten Handlungsfeldern und Zielen weiterhin zentrale Bedeutung beigemessen wird. In diesem Gefüge sind es vor allem die sozialen Aspekte und das Image, denen ein besonders hoher Stellenwert beigemessen wird. Bestätigt wird diese Einschätzung durch das hohe Niveau der Zielerreichung in den Handlungsfeldern »Soziales« und »Image« der Werkstattbefragung. Doch gilt es dieses Ergebnis kritisch zu interpretieren: Während es sich bei sozialen und imagerächtigen Projekten häufig um kleinteilige und demnach entsprechend kurzfristig zu realisierende Maßnahmen handelt, benötigen baulich-investitive Vorhaben häufig einen langen Vorlauf. Dies führt teilweise zu einer etwas »verzerrten« Wahrnehmung der Zielerreichung. Besonders deutlich wird dies am Handlungsfeld »Ökologie«. Zum einen handelt es sich hierbei um ein recht allgemeines Thema, das nur schwer persönliche »Betroffenheit« erzeugen kann und dem demnach eine verhältnismäßig geringe Bedeutung mit niedriger Zielerreichung beigemessen wird. Dies hängt jedoch weniger mit der geringen allgemeinen Bedeutung des Handlungsfeldes zusammen, sondern drückt vielmehr aus, um wie viel stärker zum Beispiel die sozialen Probleme dieser Gebiete drücken und drängen. Zum anderen erfordert das Handlungsfeld zumeist baulich-investitive Maßnahmen mit einem entsprechend langen planerischen Vorlauf. In manchen Handlungsfeldern wurden bislang wichtige Vorarbeiten geleistet, so dass mit der Umsetzung der Maßnahmen erst jetzt begonnen werden kann und soll.

Das seitens einiger Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner empfundene »Ungleichgewicht« zwischen investiven und nicht-investiven Maßnahmen lässt sich so aber nur zum Teil erklären. Hier wird vielmehr auch eine strukturelle Spannung innerhalb des Sozialen Stadt-Programms sichtbar: Es werden explizit investive wie nicht-investive Maßnahmen gefördert, hat sich im Laufe der Zeit doch ein Bewusstsein dafür herausgebil-

»Ziele wurden begonnen erreicht zu werden.«

[Anmerkung im Rahmen der Evaluationswerkstatt]

det, dass die sozialen, kulturellen und Image-bezogenen Aufgaben nicht allein durch bauliche Maßnahmen gelöst werden können. Doch in welchem Verhältnis die unterschiedlichen Investitionen zueinander stehen, hängt von den jeweiligen Aufgabenstellungen der Programmgebiete ab. Sowohl für die Gereuth/Hochgericht als auch für die Starkenfeldstraße erwiesen sich hohe Anteile nicht-investiver Investitionen als notwendig. Für die kommenden Förderperioden hat das Bauministerium des Bundes festgeschrieben, dass der Anteil der nicht-investiven gegenüber den investiven Maßnahmen deutlich zu verringern ist. Daher müssen für beide Fördergebiete der Handlungsbedarf sowie mögliche Perspektiven unter den gegebenen Fördervoraussetzungen erörtert werden.

8. Hemmnisse und Reibungsflächen

Die langen Vorlaufzeiten – insbesondere bei den Bauvorhaben – können mitunter als hemmende Faktoren wahrgenommen werden, wenn über einen längeren Zeitraum keine Fortschritte sichtbar werden. Darüber hinaus muss das komplexe Akteursspektrum im Blick behalten werden. Begreift man das Soziale Stadt-Programm als lernenden Prozess, kann die Evaluierung auch dazu dienen, formale und organisatorische Strukturen zu analysieren, um Nachsteuerungsbedarfe und zukünftige Handlungsansätze zu identifizieren.

Im Hinblick auf Kommunikation und Organisation machten die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sowie die Teilnehmenden der Werkstatt Reibungsflächen aus. Aus Sicht mehrerer Beteiligten sei die Frage nach den Zuständigkeiten nicht immer deutlich gewesen und es bestünde demnach Korrektur- bzw. Verbesserungsbedarf im Kommunikationsablauf. Dieser sei jedoch nicht an einzelnen Personen oder Institutionen festzumachen, sondern bezöge sich vielmehr auf die Verteilung der einzelnen Rollen, Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb dieser komplexen Aufgabenstellung. Zudem ist eine gewisse Kontinuität erforderlich. Die eigens eingerichtete Lenkungsgruppe sowie der jeweilige Stadtteilarbeitskreis sollten in regelmäßigen Sitzungen und mit einer orts- und fachkundigen Stammbesetzung zusammenkommen, um Prozesse kontinuierlich zu begleiten.

Angesichts des bereits betonten Gewichts der sozialen Fragestellungen, ist die angestrebte enge Kooperation zwischen dem Sozial- und Baureferat zweifellos sinnvoll. Über diese kommunale Kooperation hinaus, die zudem deutlicher politischer Unterstützung und Förderung bedarf, wird es notwendig sein, das bereits aufgebaute Akteursnetzwerk lebendig zu halten und wo notwendig zu erweitern.

9. Neue Akzente, zusätzliche Handlungsfelder

Neben den bereits definierten und im Rahmen der Evaluierung bestätigten Handlungsfeldern, gilt es über eine inhaltliche Ergänzung nachzudenken. Angeregt wurde in diesem Zusammenhang insbesondere die Ergänzung um das Handlungsfeld »Kultur und Bildung«. Bereits im SEK Bamberg wurde dargestellt, dass soziokulturelle Projekte eine große Impulswirkung entfalten können. Hierzu zählt auch die Weiterentwicklung der Bildungsangeboten für Kinder (z.B. Leseangebote) und die Fortführung der Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche. Dabei könnten – wie Beispiele aus anderen Städten zeigen – auch die Schulen als Mitträger gewonnen werden. Insbesondere mit Blick auf die schulische Bildung von Kindern aus »bildungsfernen Schichten«, kulturelle Integration und ähnliches. Maßnahmen, die bei der Qualifizierung von Jugendlichen ansetzen, sind zweifellos weiterhin von hoher Bedeutung. Die Ursachen von fehlenden Abschlüssen und mangelnder Berufsausbildung sind zu früheren Zeitpunkten der individuellen Bildungsbiografie gelegt.

Bisher noch unausgeschöpftes Potenzial – insbesondere im Hinblick auf die Starkenfeldstraße – wird in dem Thema »Sport« gesehen. Hierbei würde es sich jedoch, anders als beim Thema Kultur und Bildung, um kein eigenes Handlungsfeld drehen, sondern vielmehr um eine stärkere Einbindung in bereits bestehende Handlungsfelder. Begründet wird diese Forderung mit den großen Erfolgen in der Zusammenarbeit mit dem ASV Viktoria in Gereuth/Hochgericht. In der Starkenfeldstraße befinden sich mit dem Volkspark, dem Volksparkstadion und dem neuen Hallenbad ebenfalls wichtige Sporteinrichtungen, von denen Impulswirkungen ausgehen könnten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich hierbei um Einrichtungen mit gesamtstädtischer Bedeutung handelt.

Dem Handlungsfeld »Ökologie« könnte man einen

größeren Stellenwert zukommen lassen, indem man es stärker mit dem Thema des Wohnens verknüpft. Wichtig wäre es, das Hauptaugenmerk auf die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestandes zu lenken, würden doch insbesondere die einkommensschwächeren Haushalte von einer geringeren zweiten Miete profitieren.

10. »Exit-Strategien«: Frühzeitig Verstetigung angehen

Vor dem Hintergrund der geänderten Förderrichtlinien aber auch mit Blick auf ein späteres Auslaufen der Förderung aus dem Soziale Stadt-Programm in den Gebieten Starkenfeldstraße und Gereuth/Hochgericht ändern sich wesentliche Rahmenbedingungen für die Arbeit vor Ort. Welche Folgerungen aus dieser veränderten Situation für Aufgabenverständnis, Rollen- und Aufgabenteilung, Ressourcenmobilisierung und -einsatz sowie das Zusammenwirken aller Beteiligten zu ziehen sind, muss in einem gemeinsamen Erörterungsprozess geklärt werden. Dies kann nicht früh genug beginnen. Denn es müssen weit im Vorfeld eines »Ausstiegs« aus oder eines Umstiegs zwischen Förderprogrammen nachhaltig wirksame Strukturen und Strategien geschaffen werden, die die notwendige Kontinuität gewährleisten.

Förderverein Soziale Stadt

Eine sehr wichtige Rolle im Prozess der Verstetigung könnte der Förderverein Soziale Stadt spielen: »Zweck des Vereins ist die Förderung der Verbesserung der Lebensqualität und des gesellschaftlichen und sozialen Lebens der Menschen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf in Bamberg.« (Satzung Förderverein Soziale Stadt, § 2 Abs. 1) Mit diesem Ziel ist am 23.03.2011 der Förderverein Soziale Stadt Bamberg gegründet worden.

Laut Satzung stehen derzeit die beiden Gebiete Gereuth/Hochgericht und Starkenfeldstraße im Fokus der Betrachtung, bei Bedarf kann der Geltungsbereich aber jederzeit auf weitere Gebiete, die einer besonderen Förderung bedürfen, ausgeweitet werden. Zur Zielerreichung sollen insbesondere die in den beiden gültigen »Integrierten Entwicklungskonzepten« empfohlenen Maßnahmen umgesetzt werden. Begleitet und koordiniert wird diese Arbeit durch die beiden Stadtteilmanagerinnen. Dem Förderverein beitreten kann jedoch jeder,

der die Ziele des Vereins unterstützen möchte. Ständiges Mitglied ist, laut Satzung, die Stadt Bamberg.

Insbesondere vor dem Hintergrund geänderter Richtlinien der Städtebauförderung leistet der Förderverein durch die finanzielle Unterstützung bestehender Initiativen aber auch neuer Projekte einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung der Bemühungen in den beiden bestehenden Soziale Stadt-Gebieten.

Lenkungsgruppe Soziale Stadt – Starkenfeldstraße und Gereuth/Hochgericht

Ergänzt wird die Arbeit des Fördervereins durch die beiden Lenkungsgruppen Soziale Stadt – »Starkenfeldstraße« und »Gereuth/Hochgericht«. Stellt der Förderverein insbesondere ein Gremium dar, das die Maßnahmen und Projekte finanziell unterstützt, führen die beiden Lenkungsgruppen die notwendigen inhaltlichen Diskussionen, um tragfähige Antworten für die zukünftige Stadterneuerung zu finden.

Zu diesem Zweck müssen zunächst die Handlungsmöglichkeiten identifiziert und die Realisierbarkeit von Optionen geprüft werden:

- Welche Aufgaben stellen sich zukünftig?
- Welche Ressourcen haben wir, welche werden wir uns zusätzlich erschließen müssen?
- Welche neuen Arbeitsstrukturen sind möglich?
- Welche zukünftigen Aktivitäten sind nötig?

Die Erfahrungen aus anderen Städten können hierfür Impulse geben. Am Ende dieses Arbeitsprozesses geht es darum, Konsequenzen zu ziehen, die den Interessen und Möglichkeiten aller Beteiligten entsprechen.

Zu klären wäre:

- Welche Aufgaben der Stadtteilentwicklung sollen mit größter Priorität in der Umstiegsphase (vor dem Hintergrund der dann bestehenden Ressourcen) angegangen werden?
- Welche Schlüsselprojekte sollen fortgeführt, welche Initiativen gestartet werden?
- Welche (Kommunikations-)Strukturen sollen erhalten/geschaffen und welche Aktivitäten unternommen werden?

Ziel ist es, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu vereinbaren und mit einem konkreten Aktionsplan zu hinterlegen. Hilfe bei der Umsetzung ist insbesondere durch das jeweilige Stadtteilmanagement zu erwarten.

Stadtteilmanagement

In beiden Fördergebieten leistete das Stadtteilmanagement jeweils wichtige Pionierarbeit. Durch die engagierte Arbeit wurden für beide Gebiete gute Konzepte erarbeitet, auf deren Basis das jeweilige Stadtteilmanagement erfolgreich Projekte entwickeln und durchführen konnte. Um die Arbeit in den Quartieren auch bei einer Kürzung der Fördermittel ebenso professionell wie bisher gewährleisten zu können, ist das Stadtteilmanagement Starkenfeldstraße in die Trägerschaft der Stadtbau GmbH überführt worden und das Stadtteilmanagement Gereuth/Hochgericht in die Trägerschaft des ISO e. V. Beide Träger arbeiten seit vielen Jahren erfolgreich mit der Stadt Bamberg zusammen.

11. Weiteres Vorgehen

Unmittelbar besteht eine zentrale Aufgabe der Sozialen Stadt-Politik in Bamberg darin, Kontinuität zu gewährleisten. Das heißt einerseits, dass trotz Veränderung der Rahmenbedingungen (Reduzierung und Veränderung der Städtebauförderung) begonnene Maßnahmen fortgesetzt und notwendige neue Projekte in Gang gesetzt werden müssen. Dazu bedarf es nicht nur eines klaren politischen Bekenntnisses, sondern auch der Mitwirkung eines breiten Akteurskreises. Insofern ist die oben bereits angesprochene Stabilisierung und Weiterentwicklung eines Akteursnetzwerkes, das die Arbeit in den beiden bestehenden Gebieten Starkenfeldstraße und Gereuth/Hochgericht kontinuierlich begleitet und aktiv unterstützt, von großer Bedeutung. Die Gründung des Fördervereins und die Überführung des Stadtteilmanagements in lokale Trägerschaft stellen zudem wichtige Schritte für die Arbeit der Sozialen Stadt in Bamberg dar. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen muss zunächst dazu dienen, Vertrauen in stabile Entwicklungsperspektiven der Gebiete und des auf sie gerichteten lokalen Handelns herzustellen. Denn kaum etwas ist problematischer für benachteiligte Stadtgebiete als Unsicherheit über deren Entwicklung. Über diese vertrauenssichernde Funktion hinaus geht es natürlich auch darum, die Kontinuität von Prozessen und Projekten zu gewährleisten und auch die Voraussetzungen für neue Initiativen zu schaffen.

Dies aber sind nur die sich unmittelbar aus der aktuellen Situation ergebenden Anforderungen. Darüber hinaus könnten von der Stadtentwicklungspolitik Bambergs insgesamt weitere wichtige Impulse für eine Erweiterung und Intensivierung der Bemühungen um die östlich gelegenen Stadtquartiere resultieren.

12. Strategische Orientierung, Einbindung in die Stadt(teil)entwicklung Ost

Mit dem im Juni 2011 durch den Stadtrat behandelten »Gesamtstädtischen städtebaulichen Entwicklungskonzept« (SEK) liegt eine neue Gesamtkonzeption für die Bamberger Stadtentwicklung vor, die insbesondere für die östlichen Teile der Stadt neue Rahmensetzungen beinhaltet:

Zunächst macht das SEK deutlich, dass es sich bei den beiden Soziale Stadt-Gebieten Bambergs um »Einstiegs- und Integrationsquartiere« handelt, die für jede Stadt notwendig sind. Dass in Quartieren dieser Art zudem gesellschaftliche Problemlagen konzentriert auftreten können, denen man sich mit lokalen Aktivitäten zuwenden muss, ist dabei unstrittig. Durch die Erarbeitung der beiden Entwicklungskonzepte, die Festsetzung der beiden Soziale Stadt-Gebiete sowie die Etablierung des Stadtteilmanagements hat Bamberg die Grundlage geschaffen, diesen Herausforderungen frühzeitig zu begegnen.

Mit dem SEK wird aber auf weitergehende Optionen hingewiesen. Für die räumliche Entwicklung der Stadt müssen die wichtigsten Entwicklungsressourcen im Innenbereich liegen. Auf der Suche nach entsprechenden Standorten wird man vor allem im Bamberger Osten fündig: »Den geringen Möglichkeiten für Flächenneuausweisungen stehen insbesondere im Osten der Stadt Brachflächen und Baulücken entgegen. Große Entwicklungsmöglichkeiten bergen – bei einem Truppenabzug – zudem die US-amerikanischen Militärf Flächen, für die in enger Abstimmung der Akteure Nachnutzungskonzepte zu entwickeln sind. Der Stadtumbau könnte sich demnach zukünftig verstärkt auf den Bamberger Osten konzentrieren, sowohl in Bezug auf die Branchen- und Bestandsentwicklung als auch in Form von wirtschaftlichen und kulturellen Impulsen innerhalb der verschiedenen Quartiere.«

Änderungen bei der Städtebauförderung

Nach aktuellen Diskussionen auf Bundesebene werden die Mittel der Städtebauförderung von insgesamt 600 auf 455 Millionen Euro gekürzt. Für die Soziale Stadt bedeutet dies eine Kürzung von rund 57 auf 28 Millionen Euro. Während der Regierung von Oberfranken im Jahre 2009 noch 3,5 Millionen Euro für die Sozialen Stadt-Programme zur Verfügung standen, stehen im Programmjahr 2011 lediglich 800.000 Euro zur Disposition. Diese verbleibenden Mittel sollen zukünftig noch stärker für baulich-investive Maßnahmen eingesetzt werden.

Folgt man dieser Empfehlung, wären die in den beiden Soziale Stadt-Gebieten geleisteten Vorarbeiten in eine übergreifende und längerfristig angelegte Quartiersentwicklungsstrategie einzubetten.

Daher ergeben sich letztlich folgende Herausforderungen und Aufgaben für die Zukunft:

- Kommunalpolitisches Bekenntnis zur Fortsetzung der Sozialen Stadt-Politik verbunden mit klaren Zuständigkeiten und effizienten Koordinationsprozessen in der örtlichen Verwaltung!
- Erarbeitung einer integrierten Quartiersentwicklungsstrategie für die östlichen Bamberger Stadtquartiere, basierend auf den Ergebnissen des SEK – in der Umsetzung ggf. befördert durch eine Entwicklungsagentur, die die im SEK angeregten verstärkten kommunalen Aktivitäten am Bodenmarkt trägt!
- Impulsprojekte an verschiedenen Standorten des Bamberger Ostens!
- Sicherung und (wo möglich) Verbesserung der Querbeziehungen zwischen dem Stadtzentrum und

den östlichen Stadtbezirken, insbesondere im Hinblick auf den geplanten ICE-Trassenausbau!

- Fortsetzungen der Bemühungen zur strukturellen Stabilisierung und (soweit möglich) Aufwertung der beiden Soziale Stadt-Gebiete Starkenfeldstraße und Gereuth/Hochgericht!
- Übertragung der bereits gewonnenen Erkenntnisse aus den laufenden Stadtentwicklungsprozessen auch auf andere Quartiere!
- Verstetigung und Erweiterung der Netzwerkaktivitäten; Einbindung neuer Akteure z.B. aus dem Schul- und Bildungsbereich!
- Sicherung der Prozessqualität durch Monitoring und regelmäßige (Selbst-)Evaluierungen!

D. Anhang

Werkstatt-Handout



Evaluation »Soziale Stadt« Bamberg

Evaluationswerkstatt am 01. Februar 2011 in Bamberg
14.00 - 17.30 Uhr in der VHS Bamberg

Programm

Begrüßung

Bürgermeister Werner Hipelius

Einführung: Evaluation - was, warum und wie?

Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle

Überblick: Ziele und Handlungsfelder

Sarah Ginski + Patricia Schulte

Vertiefung: Diskussionsrunde in Arbeitsgruppen

AG Starkenfeldstraße + AG Gereuth/Hochgericht

Rückkopplung: Ergebnisse und Folgerungen

Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle

Anlass

Die Stadt Bamberg ist seit mehreren Jahren mit zwei Projektgebieten in dem Bund-Länder-Programm »Stadt- und Ortsteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die Soziale Stadt« vertreten. Sowohl in der Starkenfeldstraße als auch in Gereuth/Hochgericht sind seitdem zahlreiche Projekte angestoßen und Maßnahmen durchgeführt worden.

Im Rahmen des Soziale Stadt-Programms verlangt der Fördergeber regelmäßig Evaluationen: Das bisher Erreichte soll dargestellt und mit Blick auf die angestrebten Ziele eingeschätzt werden. Auf diese Weise lassen sich auch weiter bestehende Aufgaben bestimmen und ggf. Kurskorrekturen für die zukünftige Arbeit vornehmen.

Die Stadt Bamberg hat daher die Arbeitsgemeinschaft von Prof. Klaus Selle (netzwerk stadtforschung) und Prof. Kunibert Wachten (scheuvens + wachten) mit der Durchführung einer solchen Evaluation beauftragt.

Da eine Einschätzung des Erreichten nur mit den Beteiligten vor Ort möglich ist, gehört selbstverständlich auch eine gemeinsame Erörterung zum Prozess der Evaluation.



Ihre Meinung ist gefragt:

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen folgende Fragestellungen:

- Was konnte bisher in den verschiedenen Handlungsfeldern der Sozialen Stadt bewirkt werden? Welche Ziele wurden in welchem Umfang erreicht? Wo besteht weiterhin Handlungsbedarf?
- Welche Maßnahmen haben sich als erfolgreich erwiesen, welche weniger?
- Welche Aufgaben in den Sozialen Stadt-Gebieten Bambergs dauern an oder sind neu hinzu gekommen?

Innen- und Außenkreis

An der Werkstatt werden Bewohnerinnen und Bewohner, weitere Akteure aus den beiden Quartieren sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung teilnehmen. Bei der Darstellung und Einschätzung des bislang Erreichten sollen zunächst vor allem die unmittelbar Beteiligten und Betroffenen – Bewohnerinnen, Bewohner, lokale Akteure – zu Wort kommen. Diese »Innensicht« wird im weiteren Verlauf der Werkstatt mit der »Außensicht« von Politik und Verwaltung zusammengeführt, um zu gemeinsamen Feststellungen und Folgerungen zu kommen.

Evaluation »Soziale Stadt« Bamberg

Handlungsfeld 1



Lokale Ökonomie und Versorgung

- Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, insbesondere für Jugendliche
- Sicherung und Entwicklung der vorhandenen Gewerbestandorte
- Unterstützung von Neuansiedlungen
- Verlagerung störender bzw. belastender Gewerbebetriebe

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

Mode macht MUT, Beratungsangebot zu Weiterbildungsmöglichkeiten

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Erarbeitung eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojektes unter Beteiligung verschiedener Akteure (JAKO-Arena, Gartenamt, Kolping, ARGE...), Initiierung Runder Tisch »Gewerbe«

Handlungsfeld 2



Städtebau

- Stärkung der Funktionen der Untersuchungsgebiete
- Verknüpfung mit den benachbarten Stadtteilen und Freiräumen
- interne räumliche Strukturierung der Untersuchungsgebiete
- Verbesserung und Weiterentwicklung des Stadtbildes

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

Umgestaltung Spielplätze Starkenfeldstraße, Sanierung des Volksparkstadions

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Errichtung des Stadtteilplatzes Gereuth mit Brunnen, Errichtung des Bürgerzentrums Rosmarinweg

Handlungsfeld 3



Gebäude und Wohnen

- Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum
- behutsame Bestands- und Wohnumfeldverbesserung
- Stabilisierung der sozialen Struktur
- Installation zeitgemäßer, ökologisch orientierter (Heizungs-)Standards

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

Einrichtung und Umbau eines Stadtteilzentrums, Wohnumfeldgestaltung (mit aktivierender Bewohnerumfrage), Sandkastenaktion, Treppenhausrenovierung, Bau einer Schallschutzwand, Abriss und Neubau von Garagen

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Bestands-sichtung mit der Stadtbau GmbH zwecks möglicher Sanierungen (z.B. der Bebauung Am Hochgericht/Hüttenfeldstraße)

Handlungsfeld 4

Grün- und Freiraum



- Sicherung und Aufwertung bestehender Grünräume
- Entwicklung und Verknüpfung neuer Freiflächen
- Verbesserung der Grünausstattung im Straßenraum
- Berücksichtigung und Bewahrung naturräumlicher Besonderheiten

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

Pflanz- und Verschönerungsaktion Stadtteilzentrum, »Zamm geht's«, Gestaltung Eingangsbereich Malerviertel, Sandkastenaktion

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Sanierung und Neugestaltung des Spielplatzes Hochgericht

Handlungsfeld 5

Ökologie



- verstärkter Einsatz regenerativer Energien
- Berücksichtigung ökologischer Belange
- Stärkung des ökologischen Bewusstseins der Bewohnerschaft

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Handlungsfeld 6

Verkehr



- nachhaltige Reduzierung der Verkehrsbelastung
- Erweiterung des ÖPNV-Angebotes sowie der Fuß- und Radwege
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität in den Straßenräumen
- Steigerung der Verkehrssicherheit

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

Autofreier Platz vor dem Stadtteilzentrum

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Handlungsfeld 7



Soziales

- Überwindung sozialer Benachteiligung/verstärkte Integration
- Bereitstellung von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- verbesserte Information und Partizipation der Bewohnerschaft
- Stärkung des Bewusstseins für den Stadtteil

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

regelmäßige Aktivitäten wie Seniorenbegegnung, Kindersportgruppe, Schachgruppe uva.
Aktionen wie Stadteifftest, »Zamm geht's«, Sommerferienprogramm, »Kultur um die Ecke« uva.

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

regelmäßige Aktivitäten wie Computerkurse, MigrantInnenberatung, Fahrten zur Bamberger Tafel, Mittagstisch, Pilotprojekt »Kooperationen« Projektgruppe »Hausaufgabenbetreuung« und »Gesundheitsprävention« uva.

Handlungsfeld 8



Image

- Abbau von Vorurteilen im Binnenimage
- Verbesserung des Quartiersimages im städtischen Gesamtgefüge

exemplarische Maßnahmen Starkenfeldstraße

Einrichtung Stadtteilmanagement
Projekte wie Stadtteilpaten, Stadtteilzeitung
versch. Publikationen
öffentlichkeitswirksame Aktionen wie »Soziale Stadt am Ball«, Plakatausstellung
Besuch von »Externen«
lokale Berichterstattung uva.

exemplarische Maßnahmen Gereuth/Hochgericht

Einführung des Stadtteilmanagements
Stadtteilinfo Gereuth/Hochgericht
öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Sommer- und Stadteiffteste, Weihnachtsfeiern, Open Air Kino
Teilnahme an der Aktion »Zamm geht's« uva.

Organisation und Kommunikation



- Organisation und Verwaltung ?
- Selbstverwaltung der Stadtteilbüros ?
- Zusammenarbeit?

Falls Sie weitere Hinweise und Anmerkungen zur »Sozialen Stadt« Bamberg haben, können Sie uns gerne auch nach der Veranstaltung kontaktieren.

Kontaktdaten

Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadt Bamberg
netzwerk@pt | scheuevens + wachten
Friedenstraße 18 | 44139 Dortmund
Patricia Schulte: 0231.18998713 | schulte@scheuevens-wachten.de

Werkstatt-Fragebogen

Evaluation »Soziale Stadt« Bamberg

Ich wohne im Gebiet

<input type="checkbox"/> SFS 4	ja	<input type="checkbox"/> SFS 15	nein
<input type="checkbox"/> GH 3	ja	<input type="checkbox"/> GH 16	nein

Zielerreichung
1 = sehr niedrig
10 = sehr hoch

Gültigkeit
1 = Ziel ist nicht
mehr gültig
10 = Ziel hat noch
eine hohe Gültigkeit

Handlungsfeld 1



Lokale Ökonomie und Versorgung

- Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
- langfristige Sicherung vorhandener Gewerbestandorte
- Unterstützung von Neuansiedlungen
- Verlagerung störender bzw. belastender Gewerbebetriebe

SFS
3,9

SFS
8,1

GH
3,5

GH
7,9

Handlungsfeld 2



Städtebau

- Funktionsstärkung der Untersuchungsgebietes
- Verknüpfung mit den benachbarten Stadtteilen und Freiraumstrukturen interne räumliche Strukturierung
- Verbesserung und Weiterentwicklung des Stadtbildes

SFS
4,5

SFS
7,4

GH
3,9

GH
7,0

Handlungsfeld 3



Gebäude und Wohnen

- Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum
- Bestandsverbesserungen und Wohnumfeldverbesserungen
- Stabilisierung der sozialen Situation

SFS
4,8

SFS
7,5

GH
4,6

GH
7,9

Handlungsfeld 4



Grün- und Freiraum

- Sicherung und Aufwertung bestehender Grünflächen
- Entwicklung und Verknüpfung neuer Freiflächen
- Verbesserung der Grünausstattung im Straßenraum
- Berücksichtigung und Bewahrung naturräumlicher Besonderheiten

SFS
5,2

SFS
7,2

GH
4,9

GH
6,4

Zielerreichung

1 = sehr niedrig
10 = sehr hoch

Gültigkeit

1 = Ziel ist nicht
mehr gültig
10 = Ziel hat noch
eine hohe Gültigkeit

Handlungsfeld 5



Ökologie

- verstärkter Einsatz regenerativer Energien
- Berücksichtigung ökologischer Belange
- Stärkung des ökologischen Bewusstseins der Bewohnerschaft

SFS
2,6

SFS
7,2

GH
2,8

GH
7,9

Handlungsfeld 6



Verkehr

- Reduzierung der Verkehrsbelastung
- Erweiterung des ÖPNV und der Fuß- und Radwege
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität in den Straßenräumen, Steigerung der Verkehrssicherheit

SFS
4,3

SFS
6,6

GH
4,1

GH
7,5

Handlungsfeld 7



Soziales

- Überwindung sozialer Benachteiligung/Integration
- Bereitstellung von Einrichtungen (Kinder/Jugend)
- Informaion und Partizipation der Bewohnerschaft
- Stärkung des Bewusstseins nach außen

SFS
6,3

SFS
8,9

GH
5,6

GH
8,9

Handlungsfeld 8



Image

- Abbau von Vorurteilen im Binnenimage
- Verbesserung des Quartiersimages im städtischen Gesamtgefüge

SFS
5,9

SFS
8,5

GH
4,8

GH
8,5

Quellen

Literatur | Internet

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren (2002): Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in Bayern. Bericht der Begleitforschung über die Anfangsphase des Programms. Arbeitsmaterialien 1. München

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren (2009): Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in Bayern. Hinweise zur Programmdurchführung. Arbeitsblatt 7. München

Soziale Stadt Bamberg – Gereuth/Hochgericht, Stadtteilmanagement, Jahresüberblick 2004 – 2008

Starkenfeldstraße

- Mode Macht Mut: Sachstandbericht 2009/10
- Regierung von Oberfranken, Sachgebiet 34 (2010): Einzelmaßnahmen nach Kostenarten – Kostenart 0800 bis 999 Bund-Länder-Programm Teil II – Soziale Stadt vom 30.11.2010. Bayreuth
- Stadt Bamberg | Stadtplanungsamt; Wittmann, Valier und Partner GbR, Bamberg und PLANWERK, Nürnberg (2006): Entwicklungskonzept, Untersuchungsgebiet Starkenfeldstraße: Soziale Stadt
- Stadt Bamberg | Stadtteilmanagement: Soziale Stadt Bamberg-Starkenfeldstraße - Jahresüberblick 2005 - 2010
- Stadt Bamberg (2008): Lokales Kapital für soziale Zwecke, Mikroprojekte im Fördergebiet Starkenfeldstraße: Abschlussdokumentation für 2004 bis 2008
- Stadt Bamberg (2010): STÄRKEN vor Ort, Projektmesse 2010: Fördergebiet Bamberg-Süd und Bamberg-Ost
- <http://www.BasKIDball-bamberg.de/>
- <http://www.starkenfeld.de/>

Gereuth/Hochgericht

- Stadt Bamberg | Stadtplanungsamt; Wittmann, Valier und Partner GbR, Bamberg und PLANWERK, Nürnberg (2006): Soziale Stadt Gebiete, Voruntersuchungsberichte, Entwicklungskonzept Gereuth/Hochgericht
- Stadt Bamberg | Stadtplanungsamt; Wittmann, Valier und Partner GbR, Bamberg und PLANWERK, Nürnberg (2010): Entwicklungskonzept, Untersuchungsgebiet Gereuth/Hochgericht: Soziale Stadt
- Stadt Bamberg | Stadtteilmanagement: Soziale Stadt Bamberg-Gereuth/Hochgericht - Jahresüberblick 2004 - 2010
- Stadt Bamberg | Stadtteilmanagement: Stadtteilinfo Ausgabe 1 (Januar 2005) bis Ausgabe 24 (November 2010)
- Stadt Bamberg (2008): Lokales Kapital für soziale Zwecke, Mikroprojekte im Fördergebiet Gereuth/Hochgericht: Abschlussdokumentation für 2004 bis 2008
- Stadt Bamberg (2009): STÄRKEN vor Ort, Projektmesse 2009: Fördergebiet Bamberg-Süd und Bamberg-Ost
- Stadt Bamberg (2010): STÄRKEN vor Ort, Projektmesse 2010: Fördergebiet Bamberg-Süd und Bamberg-Ost
- [kooperationen_projektliste_phase_1.pdf](#)
- [kooperationen_projektliste_phase_2.pdf](#)
- <http://www.BasKIDball-bamberg.de/>
- <http://www.gereuth-hochgericht.de/>
- <http://www.infranken.de/nachrichten/lokales/bamberg/Mit-Umsicht-und-Verkehrskelle;art212,78409>
- <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/programme/17056/>
- <http://www.jugendportal.bamberg.de/sw/>
- <http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/bauen/staedtebau/staedtebaufoerderung.php>
- <http://www.stadt.bamberg.de/index.phtml?object=tx>

%7C1829.52&ModID=7&FID=1829.2228.1&&sNavID=332.738&mNavID=329.57&La=1

- <http://www.stadt.bamberg.de/index.phtml?object=tx%7C1829.52&ModID=7&FID=332.8708.1&&sNavID=1829.2&mNavID=329.57&La=1>
- <http://www.stadt.bamberg.de/index.phtml?object=tx%7C1829.52&ModID=7&FID=1829.2228.1&&sNavID=1829.376&mNavID=1829.314&La=1>
- <http://tvo.de/default.aspx?ID=11698&showNews=702033&showArchiv=1&aktMonat=5&aktJahr=2010&aktWoche=1>
- <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2851>
- <http://www.wiesentbote.de/artikel-10721.html>
- <http://www.wiesentbote.de/2011/02/10/ob-starke-»gute-losung-fur-die-nahversorgung-in-der-wunderburg«/>
- Gespräche
- Arbeitsgespräche am 30. November 2010 mit Vertreterinnen und Vertretern der beiden Fördergebiete Bamberg Ost und Bamberg Süd sowie der zuständigen Fachverwaltungen
- Evaluationswerkstatt am 1. Februar 2011

Bilder

- Deckblatt: scheuven + wachen
- S. 5: STM Starkenfeldstraße
- S. 11: scheuven + wachen
- S. 13: STM Starkenfeldstraße
- S. 15: scheuven + wachen
- S. 20: STM Starkenfeldstraße
- S. 22: scheuven + wachen
- S. 25: STM Starkenfeldstraße
- S. 29: scheuven + wachen
- S. 33: scheuven + wachen
- S. 37: STM Gereuth/Hochgericht
- S. 41: STM Gereuth/Hochgericht
- S. 42: STM Gereuth/Hochgericht
- S. 45: STM Gereuth/Hochgericht
- S. 49: STM Gereuth/Hochgericht
- S. 51: STM Gereuth/Hochgericht
- S. 53: scheuven + wachen

